Nr. 19. 11. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 24. Januar 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die besitzenden Klassen und der Nothstand der Arbeiterklasse.

Die Arbeiter leiden unter dem Nothstand, sie vor allem, sie am schwersten, das wagt niemand zu bezweifeln, selbst nicht der stets heitere Staatssekretär von Bötticher. Und die Sozialdemokraten sind es ausschließlich, die das Reich und den Reichstag an die Pflicht mahnen, den Nothstand zu bekämpfen. Alle anderen Redner im Reichstage kommen nur mit ebenso alten wie billigen und werthlosen Altweiberrathschlägen den Arbeitern zur Hilfe, Herr v. Bötticher räth den Arbeitern an sich selbst zu bessern, dann wird es besser werden, Herr Stumm hat auch gegen den Nothstand das Rezept des sozialpolitischen Doktor Eisenbart: Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, Herr Kropatscheck empfiehlt das Christenthum als Heilmittel u. s. w., alle aber sind sie blind dafür, daß früher oder später unter dem Nothstande der Arbeiterklasse alle Schichten der Gesellschaft leiden müssen. Uns als politischer Partei kann es nur recht sein, wenn sie die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages allein die Frage des Nothstandes mit dem gebührenden Ernste behandeln lassen, wenn sie immer von neuem der deutschen Arbeiterklasse die Lehre einpauken, daß die Arbeiterklasse allein die soziale Frage lösen muß, daß auf niemandes Hilfe, aber auf den Widerstand aller anderen Faktoren im Reiche gerechnet werden muß. Die Böttticher, die Stumm, die Kropatscheck ahnen es wohl gar nicht, daß sie weit entschiedenere und wirkungsvollere Vorkämpfer der einzig richtigen Auffassung unserer sozialen und politischen Kämpfe als Klassenkämpfe sind, wie die besten und tüchtigsten Verfechter der sozialdemokratischen Forderungen.

Dank und Anerkennung hierfür diesen unbewußt gegen die Interessen ihrer eigenen Klasse handelnden Männern!

Dazu wäre füglich nicht viel zu bemerken. Die Sozialdemokratie ist nun einmal die einzige Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse, sämmtliche andere Parteien verfechten blos Interessen einzelner Gruppen der besitzenden Klassen und in ihrer Gesammtheit wahren sie die Interessen der Bourgeoisie. Aber auch hierin handeln sie kurzsichtig, einseitig und kleinlich. Sie sind sich nicht bewußt, daß die Noth und das Elend der Arbeiterklasse unausbleiblich auf sämmtliche andere Klassen der Bevölkerung früher oder später rückwirken muß, obgleich sie es am eigenen Leibe fühlen müßten. Ist doch das ständige Wachsen der sozialdemokratischen Stimmen die Quittung der Arbeiterklasse für die Klassenpolitik sämmtlicher bürgerlicher Parteien.

Aber auch ökonomisch leiden die besitzenden Klassen durch den Nothstand der Arbeiterklasse, die Proletarier sind die zahlreichste Schichte der Bevölkerung, starke Arbeitslosigkeit und die damit parallel laufende Verminderung der Löhne drückt auf den Konsum der Arbeiterklasse und zwingt zu weiterer Einschränkung der Arbeiterklasse von Massenartikeln. Da die ärmeren Volksklassen weit mehr als die Reicheren bei Kleinhändlern und Handwerkern kaufen, so leiden ganz naturgemäß diese Leute nach den Arbeitern unter dem Nothstande der Arbeiterklasse am meisten. Die Anwälte des kleinen Handwerkers und Händlers würden weit mehr als durch ihre Anträge auf Einführung des Innungszwanges und des Befähigungsnachweises durch Einwirkung auf die Regierung, damit ernstlich dem Nothstande zu Leibe gerückt werde, ihren Schützlingen nützen. Doch davon ist keine Rede. Deshalb verlassen in immer größerer Zahl die Kleinhändler und Handwerker, die sich über die Ursachen ihrer Nothlage klar geworden sind, die antisemitischen, ultramontanen und konservativen falschen Freunde.

Auch auf die Gewinne der Fabrikanten von Massenartikel macht sich die Wirkung des Nothstandes der Arbeiterklasse in Form von Einschränkung der Produktion, Ruhenlassen des Betriebes, Bankrotten u. s. w. bemerkbar.

Aber nicht blos einzelne Schichten der Gesellschaft, auch die ganze Gesellschaft leidet unter der Arbeitslosigkeit. Die zunehmende Noth, das steigende Elend, der Hunger werden zu Ursachen von Verbrechen und Prostitution. Die Arbeitslosigkeit wirft die Leute aus ihrem Beruf, aus ihrer gewohnten Lebensweise, Noth, Elend, der Hunger der Frau und Kinder, die Aussichtslosigkeit einer Aenderung treibt die Aermsten zu Verzweiflungsthaten, zwingt sie in's Verbrecherthum herab, nöthigt die sittsamsten Weiber zur Prostitution. Dies ist keine Phrase, zahlenmäßig läßt es sich erweisen, freilich nicht durch die Statistik desjenigen Landes, das an der Spitze der Sozialreform zu marschiren vorgiebt. Denn bei uns nimmt man auf die ökonomischen Ursachen sozialer Erscheinungen wie z. B. der Verbrechen keine Rücksicht. Dagegen beweist aber die eben veröffentlichte treffliche schweizerische Gefängniß-Statistik*), daß die Ursache zahlreicher Verbrechen und zahlreicher Fälle von Prostitution einfach in der Arbeitslosigkeit liegt. Es ist dort nachgewiesen, daß zahlreiche „Verbrecher" arbeitslos waren, daß sie in ihren früheren Berufen keine Arbeit finden konnten, daß sie die Arbeit oft wechseln mußten, daß Armuth und ökonomische Verluste Unschuldige auf die Verbrecherlaufbahn gepeitscht haben. Und das gleiche gilt von der Prostitution!

Wer trägt da an der großen Zahl von Verbrechern und Prostituirten die Schuld? Niemand anders als die egoistischen herrschenden Klassen, welche blind sind für die offenkundigen sozialen Schäden, welche der weitausgebreiteten Arbeitslosigkeit gegenüber die Hände in den Schooß legen und nur Phrasen übrig haben als Antwort auf die wuchtigen Anklagen, welche die Vertreter des arbeitenden Volkes ihnen im Reichstage entgegenschleuderten.

Wer erzeugt da Haß und Verachtung?

Die Arbeiter oder die besitzenden Klassen?

Ein Ruf wird als Antwort da ertönen: Die besitzenden Klassen.

Sie sind es somit, welche uns energisch die Bahn weisen, welche wir zu gehen haben: den Klassenkampf.

Und könnte einmal die sozialdemokratische Partei von dieser Bahn auch nur einen Schritt abweichen, die Stumm, Kardorff, Kropatscheck, die Richter, Rickert und Bötticher würden ihr mit Gewalt den rechten Weg weisen.

*) Schweizerische Statistik 1892. Lieferung 92. Vor allem SS. 26–33.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar.

Aus dem Reichstage. Die Nothstandsdebatte ist heute zu Ende geführt worden. Von unserer Fraktion sprachen noch die Abgeordneten Singer und Kühn. Ersterer setzte sich besonders mit dem Abgeordneten Kropatscheck auseinander, der heute die Debatte eröffnete und dem die Aufgabe zugefallen war, den Eindruck der gestrigen Reden unserer Genossen Liebknecht und Bebel abzuschwächen. Gelungen ist diese Aufgabe Herrn Kropatscheck allerdings nicht, soweit es aber noch nothwendig war, verdarb Singer dem konservativen Redner das Konzept gehörig.

Der Abgeordnete Singer unterzog auch die Angaben des Staatssekretärs über die Anzeichen für das Aufblühen einzelner Industriezweige einer eingehenden Kritik; speziell wies er aus den offiziellen Berichten der Berliner städtischen Verwaltung nach, daß die Steuerrückstände stetig anwachsen und das gleiche mit den Ausgaben für die Armenpflege der Fall sei.

Auch aus der Singer'schen Rede nahm Herr Minister von Bötticher Anlaß, sich über unloyale Kampfesweise zu beschweren. Ebenso hielt auch heute der Minister daran fest, daß Uebergriffe der Polizei nicht vorgekommen seien — denn in den amtlichen Berichten der Polizei steht davon nichts.

Der Redner des Zentrums, der Abgeordnete Fuchs scheint nach den „Lorbeeren" lüstern zu sein, welche im vorigen Jahre sich sein Kollege Bachem gelegentlich der Sozialistendebatte geholt hat. Dieser Vorstoß fand indeß

Feuilleton.

Nachdruck verboten. [Alle Rechte vorbehalten.

Helene. [24

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Kommen Sie," sagte Sidonie verdrießlich und zog sie weiter. Aber Betty ließ sich nicht irre machen, er sei zu köstlich, meinte sie, den müsse sie ihr erzählen, und hastig flüsterte sie ihr zu, daß der jetzige Soutenör (Liebhaber) der Oliva ein enorm reicher Mensch sei, den sie soweit gebracht habe, daß er den dümmsten Vertrag von der Welt mit ihr eingegangen war.

„Sie sichert ihm nämlich darin ewige Treue zu — ja sie hat sie ihm schwarz auf weiß zugeeignet, er konnte sie getrost nach Hause tragen, hingegen mußte der gute Mann ein enormes Reugeld an sie bezahlen, wenn es ihm einfallen sollte, sie zu verlassen."

Sidonie preßte die Lippen zusammen, während ihre im Muff steckenden Hände sich ineinander krallten.

„Hat Ihnen das Ihr Mann erzählt?" fragte sie mit affektirter Gleichgiltigkeit.

„Behüt', wie käm' der zu so pikanten Neuigkeiten. Hat er ein Modell, dann muß ich auch dabei sein, der darf mir nicht auf Abwege kommen — i möcht ihm's nit rathe," schwäbelte sie „und i laß ihm auch schier nit Zeit dazu."

Und sie lachte laut und vergnügt, daß sie die Kräfte ihres Mannes so gut auszuschroten verstand, daß ihm für die Nichtsnutzigkeit keine mehr übrig blieben.

Einige Vorübergehende hatten sich nach der schönen Lacherin umgesehen.

Sidonie faßte sie fester am Arm.

„Lachen Sie doch nicht auf der Straße und sprechen Sie nicht weiter von diesen Frauenzimmern. Wir verachten sie — und das thut gut."

Sie hatte ein stolzes Lächeln. Nach einigen Schritten aber neigte sie sich ihrer Freundin entgegen und fragte leise: „Können Sie mir vielleicht den Namen dieses Soutenörs verrathen?"

„Und neugierig sind Sie doch," rief Betty und lachte schon wieder. „Nein Theuerste, ich habe leider keine Ahnung wer er ist, derjenige, welcher — Sie wissen ja, man amüsirt uns mit solchem Klatsch, aber die Helden bleiben uns weislich verborgen . . . Nur, die Höhe des Reugeldes habe ich auf Umwegen herausgebracht."

„Nun?" fragte Sidonie gespannt.

„Kaum glaublich, aber verbürgt."

„So nennen Sie es doch."

„Einhunderttausend Mark."

Sidonie erblaßte, sie sagte kein Wort und schritt nur rascher aus.

Betty plauderte weiter und gab ihre Absicht kund, ihren Bruder Hartmann zu besuchen, dem sie eine hübsche Anzahl Karten anhängen wolle.

„Dann fordern Sie doch gleich seine Frau zur Mitwirkung auf," bat Sidonie.

„Sie wollen Helene dabei haben? Nun, die wird mit beiden Händen darnach greifen, sie ist sehr vergnügungssüchtig."

„Ach, sie ist noch so jung, so voll Illusionen," versetzte Sidonie mit einem fast wehmüthigen Lächeln, „und bei ihr ist Alles wahr, sogar die Freude."

„Finden Sie?" fragte Betty spitzig, „sie ist wetterwendisch — unberechenbar — ach, es ist merkwürdig, wie sich doch Alles bei manchen Menschen vergißt — wer hätte gedacht, daß sie sich über den Verlust ihres Kindes so schnell trösten würde."

„Aber sie soll ja höchst unglücklich gewesen sein, fast gemüthskrank."

„Das ist's ja eben. Sie hat die Verzweifelte gespielt — als wenn ihr mit diesem kleinen Wesen Alles gestorben wär', was sie jemals geliebt hatte — Sie können sich denken, daß Erich darunter gelitten hat — denn dieser übertriebene Kummer war eine Beleidigung für ihn — und wenn sie sich sein Herz dadurch entfremdet hat, um so schlimmer für sie — ja um so schlimmer — denn schließlich ist sie doch ganz abhängig von ihm."

„So abhängig, daß selbst jede Regung ihres Seelenlebens unter seine Kontrolle fällt, —" fiel Sidonie mit feinem Spotte ein.

„Bei Ihnen hört man immer die Männerhasserin heraus," versicherte Betty lachend.

Sidonie zuckte die Achseln. Sie sah sehr skeptisch aus.

„Kann ich dafür, daß mir all mein Lebtag so wenige Männer imponirt haben? Von meinem Bruder halte ich noch am meisten, das ist doch ein feiner Kopf — wissen Sie, daß er zurückkommt?" fügte sie heiter hinzu. „Vielleicht schon in einigen Tagen, o, ich freue mich sehr darauf."

Betty fand diese Neuigkeit charmant, und Morres' Persönlichkeit und seine Rückkehr war das Thema, das sie nun Beide in Athem hielt.

Jetzt machte Sidonie vor einem kleinen villenartigen Hause Halt.

„Leben Sie wohl, theure Freundin," sie streckte Betty die Hand entgegen.

„Sie gehen da hinein?"

„Zu meinem Schwager Max. Ich will ihn für unser Unternehmen interessiren."

„Famos. Das soll ja ein ganz merkwürdiger Mensch sein, ein Sonderling."

„Ein Sozialist," flüsterte ihr Sidonie geheimnißvoll zu.

„Wie unangenehm," sagte Betty bedauernd.

„Er ist ein sehr braver Mensch," versicherte Sidonie.

„Schon etwas mitgenommen, wie ich höre."

„Er ist leider krank."

„Da fehlt's, wie?" fragte Betty, indem sie auf ihre volle Büste klopfte.

„Ach ja, dieses schreckliche Uebel, von dem es keine Heilung giebt."

„Recht traurig; ach, wenn er nur einige Karten nähme —"

bei den eigenen Parteigenossen des Redners so wenig Anklang, daß sie den neuen Sozialistentödter auch nicht mit einer einzigen Beifallsäußerung unterstützten.

Nicht ohne Interesse war heute die Rede des Abgeordneten Kardorff. Seit Jahren zum ersten Male sprach dieser Herr nämlich im Reichstag, ohne die — Doppelwährung zu erwähnen. Nach einigen Bemerkungen des volksparteilichen Abgeordneten Galer, erhielt unser Genosse Kühn in später Stunde das Wort.

Kühn schilderte an drastischen Beispielen den Nothstand in Oberschlesien, wobei er besonders auch der Heuchelei gedachte, die von einzelnen katholischen Agitatoren und Blättern dort, wo die Bevölkerung ganz im Banne der katholischen Erziehung steht, betrieben wird.

Die Wahrheiten, welche unser Genosse vortrug, wirkten besonders auf gewisse Herren der Rechten so unangenehm, daß sie in Haufen den Saal zu verlassen sich anschickten. Treffend erinnerte Kühn angesichts dieser Massenflucht an die Thatsache, daß seit Wochen über den Nothstand der adeligen Großgrundbesitzer hier im Hause geredet werde, daß man den Verhandlungen über den wirklichen Nothstand unter den Arbeitern aber kaum einige Stunden widmen wolle.

Morgen stehen Initiativanträge aus dem Hause, Berufsvereine und Aenderung des Wahlgesetzes auf der Tagesordnung. —

Zur Nothstands-Interpellation. Ein hiesiges Blatt spricht eine gewisse Verwunderung aus, daß Liebknecht bei Begründung der Nothstands-Interpellation die Ereignisse des Friedrichshains „nur gestreift" habe. „Nur gestreift" hat er sie allerdings nicht, aber nicht eingehend behandelt — das ist richtig. Hat aber auch seinen guten Grund. Die Vorkommnisse des letzten Donnerstag gehören nämlich nicht zur Kompetenz des Reichstags, sondern des preußischen Landtags. Deshalb konnten wir sie ja auch nicht zum Gegenstand einer Interpellation machen, sondern mußten den Weg einer allgemeinen Nothstands-Interpellation wählen, die ja voraussichtlich Gelegenheit zur Erörterung jener Vorkommnisse geben würde. Hätte nun Liebknecht dieselben in den Vordergrund gerückt und ausführlich behandeln wollen, so riskirte er, daß der Präsident des Reichstages ihn „zur Sache" verwies, und Herr v. Bötticher jede Auskunft verweigerte. Und dann kamen die Vorkommnisse im Reichstag gar nicht zur Sprache; wenigstens nicht bei dieser Gelegenheit. Liebknecht that also blos, was unter den Umständen nothwendig war, und der Zweck ist auch erreicht worden. Was gesagt wurde, veranlaßte Herrn v. Bötticher, auf die Polizeiübergriffe des vorigen Donnerstag einzugehen und damit waren sie für die Debatte frei. —

Die nothleidenden Agrarier und der thatsächliche Nothstand der Arbeiter. Als gestern der Präsident des Reichstages über den Antrag Singer, ob eine Debatte über die sozialdemokratische Interpellation eröffnet werden soll, abstimmen ließ, erhob sich das ganze Haus mit Ausnahme der nothleidenden Landwirthe! —

Herr von Kardorff wundert sich darüber, daß die Sozialdemokraten, die in der Zukunftsstaats-Debatte voriges Jahr im Reichstag vernichtet wurden, 5 Monate später bei der Wahl des 15. Juni große Erfolge davontrugen. Ja, das deutsche Volk hat eben mehr Verstand, als die Herren Zukunftsstaatler, und hält die Leute, die nach den „Tapeten" der Zukunftsstaats-Häuser fragen, wie heute der Zentrumsabgeordnete Fuchs, gemäß dem bekannten Sprichwort einfach für Narren. Herr von Kardorff freilich erklärt sich die Sache anders. Er meint, es komme daher, daß die Sozialdemokraten den dummen Wählern blos die sozialdemokratischen Reden, ohne die „vernichtenden" Reden der Zukunftsstaatsfragler herausgegeben hätten. Das ist ja recht schlau, schade nur, daß es nicht wahr ist. Die Sozialdemokraten waren die einzige Partei, welche die vollständigen Debatten veröffentlichten und in weit über 100 000 Exemplaren verbreiteten. Gerade auf die Wirkung der gegnerischen Redner rechneten wir; und wie die Wahl gezeigt hat, mit Recht. —

Herr Kropatscheck und der Achtstundentag. Herr Kropatscheck, die sozialpolitische Leuchte des Reichstages, sagte heute, entweder arbeitet man in acht Stunden so viel wie in zehn, dann nutzt die Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitslosen nicht, oder eine Mehreinstellung von Arbeitern ist erforderlich, dann sinken die Löhne. Da aber, was Herr Kropatscheck auch wissen könnte, der niedrige Stand der Löhne vornehmlich durch das Anwachsen der industriellen Reserve-Armee oder mit anderen Worten durch den großen Umfang der Arbeitslosigkeit verursacht ist, so würde gerade eine Verminderung der Arbeitszeit in sehr vielen Industrien ein beträchtliches Steigen der Löhne zur Folge haben. Herr Kropatscheck ist jetzt in die Reichskommission für Arbeiterstatistik gewählt worden, vielleicht lernt er da etwas von diesen Dingen. Besser wäre es freilich, wenn in diese Kommission Leute gewählt würden, die die Anfangsgründe der Sozialpolitik nicht erst zu lernen hätten. Einige Phrasen über das Christenthum genügen vielleicht der deutsch-konservativen Partei als sozialpolitischer Befähigungsnachweis, Leuten aber, denen es um die Sozialpolitik Ernst ist, können sie blos ein mitleidiges Lächeln abzwingen. —

Die Spitzel im Reichstage. Der Abg. Singer erinnerte in seiner heutigen Rede wieder an gewisse Praktiken der Polizei unter dem Sozialistengesetze. Er wies dabei auch auf die Thatsache hin, daß einer der damals thätigen Polizei-Agenten, Herr Reuß, jetzt als Journalist die Tribüne des Reichstags ziere, wie er früher dem Klub der Anarchisten in London angehört hat. Dieser Klub hat Herrn Reuß die Ehre der Mitgliedschaft allerdings entzogen, als dessen Beziehungen zur Polizei bekannt wurden. Ob der Herr nach dem, was heute im Reichstag über ihn mitgetheilt worden ist, noch länger seinen Platz auf der Journalisten-Tribüne wird einnehmen können, darauf darf man wohl gespannt sein.

Daß Herr Reuß bei der Huldigungs-Komödie in Kissingen mit zur Jubel-Garde gehörte und auf der von daher stammenden Photographie neben dem Erstgeborenen des Ex-Reichskanzlers erscheint, ist gewiß interessant, indeß bestätigt dieser Umstand nur auf's Neue die Wahrheit des alten Wortes: Gleich und Gleich gesellt sich gern. —

Im preußischen Abgeordnetenhause begann heute die eigentliche Etatsdebatte, hierbei fand eine Lizitation in Loyalitätsbezeugungen der Krone gegenüber statt. Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum priesen — nicht den Ernst und die Treue, mit der sie die Rechte und Interessen des Volkes wahren, sondern sie welteiferten in der Erklärung ihrer Ergebenheit gegen die Krone. Auch die Stimmung gegen die Regierung, ja selbst gegen die Steuerpläne der Reichsregierung, war eine überaus freundliche. Mehr können wir zur Charakteristik des Landtages nicht sagen, als daß — Herr Rickert die radikalste Rede gehalten hat. Das sind die Früchte des Dreiklassenwahlsystems, des elendesten aller Wahlgesetze. —

Ein neuer Vorstoß der Agrarier. Nach den großen Redeschlachten zwischen den Konservativen und dem Reichskanzler und dessen Unterstaats-Sekretär für die auswärtigen Angelegenheiten und nach der großen Debatte in der letzten Sitzung des Herrenhauses, sollen nun im Abgeordnetenhause die gleichen Reden gehalten werden. Zu diesem Zwecke haben die Abgg. v. Kröcher (kons.), v. Dziembowski (freikons.), v. Buch (kons.), v. Tiedemann-Bomst (freikonserativ), Dr. v. Heydebrand und der Lasa (konservativ) mit 179 anderen Mitgliedern der konservativen und der freikonservativen Partei im Abgeordnetenhause gestern folgende Interpellation eingebracht:

> Die Unterzeichneten richten an die Königliche Staatsregierung die folgende Anfrage:
>
> Ist die Königliche Staatsregierung geneigt, im Bundesrathe dahin zu wirken, daß fernere, eine Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle enthaltende Handelsverträge nicht zum Abschluß gelangen, ohne daß eine angemessene Ausgleichung mit den Geldwerthsverhältnissen der in Betracht kommenden Konkurrenzländer stattgefunden hat oder gleichzeitig stattfindet? —

Die Versöhnung zwischen Kaiser und Kanzler steht wieder auf der Tagesordnung des staatsmännischen Kannegießerthums. Die Sache ist: Der gewesene Hausmeier war wieder sehr krank — eine Wiederholung des Kissinger Anfalls; und in anbetracht der Schwere des neuen Anfalls wiederholte der Kaiser die Freundlichkeiten von Kissingen. Das ist alles. Und wir wiederholen, was wir damals gesagt: Die „Versöhnung" mit einem Feind, der keine — Zukunft mehr hat, ist kein politisches Ereigniß. Sie gehört unter die Hofnachrichten oder unter das „Vermischte". —

Die bayerische Kammer der Abgeordneten will auf einfache Weise die sozialdemokratische Fraktion los werden, indem sie die Mandate der vier Abgeordneten für Nürnberg, die der Genossen Grillenberger, Löwenstein, Ehrhardt und Scherm ungiltig erklären. Die Liberalen und Ultramontanen sind einig, so daß dieser Faustschlag gegen den Willen der Wähler zur Schmach der bayerischen Kammer geführt werden wird. Der „Vossischen Zeitung" telegraphirt ihr Nürnberger Korrespondent, der bekannte Pimperl Wichtig alias Cato vom „Fränkischen Kurier": „Ihre (der sozialdemokratischen Abgeordneten) Wiederwahl erscheint völlig ausgeschlossen." Nun, nach der Wahl sprechen wir uns wieder. —

Ein ehrlicher Reaktionär. Der sächsische Papageno-Landtag hatte sich in jüngster Zeit mit dem allgemeinen Stimmrecht und der Einkommensteuer-Reform zu beschäftigen. Beides hängt in sofern zusammen, als in Sachsen das Landtags-Wahlrecht an einen Zensus von drei Mark direkter Steuer geknüpft ist. Durch Beseitigung der unteren Steuerstufen werden nun zwar viele Arbeiter von der Einkommensteuer befreit, aber zugleich auch von dem Wahlrecht. Deshalb muß das nothwendige Korrelat einer solchen Steuerreform die Abschaffung der Zensuswahl und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts sein. Hieran denken aber die biederen Ordnungsmeier nicht: das allgemeine Wahlrecht fürchten sie wie das höllische Feuer. Den Grund hat der Papageno Schubert, gedrängt von unseren Genossen, ausgeplaudert mit den Worten: „Ich habe gegen den sozialdemokratischen Antrag gestimmt, weil mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts für den Landtag die zweite Kammer sofort der Sozialdemokratie ausgeliefert würde." Das Geständniß des Herrn Schubert nehmen wir zu den Akten.

Die Steuererleichterung wird also nicht „aus gutem Herzen" oder aus Gerechtigkeit bewilligt, sondern als Mittel, das Wahlrecht zu beschränken und der Sozialdemokratie einen Kappzaum anzulegen. —

Das führerlose Zentrum wird, freilich sehr vorsichtig, in der Bonner „Deutschen Reichszeitung" geschildert. In einem „von der Spree" datirten „Trübe Gedanken" überschriebenen Leitartikel schreibt das Blatt:

> „Vor dem geistigen Auge zogen vorüber die alten Führer im großen Kampfe, Mallinckrodt, Reichensperger, Franckenstein, Windthorst, mit ihnen auch die große Zeit, in der sie gearbeitet."

Ja, heute sind nur die Epigonen die Hompesch, Bachem,

„Er wird sie nehmen und überzahlen," versicherte Sidonie bestimmt.

„Gut, dann lasse Sie ihn nur beileibe nit auskomme," schwäbelte sie, während sie ihrer Freundin lachend zum Abschiede zuwinkte.

XIII.

An demselben Morgen, zur Zeit, als Sidonie in die Sitzung fuhr, war für Frau Doktor Hartmann ein Strauß herrlicher Blumen abgegeben worden. Das Stubenmädchen brachte ihn auf ihr Zimmer.

Hier, in dem hellen, üppigen, überheizten Raume, in dem vom Garten herein die großen schneebedeckten Bäume kalte Lichter warfen, sehen wir die zarte, jetzt überschlanke Gestalt Helenens an einen Tisch gelehnt stehen, mit beiden Händen die Blumen vor sich hinhaltend.

Sie trägt ein weißes Morgenkleid, dessen lange, seidengestürterte Schleppe sich über den Teppich rollte, und wie sie jetzt den etwas seitwärts gewendeten Kopf den Blumen entgegenneigte, um mit lächelndem Behagen den süßen Duft von Rosen und Flieder in sich aufzunehmen, erschien sie hübscher und anmuthiger als je.

Sie lachte still vor sich hin, wobei ihre weißen Zähne zum Vorschein kamen. Es war eine ihr früher nicht eigenthümliche Art zu lächeln, aber sie stand ihr reizend.

Sie war in eine neue Sphäre getreten und begann sich ihr entsprechend umzubilden. Die ersten Blicke, die sie in diese Welt gethan, hatten sie geblendet. Sie hatte geglaubt, daß die Menschen, mit denen sie nun zusammenkam, die höchste Bildung und die erstaunlichsten Fähigkeiten besitzen müßten, da sie jede Unbildung und Schwäche unnachsichtig verurtheilten. Aber sie merkte zu ihrem Erstaunen, daß sie diese lieblose Kritik auch untereinander übten, und bemüht waren, wo es nur anging, selbst ihren Charakter herunterzusetzen, so daß diese gegenseitige Mißachtung ihr immer deutlicher wurde.

Sie grübelte nicht weiter darüber nach. Instinktiv erfaßte sie, daß es hier hauptsächlich darauf ankam zu glänzen, wenn auch nur durch Aeußerlichkeiten und in ganz oberflächlicher Weise.

Weit entfernt dies zu tadeln, war sie berathen und angetrieben, es nachzuahmen. Wurde sie doch gescholten, wenn sie sich nicht „brav aufführte", das heißt, wenn ihr Geschick, oder ihre mangelhafte Erziehung, wie ihre Schwägerin meinte, sich unzulänglich erwiesen, um den gewünschten Effekt hervorzubringen.

Aber Helene war auch in diesem Punkte bildungsfähiger als man dachte.

Und wie all diese schönen Frauen auf ihre Gesichtszüge und ihre Blicke achteten, auf die Modulation der Stimme, auf ihre Haltung und ihre Hände, so gewöhnte auch sie sich daran, sich mit ihrer Person eingehend zu beschäftigen, um zu beobachten und zu studiren, was geeignet war, ihre Anmuth zu erhöhen und sie gefallsamer zu machen.

Sie kokettirte in naiver Weise mit ihrer Schönheit, und freute sich ihres Erfolges; sie kokettirte noch nicht mit ihrer Bildung und ihrem Charakter.

„Dieser häßliche Donner schickt mir ein so schönes Bouquet," rief sie lustig und hielt es von sich, um sich an der Farbenwirkung zu letzen, „das ist doch lieb von ihm."

Dieser Donner war für sie ein „komischer Mensch", der ihre Lachlust unaufhörlich erregte; gestern erst hatte sie ihn unbarmherzig zum Besten gehalten. Daß er das nicht übel genommen hatte und ihr Blumen schickte, überzeugte sie, daß er auch ein guter Mensch sei.

Er hatte eine Karte dazu gelegt, die einige scherzhafte Worte und die demüthige Bitte enthielt, sie anzunehmen.

Ihre Augen streiften das Datum: 7. März.

„Siebenter März," wiederholte sie laut und sah plötzlich gedankenvoll aus — „siebenter März, was wollte ich denn da?"

Sie hatte sich für diesen Tag etwas vorgenommen — was war es nur? Sie brachte den Strauß ihrem Gesicht nahe, seinen Duft schlürfend, und wußte mit einem Male, was sie gewollt hatte: Ihrer lieben alten Luise Blumen für ihren Sohn schicken, der an diesem Tag aus seiner Haft entlassen wurde.

Fünf Monate hatte er eines Preßvergehens wegen im Gefängniß gesessen, heute wurde er frei. Die Mutter wollte ihn an der Schwelle seines Gefängnisses erwarten, damit ihre Arme ihn zuerst umfangen.

Helene wollte ein so frohes Ereigniß nicht vorübergehen lassen, ohne den Beiden ihre Theilnahme kund zu geben und nun hätte sie bald darauf vergessen.

Sie läutete dem Mädchen und wünschte, daß es eiligst frische Blumen besorge; aber Sofie versicherte, für außerordentliche Gänge keine Zeit zu haben.

„Dann will ich selbst gehen, schnell, bringen Sie mein Kleid."

Aber die Zofe erinnerte sie, daß für diese Stunde die Anprobe der neuen Toilette aus Maison Gregoire angesagt sei, da könne sich die gnädige Frau unmöglich entfernen.

Helene sah auf die Uhr, es war wirklich die höchste Zeit, wenn die Blumen rechtzeitig abgegeben werden sollten.

Unentschlossen ging sie auf und nieder, verdrießlich, daß sie alten Freunden gegenüber sich gänzlich theilnahmslos verhalten solle.

Dann leuchtete ein Gedanke in ihren Augen auf und ohne weitere Ueberlegung nahm sie die Blumen, deren Duft sie soeben geschlürft, die sie erfreut und entzückt hatten, wickelte sie wieder in Watte und Papier, kritzelte einige rasche Zeilen auf eine Karte und übergab alles dem Mädchen, damit sie es eiligst durch einen Kommissionär besorgen lasse. Dann setzte sie sich in ein Fauteuil am Fenster und lehnte den Kopf zurück, als ruhe sie träge von einer Arbeit aus. Sie lächelte und schloß die Augen. Sie malte sich das Widersehen aus zwischen Mutter und Sohn und das Glück dieser Beiden.

Wenn man einen Sohn hat, den man so lieb haben kann, wie die Luise den ihrigen, das ist wohl das Beste im Leben . . . Einen Sohn, zu dem man hinaufschauen kann, weil er so lieb und brav und fest ist, wie ihn das Mutterherz ersehnt und gebildet hat . . . Und ihn dann so um den Hals nehmen zu können und küssen, wie man sein Kind küßt, und zugleich ihn schelten, weil er ihr nicht gehorchte. Sie erinnerte sich, wie Konrad seine Mutter in den Armen zu halten und anzusehen pflegte, in liebevoller Ueberlegenheit, die für die Mutter nichts Verletzendes hatte und ihren Stolz nur erhöhte.

„Ja — das ist Glück," dachte sie, und ein volles, warmes Gefühl wallte in ihrem Herzen auf, aber dann zuckte es schmerzlich um ihre Lippen.

Auch sie hatte ein solches Glück erträumt — sie glaubte es sich gesichert — es war begraben.

Ihr Kopf sank tiefer herab und große, schwere Thränen drängten sich unter den Wimpern hervor . . .

Das Mädchen kam herein und meldete, daß die Toilette zur Anprobe gebracht worden sei.

Das Kleid war reizend gemacht und saß vortrefflich.

Helene trat vor den Spiegel und war bald ganz bei der Sache.

In der gierigen Lebenslust der ersten Jugend wird noch Alles zur Freude; man nimmt das Glück, wo man es findet, und müßte man sich mit einer Täuschung begnügen.

Die Mamsell hatte auch neue Stoffe mitgebracht und breitete sie vor der Dame aus. Ein rosa Brokat war von besonders verführerischer Wirkung und als Helene die Farbe vor dem Spiegel probirte, mußte sie zugeben, daß sie zu ihrem Teint entzückend paßte.

„Gnädige Frau dürfen sich da nicht lange besinnen," rieth die Mamsell, „sonst geht uns der Stoff weg."

„Ich getraue mich nicht, ich habe Schulden," sagte Helene kleinlaut.

„Eine Kleinigkeit, das darf Euer Gnaden nicht abhalten."

(Fortsetzung folgt.)

Lieber anzuführen. Diese Leute werden die Partei ihrem Untergange, sicherlich aber nicht neuen Siegen entgegenführen. —

Depeschenzensur. Der „Berliner Zeitung" entnehmen wir das Folgende:

„Am Tage der Versammlung der Arbeitslosen in der Brauerei Friedrichshain am 18. d. M. wurden, wie der Berliner Korrespondent der „Indepentence belge" schreibt, die Depeschen desselben, sowie die Depeschen anderer auswärtiger Zeitungskorrespondenten auf dem Telegraphenamte zurückgewiesen, nur die Telegramme des Wolff'schen Telegraphenbureaus, welche natürlich nach Wunsch der Polizei abgefaßt waren, seien befördert worden. Die „Ind. belge" bemerkt hierzu:

Das sind so kleine Mittelchen, unwürdig einer Regierung, die sich stark dünkt, und außerdem ist es noch lächerlich, da diese Mittel nichts nützen. Denn das, was die Behörde nicht passiren lassen wollte, hat man doch gewußt, nur 24 Stunden später.

Das Wolff'sche Telegramm lautete:

Berlin, 18. Januar. Die für heute angekündigte Versammlung Arbeitsloser fand nicht statt, da der Einberufer vorher verhaftet worden war. Der Versammlungssaal, ebenso der anstoßende Friedrichshain waren polizeilich gesperrt, die angesammelte, über 1000 Menschen betragende Menge wurde wegen ungesetzlicher Rufe von der Polizei auseinandergetrieben. Verhaftungen sind nicht erfolgt.

Von „Rufen" oder gar „ungesetzlichen Rufen" ist in Wahrheit nichts zu hören gewesen.

Individuelle Freiheit im heutigen Klassenstaat. Wie es damit aussieht, geht aus der Thatsache hervor, daß vor kurzem die Direktion der hiesigen Dresdner Bank ihrem Personal zu wissen gethan hat, daß jedermann, der sich unterfangen sollte, zu heirathen, ohne ein Einkommen von mindestens 3600 Mark pro Jahr nachweisen zu können, sofortige Entlassung zu gewärtigen habe. Dieselben „liberalen" Herren, welche diese unerhörte Anordnung getroffen haben, werden jedenfalls als ein Hauptargument gegen den Sozialismus anführen, daß „in einem sozialistischen Gemeinwesen die individuelle Freiheit unterdrückt werde", was heute „bekanntlich" nicht geschieht — wenigstens nicht wenn das „Individuum" 3600 Mark Einkommen im Jahr oder mehr hat! —

Sozialpolitische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. In der Schweiz wird auch von bürgerlichen Politikern die entschiedene Forderung erhoben, daß gegen die Arbeitslosigkeit ausgedehnte Staatshilfe in Anwendung komme, so fordert der bürgerliche Nationalrath Müller in der „Berner Zeitung", daß ein eidgenössisches Arbeitsamt neben dem seit Jahren bestehenden Arbeitersekretariat errichtet werde. Dasselbe soll eine beobachtende und orientirende Zentralstelle werden, welche den Kantonen und Gemeinden mit Rath an die Hand zu gehen hätte. Das Arbeitsamt müßte statistische Arbeiten über die Arbeitslosen-Verhältnisse vornehmen und es müßte unter den Instituten des Landes, welche die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum Zwecke haben, einen gewissen organischen Zusammenhang herstellen und die nothwendige ausgleichende Thätigkeit übernehmen, um Mißverhältnissen in Ueberfluß und Mangel an Arbeitskräften entgegenzutreten. Das Arbeitsamt müßte also sein Augenmerk namentlich der Organisation des Arbeitsnachweises und der Herstellung eines zusammenhängenden Netzes von Arbeitsnachweis-Gelegenheiten zuwenden. Sodann hätte es die Verhältnisse des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Landesgegenden zu beobachten und bei eintretenden Arbeitskrisen würde es im Verein mit den Interessenten nach Mitteln zur Abhilfe suchen. Vielleicht, sagt Herr Müller, würde es dem Arbeitsamt mit der Zeit auch gelingen, die Arbeitslosenversicherung oder besser: die gemeinsame Vorsorge gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit auf festen und sicheren Boden zu bringen und ihr einen erweiterten Wirkungskreis zu sichern.

Die zweite Forderung, die Herr Müller aufstellt, geht dahin, der Bund sollte die Bestrebungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Milderung ihrer Folgen auch finanziell unterstützen. Darunter versteht Herr Müller in erster Linie die Subventionirung der Arbeitsnachweis-Anstalten. In jeder Stadt von einiger Bedeutung sollte der Arbeitsnachweis organisirt sein. Der Bund müßte unter die Bedingungen, von deren Erfüllung er die Subvention abhängig macht, auch die aufnehmen, daß der Arbeitsnachweis unentgeltlich zu erfolgen habe.

Was das Arbeitsamt kosten und die Subventionen betragen würden, beziffert Herr Müller zusammen auf 100—200 000 Fr. und er glaubt, daß damit alles geleistet werden könnte, was Noth thue. Mit bezug auf die Kompetenz des Bundes, auf diesem Gebiet thätig zu sein, macht Herr Müller auf die Hilfe aufmerksam, welche der Bund der Landwirthschaft leistet. Für die Förderung der Landwirthschaft wird das Budget künftig eine jährliche Ausgabe von mehr als einer Million Franken aufweisen. „Was an einem Orte möglich war und mit so viel Erfolg durchgeführt wurde, sollte auch am andern Orte möglich sein, wo die Noth ebenso groß und die Hilfe ebenso gut möglich ist."

Die Vorschläge des Herrn Müller haben in einem großen Theil der Presse anerkennende Zustimmung gefunden.

Von sozialdemokratischer Seite wird ihnen einiges Mißtrauen entgegengebracht, weil man sie als einen Schachzug gegen die das Recht auf Arbeit fordernden Arbeiter betrachtet. Jedenfalls kann man trotzdem diese Vorschläge ernst nehmen und aus dem taktischen Manöver Nutzen für die Arbeiterklasse ziehen. —

Die Universität Brüssel ist durch das reaktionäre Gebahren der Angst- und Heulmeier, die Elisée Réclus maßregelten, der Auflösung nahe gebracht worden. Professor Renard, ein ausgesprochener Sozialdemokrat und eine der größten Zierden der Wissenschaft in Belgien, und der bisherige Rektor der Universität, Rektor Denis, haben ihre Entlassung eingereicht. Andere Professoren wollen diesen Beispielen folgen, und viele Studenten eine Lehranstalt verlassen, deren Verwaltung Rücksichten der kleinlichsten Parteipolitik höher schätzt, als die Forderungen der Wissenschaft. —

Wir theilen noch das folgende Telegramm mit:

Brüssel, 23. Januar. Der Verwaltungsrath der freien Universität hat beschlossen, 100 Studenten, welche zuerst das Schriftstück zu gunsten des Geographen Reclus unterzeichneten, zu relegiren. Falls dieser Beschluß zur Ausführung kommen sollte, ist außerhalb der Universität ein Reclus-Kursus geplant, für welchen Zweck bereits mehrere Gesellschaften Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben.

Auch ein Fortschritt! In Belgien hat sich die Zahl der Klöster seit 1846, also in einem Zeitraum von 47 Jahren, beinah verdreifacht. Im Jahre 1846 gab es hier 776, wogegen 1890 schon 1775 Klöster. Die Bevölkerung dieser Klöster stieg seit 1846 von 19 968 auf 30 098 Mönche im Jahre 1890. — Unser Bruderorgan „Vooruit" bemerkt zu dieser Notiz: Diese Bevölkerung lebt dem Herrn und verachtet die irdischen Güter, denn nach der letzten Einschätzung besitzt sie nicht mehr als tausend Millionen Franks, ein Kapital, durch welches sie die Früchte der Arbeit auffaugt. —

Italien. Auf Sizilien und im übrigen Königreich herrscht nach wie vor telegraphische „Ruhe". Die „Aufstände" sind überall — telegraphisch — zu Ende. Dagegen gesteht der Telegraph sehr verdächtige Ausstände zu. Ausstand (trotz Belagerungszustand) in Massa Carrara, wo der hübsche Carrarische Marmor gebrochen und bearbeitet wird; Ausstand in Pisa; Ausstand in Rom — dort der Bäcker und Kutscher, hier der Bäcker — und Gemunkel vom allgemeinen Ausstand. Und überall Militär gegen die Ausständischen. Das ist die „Ruhe" des Telegraphen und des Herrn Crispi. —

Die Folter scheint nun gegen politische Verbrecher angewandt zu werden, wenigstens finden wir im Kölner „General-Anzeiger" folgende Notiz:

Großes Aufsehen erregt in Paris, wie man von dort schreibt, eine aus Madrid datirte Enthüllung eines Pariser Blattes, wonach der Madrider Untersuchungsrichter die verhafteten Anarchisten auf eine ungemein raffinirte und barbarische Weise zum Geständniß gezwungen habe. Er ließ sie nämlich bei Stockfisch und Brot unter absoluter Entziehung von Wasser und sonstigen Getränken einsperren, bis sie den Durst nicht mehr aushalten konnten. Dann befahl er die Vorführung. Auf seinem Tische standen mehrere Karaffen mit Wasser, und sobald sie sich weigerten zu reden, wies er darauf hin, daß sie die Karaffen andernfalls mitnehmen dürften. Auf diese Weise habe er selbst die Verstocktesten zum Geständniß gezwungen. Wer sich widersetzte, mußte weiter dürsten. So sei auch die Promptheit erklärlich, mit der alle ein offenes Geständniß abgelegt hätten. Wir geben die Einzelheiten natürlich mit allem Vorbehalt wieder, denn wären sie wahr, so enthielte der moderne Sprachschatz kaum eine Vokabel, um sie gebührend zu charakterisiren. —

Serbien steht am Vorabende einer Revolution. Es soll ungeheuere Aufregung im ganzen Lande herrschen, die Anwesenheit Milans wird als ein Faustschlag gegen das ganze Land betrachtet. Morgen wird eine Ordre des Königs Alexander erwartet, in welcher die Niederschlagung des Prozesses Avakumowitsch angekündigt werden soll. Hierzu ist der König nicht ermächtigt. Das Militärkabinet, das er einsetzen will, wird nicht lange die „Ordnung" aufrechterhalten. Die serbischen Soldaten haben engen Zusammenhang mit dem Volke, sie werden nicht auf das Volk schießen, höchstens in der Hauptstadt, auf dem Lande aber wird die radikale Partei, wenn sie die Agitation gegen das Haus der Obrenowitsch beginnt, die ganze Bevölkerung hinter sich haben. Mit der Königsspielerei wird der junge Alexander bald aufhören können. —

Parteinachrichten.

Wie sozialdemokratische Staatsbürger im „Kulturstaat" Preußen-Deutschland behandelt werden, mußte gestern Genosse Wendlandt, Redakteur der Magdeburger „Volksstimme", an seiner Person recht deutlich erfahren. Er wurde zur Polizei geladen und von dort der Kommandantur zugeführt: hier wurde ihm eröffnet, daß ihm das Recht, als Einjähriger zu dienen, aberkannt sei, da er eine zweijährige Gefängnißstrafe hinter sich habe. (Die Strafe hatte sich W. als Redakteur unseres Breslauer Partei-Organs wegen Majestätsbeleidigung zugezogen.) Nach ärztlicher Untersuchung erfolgte seine sofortige Einstellung im Heere, und wurde er dem 66. Infanterie-Regiment zugetheilt, wo er seine 2 bis 3 Jahre schwitzen kann.

* * *

Die Parteikonferenz für das östliche Westfalen und die Lippeschen Fürstenthümer, welche am 14. und 15. Januar d. J. in Bielefeld tagte, war von 49 Delegirten, die insgesammt 29 Ortschaften vertraten, besucht. Ueber „Agitation und Organisation" referirte Genosse Groth; Redner betont die Schwierigkeiten, welche die Partei hauptsächlich auf dem Lande, wo noch die Orthodoxie die unumschränkte Herrschaft übe, zu überwinden habe. Im Ganzen geht aber aus seinem wie aus den nachfolgenden Berichten hervor, daß die Sozialdemokratie doch, wenn auch langsam, auch hier Fortschritte macht. Angenommen wurde eine Resolution des Genossen Groth, durch welche sich die Parteigenossen verpflichteten, überall, wo es irgend thunlich, Arbeiter- und Wahlvereine zu gründen. Die Landagitation soll planmäßiger betrieben werden; dabei soll von Massenausflügen mehr abgesehen, vielmehr soll versucht werden, mit einzelnen ortsansässigen Personen — Hausindustriellen, Zigarrenmachern u. s. w. — Beziehungen anzuknüpfen, um dadurch in jedem Dorfe einen Stamm zuverlässiger Genossen heranzubilden. Neben dieser mehr stillen darf selbstverständlich die öffentliche Agitation durch Versammlungen nicht aus dem Auge gelassen werden. Im Weiteren macht es die Resolution den Genossen zur Pflicht, Angaben über Lohn- und Lebensverhältnisse der Landbevölkerung zu sammeln und der Agitationskommission zur Verfügung zu stellen. Ein Antrag Slomke-Bielefeld, der auch Annahme fand, geht dahin, die Presse („Bielefelder Volkswacht") dadurch direkt zu unterstützen, daß in den einzelnen Ortschaften freiwillige Sammlungen vorgenommen werden. Zum Schluß wurde noch bestimmt, daß bei zukünftigen Provinzial-Parteitagen auf je 1000 bei der letzten Reichstagswahl abgegebene Stimmen fünf Delegirte kommen sollen. Dieser Antrag wurde mit dem Zusatz einstimmig angenommen, daß auch Orte, in welchen die sozialdemokratische Stimmenzahl noch eine geringere ist als 1000, berechtigt sind, Genossen zu den Parteikonferenzen für das östliche Westfalen zu delegiren.

Nachdem der Vorsitzende, Genosse Schumann, ein Resumee über die Verhandlungen gegeben und den Wunsch ausgedrückt hatte, daß aus denselben für die Partei Segen erblühen möge, schließt derselbe mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Verhandlungen um 8¾ Uhr.

* * *

Der schleswig-holsteinische Parteitag der sozialdemokratischen Partei fand am 14. Januar in Itzehoe statt. Der Bericht der Agitationskommission läßt erkennen, daß dieselbe im letztvergangenen Jahre die regste Thätigkeit entfaltet hat. Ueber eine halbe Million Flugblätter sind im Laufe des Jahres in der Provinz verbreitet worden. Außerdem haben Tausende von kleinen Broschüren Verbreitung gefunden; mitgetheilt wurde noch, daß Genosse Theiß (Hamburg) mit der Ausarbeitung einer Broschüre, speziell für die Landbevölkerung, betraut worden sei; von dieser seien bis jetzt schon 50 000 Exemplare bestellt. Auch die dänisch sprechende Bevölkerung wurde berücksichtigt, indem Broschüren in dänischer Sprache zur Austheilung gelangten. Die Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen, welche von 1890—1898 in der Provinz 14 000 betrug, ist als ein Erfolg dieser regen Agitation anzusehen. — In einer Resolution werden die Genossen der größeren Städte dazu verpflichtet, gelesene Parteiliteratur nach dem flachen Lande zu senden. Beschlossen wurde ferner, einen eigens zum Zweck der Land-Agitation herauszugebenden Kalender abfassen zu lassen. Auch sollen jährlich 2 mal Flugblätter nebst Berichten über Reichstagsverhandlungen zur Vertheilung kommen. Die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages sollen jedem Vertrauensmann der Provinz gedruckt zugehen. Als Ort des nächsten Parteitages wird Flensburg bestimmt. Hiermit ist die Tagesordnung des Parteitages erschöpft und wird derselbe mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Unsere Notiz in Nr. 16 d. Bl., daß in Pohlitz vier Musiker wegen eines „Tusch" bei Ausbringung eines Hochs auf die Sozialdemokratie zu 10 M. Geldstrafe verurtheilt wurden, werden wir von einem Leser unseres Blattes ersucht dahin zu ergänzen, daß der betreffende Ort im Fürstenthum Reuß jüngere Linie liegt, da es in Reuß ä. L. einen Ort gleichen Namens giebt.

— Die Petition der 42 Gemeindevorstände von der Umgegend Dresdens, von der wir gestern (politischen Theil) berichteten, sollte in einer Versammlung unserer Dresdener Parteigenossen besprochen werden. Der Polizeidirektor von Dresden verbot wegen dieses Punktes der Tagesordnung die Versammlung auf grund des § 12 des Vereins- und Versammlungsrechts, welcher lautet: „Bei dringender Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit können Versammlungen u. s. w. verboten werden." — Wie werden die lieben Elbflorenzler erleichtert aufgeathmet haben, als sie Kunde erhielten von dieser rettenden That. Sie können nun auch in Zukunft weiter ihr „Debbchen" in Ruhe trinken und dabei in sicherer Ecke ihres Stammtisches mit wuchtigen — Worten die bösen Sozialdemokraten todt — reden.

* * *

Todtenliste der Partei. In Frankfurt a. M. verstarb am letzten Freitag Genosse Karg im Alter von 53 Jahren. Der Verstorbene gehörte seit Ende der 60er Jahre der Partei an und hat er auch als Redner sich nicht hervorgethan, so that er um so mehr dort seine Pflicht, wo es zu handeln galt. Ehre dem Andenken des Braven.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 23. Januar. Das Bureau der Kammer wählte die Heeres- und die Marinekommission, deren jede 33 Mitglieder zählt. Unter den Mitgliedern der ersteren befinden sich Brisson, Jules Roche, Cavaignac und Mezières. Mehrere Mitglieder der Kommission drangen darauf das 14. und das 15. Armeekorps zu verstärken, indem sie nachwiesen, daß der Effektivbestand des französischen Heeres ein geringerer sei als derjenige des deutschen.

Briefkasten der Redaktion.

Giesler. Eine Genehmigung wird überhaupt nicht ertheilt, nur eine Bescheinigung über die Anmeldung. Wenn diese Bescheinigung da ist, kann die Versammlung beginnen.

Schönwalde. Dagegen ist nichts zu machen.

W. H. 15. 1. Nein. 2. Amtsgericht I. 3. Man wird mit zurückgelegtem 21. Lebensjahr majorenn. Für diese Klage ist das aber nicht nöthig.

H. K. 25. Wenn Sie sich in Preußen verheirathen wollen, ohne die bayerische Staatsangehörigkeit zu verlieren, brauchen Sie die Papiere. Ein billiger Weg ist uns nicht bekannt, im Trödel sind sie nicht zu haben.

W. S. 13. Wenn es wahr ist, daß ein Zeuge dafür da ist, so nehmen Sie lieber den Antrag auf gerichtliche Entscheidung zurück.

F. D. 96. Ihrer Darstellung nach sind Sie im Recht.

A. Z. 1000. Fragen Sie einen Patentanwalt.

W. Noack. Friedrichsfelderstr. 20. Solche Bestimmung existirt nicht.

C. C. G. Sie müssen hinkommen oder beantragen, wegen weiter Entfernung vom Erscheinen dispensirt zu werden.

F. N. 39. Von der Stiefmutter erbt man nichts.

Felix W. 29. Die Sache ist zweifelhaft. Kommen Sie in die Sprechstunde.

Zwei Wettende 100. Hamburg hat außer seiner Landbevölkerung von 53 270 Köpfen 571 608 Einwohner; Leipzig hat 335 888 Einwohner.

O. R. Das käme auf den Versuch an. Unseres Wissens ist das Werk hier noch nicht aufgeführt worden.

W. Kleukens. Nein, so lange der Verein nicht politische Gegenstände in seinen Versammlungen erörtert.

C. L. H. Ja.

O. S. 302. Sprechen Sie Mittwoch oder Donnerstag 7½—8½ Uhr Abends in der Redaktion vor.

R. R. Ja. Klage beim Gewerbegericht.

H. S. Erforderlich sind in beglaubigter Form Ihre und Ihrer Braut Geburtsurkunden, sowie die Einwilligung des Vaters Ihrer Braut, falls dieselbe das 24. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Wilh. Fuß. Beschwerde ist aussichtslos. Die Thatsachen werden gelegentlich verwerthet.

Danzigerstraße, S. H. 1. Abonnementsverein von Dienstherrschaften für kranke Dienstboten, Mohrenstr. 34. 2. Ja, wenn vernachlässigte Aufsicht nachgewiesen wird.

Karl Sch. Nein.

A. E. 12. Der Miethsvertrag ist stempelfrei, wenn die Miethe für die ganze Dauer desselben weniger als 150 M. beträgt. Sonst beträgt der Stempel 1/10 der bezeichneten Miethe.

A. C. 69. Die geschilderten Vorgänge entsprechen dem Gesetz.

P. K. 39. Die Kündigung ist verspätet.

A. Sp. 5. 1. So lange dem Vater nicht die väterliche Gewalt über das Kind gerichtlich abgesprochen, ist er zur Herausgabe desselben berechtigt. 2. Einklagen. 3. Nein.

A. K. 130. Die Kündigung kann am 15. jedes Monats erfolgen.

U. N. 10. Nein.

W. Meth. 15. Ja.

H. Z. u. W. L. B. 1. Sie haben in Klasse IV, also 30 Pf., wöchentlich zu kleben, wenn der dreihundertfache Betrag des für Ihre Krankenkassen-Beiträge maßgebenden durchschnittlichen Tagelohnes mehr als 850 M. beträgt. 2. Jeden Tag, wenn Sie nicht fest auf bestimmte Zeit angenommen sind.

F. L. War die Wohnung infolge des Schwammes gesundheitsgefährlich, so ist Ihr Ausziehen berechtigt und brauchen Sie danach keine Miethe zu bezahlen. Der Wirth ist Ihnen auch schadenersatzpflichtig, wenn er nicht nachweist, daß ihm kein Versehen zur Last fällt.

Eingelaufene Druckschriften.

Sozialpolitisches Zentralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Karl Heymann's Verlag in Berlin, vierteljährlich 2,50 M.).

Die soeben erschienene Nr. 17 hat u. A. folgenden Inhalt: Landwirthschaftliche Genossenschaften in Oesterreich. Von Otto Wittelshöfer. — Landwirthschaftskammern in Preußen. — Maßregeln zur Kontrolle des Güterhandels und der Güterzertrümmerung. — Zur Einkommensteuer-Statistik in Preußen.

Hexenaberglaube und Hexenprozesse in Deutschland. Von Curt Müller. Leipzig, Verlag von Ph. Reclam jun.

Judith. Tragödie in 5 Aufzügen von Fr. Hebbel. Leipzig, Verlag von Ph. Reclam jun.

Die Ahrenshoper. Schauspiel in 1 Akt von Axel Delmar. Leipzig, Verlag von Ph. Reclam jun.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 24. Januar.

Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. Die Braut von Messina, oder: Die feindlichen Brüder.
Lessing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Das Recht auf Glück.
Wallner-Theater. Geschlossen
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Lieutenant zur See.
Residenz-Theater. Der Mustergatte.
Neues Theater. Sappho.
Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1893.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant.
Alexanderplatz-Theater. Die Räuber.
National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Theater Unter den Linden. Salon Pitzelberger. Nachher: Brahma.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten! **Novitäten!**
Charley's Tante.
Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Busse.
Regie: Max Samst.
Musik von Adolph Wiedecke.
Vorher:
Der Teufel in Berlin.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudens. Musik von A. Wiedecke. Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachm. 3 Uhr, Volksvorstellung: **Don Carlos.**

American-Theater.

Dresdener-Straße 55.
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon gepriistes Mädchen **Franziska Häser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" **Josephine Delclisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit . . . . . **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix.**
Auftr. sämmtl. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6½ Uhr.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobsen.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Präuscher's Museum.

Tausende von anatomischen Präparaten.
Schußkanal durch fünf Körper.
Gladiatoren-Kampf.
Wunder d. Coroplastik u. Mechanik.
Täglich von 9 früh bis 10 Abends für erwachsene Herren.
Dienstag und Freitag: Damentag.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 30.
Ein toller Einfall.
Schwank in 4 Akten von Carl Laufs.
Hierauf zum 32. Male: **Berlin 1893.**
Revue in 2 Abth. von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7½, der Revue 9¼ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung und Konzert.
Neu! Neu! Neu!
Ein Stiergefecht in Cadix.
Große Ausstattungs-Parodie.
Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns **Hermandos Beiso** und sämmtlichem Theater-Personal.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.
National-Konzert
D. Obenlandler
in National-Tracht
und **Auftreten** von
Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluß der Vorstellung verlooft wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

„Sanssouci",

Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 25. Januar cr.:
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf.
(siehe Plakate).

Großes Ulk-Programm
Zum Schluß neu (höchster Lacherfolg):
Eine Soiree bei Lehmann's.
Gr. parodistisches Ensemble von Meysel.
Freitag: **Viktoria-Brauerei.**

Circus G. Schumann,

Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Mittwoch, den 24. Januar cr., Abends 7½ Uhr:
Gr. Elite-Vorstellung.
Besonders hervorzuheben: **13 Rapphengste** in Freiheit dressirt und vorgeführt von Herrn **Max Schumann.** **Entree comique** des beliebten Klowns **Little Fred. Faust und Gretchen,** in Freiheit vorgeführt von Herrn **Adolf Schumann.** Auftreten des phänomenalen Schlangenmenschen **Mr. Dousack. Nolusco,** in allen Gangarten der hohen Schule ger. v. Frl. **Eugenie Lecusson. Original-Klown William Olschansky** mit seinen dressirten Ratten und Katzen. Musikalisches Entree der rühmlichst bekannten Klowns **Paul** und **William. Bolero andalouse,** spanischer Nationaltanz, ger. von Frl. **Footitt** und Herrn **Adolf Schumann. Mr. Locusson** als Jockey. **Grand pas de deux,** ger. von Frl. **Rohde** u. Herrn **Adolf Schumann.**
Zum Schluß der Vorstellung:
Die Fuchsjagd bei Bolton
Hochinteressantes Jagd-Bild in 2 Abtheilungen. An der Jagd nehmen ger. von 24 Damen und Herren mit englischen Halb- und Vollblutpferden.
Tanz-Einlage: **La Pastillone-Mazurka,** arrangirt vom Balletmeister **R. Riegel,** getanzt vom **Corps de ballet.**
Morgen: Große Vorstellung.
Freitag, 26. Januar: Benefiz-Vorstellung für den beliebt. Klown **William Olschanski.**
Hochachtungsvoll und ergebenst
G. Schumann, Direktor.

Altes Schützenhaus, Linienstr. 5, empfiehlt seine Säle. Sonntag, den 18. März, ist noch zu vergeben. [1286b

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, die bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters, des Maurers
Gustav Freyer
zugegen waren, sowie den Gesangvereinen „Rothe Nelke" u. „Frühlingslust", ebenso für die vielen Kranzspenden der Genossen und für die liebevolle Unterstützung vom Bauherrn, Baumeistern und Poliren, und seinen Kollegen sagen unsern innigsten Dank.
Die tiefbetrübte Wittwe nebst Kindern.
13935

Danksagung.

Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Rud. Klausnitz
sagen wir allen Kollegen, Freunden u. Bekannten, besonders dem Gauverein Berliner Bildhauer und dem Gesangverein „Berliner Liederkranz" unsern innigsten Dank. 1386b
Ww. E. Klausnitz nebst Kindern.

Franz Wersin

wird behufs Mittheilung von Familienangelegenheiten gebeten, seiner Mutter seinen jetzigen Aufenthaltsort anzugeben. Auch werden alle, welche eine frühere od. die jetzige Adresse desselben wissen, gebeten, diese der tiefbetrübten Mutter mitzutheilen. 5531b*
Ww. Wersin, Graudenz, Salzstraße 12.

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.
Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. **Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. **Säle** für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Alcazar.

Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Die 8 Wunderhunde.
Truppe Hassoni. Mr. Goswin.
Louise Bonné
und das gesammte
neue Riesenprogramm.
Entree 15 Pf.
R. Winkler.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Mittwoch, den 24. Januar cr., Abends 7¼ Uhr:
Gala-Vorstellung.
100 Pferde in der Manege.
U. a.: Der ostpreuß. Hengst **Blondel** und **Tableau von 60 Pferden,** dressirt und vorgeführt vom **Dir. Fr. Renz. Die Post** mit 12 Pferden ger. v. Herrn **Gustav. Great Hurdle-Race** von 20 Pferden. **Colmar** und der Steiger **Alep,** geritten von Frl. **Oceana Renz.** Die Akrobaten auf dem Telephondraht **Zalva, Espana** und **Alvar. Mr. Lavater Lee** 2c.
Zum Schluß:
Ein Künstlerfest.
Vollständig neue Ausstattung; neue Einlagen. Ueberraschende Licht- und Wassereffekte. Gr. Brillant-Feuerwerk.
Preise wie gewöhnlich.
Der Circus ist gut geheizt.
Donnerstag: **Ein Künstlerfest.**
Sonnabend: **Parade-Festvorstellung.**
Fr. Renz, Direktor.

Stempel Vereins-Abzeichen 2c. H. Guttmann, Brunnenstr. 9.

Vereins-Abzeichen.

Gravirung von Inschriften etc

Damen-Masken-Garderobe von **M. Roussel,** **43. Skalitzerstr. 43**

Verein zur Wahrung geistiger und materieller Interessen aller in der Hutbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen

Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 24. d. M., Abends 8½ Uhr, im Restaurant Kuhlmey, Schönhauser Allee 28:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassirers. 3. Bericht der Revisoren. 4. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 5. Verschiedenes und Fragekasten. — Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimirt.
181/5 **Der Vorstand.**

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins.

Am Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Brochnow, Sebastianstr. 39:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Jeder Maurer hat Zutritt. 476/4 J. A.: **Der Vorstand.**

Verein für „Volksthümliche Kunst".

Donnerstag, den 25. Januar, Abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn **Säger,** Grüner Weg 29. Vortrag über: „Kabale und Liebe". Herren und Damen als Gäste willkommen.
Montag, den 26. März (2. Oster-Feiertag):
Sonder-Vorstellung in der Urania.
Billets à 50 Pf. sind zu haben bei H. Wilke, Andreasstr. 26, und bei dem Vorstand. 364/12

Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe

Berlins und Umgegend.
Der vom Verein beschlossene
Herren-Abend
findet am
Donnerstag, den 25. d. Mts., beim Kollegen **Ehrenberg, Annenstraße 16,** statt.
Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich zu betheiligen. Gäste können durch Mitglieder zu diesem genußreichen Abend eingeführt werden. — Die in der letzten Versammlung entstandenen Differenzen sind nach rechtlicher Prüfung der Sachlage zu rechten des Kollegen Ehrenberg ausgefallen. **Der Vorstand.** J. A.: Lorenz.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

(Zahlstelle Berlin.)
Gr. Wiener Maskenball
am **Sonnabend,** den 3. Februar 1894,
in den **Konkordia-Festsälen,** Andreasstraße Nr. 64.
Billets à 50 Pf. sind in allen Zahlstellen, ferner bei folgenden Mitgliedern zu haben: Hintz, Gräfestr. 82, Hof prt.; Mieke, Adalbertstr. 9, 4 Tr.; Wiedemann, Wallstr. 7/8 (Arbeitsnachweis); Kunze, Reichenbergerstraße 130, v. 2 Tr.; Kloisch, Koppenstr. 73; Lau, Manteuffelstraße 97; Naetebusch, Blumenstr. 38, Hof r. 3 Tr.; Daun, Teltowerstraße 23, 3 Tr.; Arndt, Friedenstr. 63, Hof prt.; Grammit, Naunynstraße 62; Markmann, Höchstestr. 6, v. 2 Tr. 432/3

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzl., Zahnschmerz beseitigt, schmerzloses Zahnziehen. Theilzahlung. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

Boltz' Festsäle, S. vormals G. Feuerstein **Alte Jakobstrasse 75,**
Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Amt I, 1082

Berl. Krankenunterstützungs- und Begräbnißverein für Frauen und Mädchen.
Sonntag, den 28. Januar, Nachmitt. 3½ Uhr, im **Dresdener Garten,** Dresdenerstraße Nr. 45:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht pro 1893. 2. Statutenänderung. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes. — Nach der Versammlung gesellige **Abendunterhaltung.** Alle Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. 463/2
Der Vorstand. J. A.: **Fr. Freudenreich,** Reichenbergerstraße 8.

Sophastoff-Reste
in Phantasie, Rips, Damast, Crêp, Gobelin und Plüsch, spottbillig im
Konkursmassen-Ausverkauf
J. Adler Söhne
Spandauerstr. 30, 1384b
gegenüber dem Rathhause.

Hierdurch warne ich Jedermann, meiner Frau etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. 1396b
August Mucke, Memelerstr. 68, H. IV.

Edt-Destillation mit voller Konzession ist in Weißensee billig zu vermiethen. Näheres bei 1395b
Goldwasser, Berlin, Franseckistr. 13.

Stimmbegabte Herren, welche geneigt sind, einem **Arbeiter-Gesangverein** beizutreten, finden freundliche Aufnahme Eberswalderstr. 5, Restaurant. Uebungsst. Mittwoch Abend 8½ Uhr.

Cigarrenfabrik m. Ladengeschäft
sofort od. 1. April, besond. Umstände halber sehr preiswerth zu verkaufen, einz. Fabrik a. Platz u. gute Umgeg. Zur Uebernahme 1800 M. erforderlich. 1387b **Aug. Lischke,** Zielenzig.

Allen in der chirurgischen Branche beschäftigten Arbeitern, besonders den Bandagisten zur Nachricht, daß die Werkstatt von Herrn **Schmidt,** Ziegelstraße 3, laut Vereinsbeschluß vom Sonntag, d. 21. Januar, **gesperrt** ist. 485/1 **Der Vorstand.**

Die Beleidigungen, die ich gegen den Schankwirth **H. Schröder** nebst Ehefrau ausgesprochen habe, nehme hierdurch zurück und erkläre dieselben für ehrenhafte Leute. 1391b
Osk. Stahl, Drechsl., Schwedterstr. 5.

Strümpfe werden angestrickt à Paar 20 Pf. Wrangelstr. 54, Finkelmeyer.

Achtung! Achtung!
Der Bierfahrer!
Das Lokal der Kranken- und Sterbekasse der Berliner Bierfahrer und Berufsgenossen (E. H. Nr. 84) befindet sich jetzt Grüner Weg 34 im Restaurant. 1398b **Fr. Müller,** Vorsteher.

Gebr. Kinderwagen z. Liefern kauft R. Schöbel, Lützowstr. 17. 1394b

Ein Laden für Schuhmacher, Plättanstalt oder anderes Geschäft zu vermiethen. Stube und Küche 64 Thlr. zum 1./4. 1894 Swinemünderstr. 123 beim Wirth. 1377b

Schinkestraße 10—11
kleine und Mittel-Wohnungen von **60 Thaler** an sogleich und später zu vermiethen.

Möbl. Schlafst. 1 o. 2 Herren u. vorn 12 M. mit Kaffee. Fiedler, Wienerstr. 62.

Wrangelstr. 127, 1 L., 2 St., 1 R. z. 1. April zu verm. 1330b

Arbeitsmarkt.

Wickelmacher vert. König, Weißensee, Chausseestr. 61. 1392b

Flotter Bügler auf Knaben-Stoffanzüge sofort bei hohem Lohn gesucht. 68/1
G. Michaelis, Chausseestr. 123.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 19. Mittwoch, den 24. Januar 1894. 11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 23. Januar 1894, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Boetticher, Nieberding.

Das Haus setzt die Besprechung der Nothstands-Interpellation der Sozialdemokraten fort.

Abg. Dr. **Kropatscheck** (dk.) setzt zunächst auseinander, warum er gestern den Abg. Bebel mehrfach unterbrochen habe. Der Grund habe in dem Widerspruch gelegen, in dem der zweite Theil seiner Rede mit dem ersten gestanden. Im zweiten Theile habe Herr Bebel ein wahres Schauergemälde von den bestehenden Zuständen entworfen, eine wirkliche Gespensterfurcht entwickelt; er sei wie von immerwährender Angst vor Agents provocateurs und Polizeianschlägen geschüttelt erschienen. An einen solchen Köhlerglauben des Abg. Bebel habe er (Redner) so wenig geglaubt, daß er seinen Zweifeln durch Zwischenrufe den gerügten Ausdruck gegeben habe. Irgend welche Fehler kämen bei der Polizei gewiß vor, aber damit eine etwaige Polizeiverschwörung zu begründen und jeden weiteren Beweis bis auf die wunderbare Unterhaltung der beiden Offiziere dafür schuldig zu bleiben, darüber müsse man bei einem so klugen, klaren und nüchternen Kopf, wie es Herr Bebel sei, doch erstaunt sein. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es sei ja nicht einmal neu, immer die Revolution durch die Polizei provoziren zu lassen, es sei das eine alte Geschichte, mit der man nur kleine Kinder graulich machen könne. Daß die Sozialdemokraten so besonders muthvoll den Anarchisten entgegentreten, habe man bisher nicht bemerken können; Vorsicht sei jedenfalls bisher der bessere und größere Theil dieses Muthes gewesen. Anarchismus und Sozialismus seien zwei ganz verschiedene Dinge; aber der staatenlose Zustand des Anarchismus und der sozialdemokratische Zustand hätten dieselbe Voraussetzung, daß es in der neuen Welt auch ganz neue sündenlose Menschen geben werde. Daran könne man nicht glauben; ohne Hilfe des Christenthums werde man keine neuen Männer ohne Selbstsucht erlangen, wie sich auch die Bildung steigern mag! Anarchisten und Sozialisten thäten genau dasselbe, sie predigen unausgesetzt Unzufriedenheit und Klassenhaß. Nach 1874 hat Herr Liebknecht in einer Broschüre direkt ausgesprochen, die Frage des Sozialismus werde auf dem Schlachtfelde gelöst werden; heute, wo die Partei sich „gemausert“ hätte, kommen sie mit solchen Redensarten nicht mehr. Die heutigen Anarchisten aber seien der alten Auffassung treu geblieben. Marat und Robespierre waren auch zwei Männer ganz entgegengesetzter Richtung, aber im Blutvergießen haben sie um die Palme gewetteifert. Wenn die Sozialdemokraten auch auf die Anarchisten schimpfen, sie empfinden doch eine Art Konkurrenzneid, sie machen ihnen ihre Volksversammlungen nach. In den Zusammenstellungen über die Strafen, welche unter dem neuen Kurs gegen die sozialdemokratischen Führer in Presse u. s. w. erkannt worden sind, werden die gegen Anarchisten verhängten Strafen gewissenhaft mitaufgeführt. Eine Arbeitslosenstatistik sei um so schwieriger, als zu den bei den schwer auseinander zu haltenden Kategorien der Arbeitslosen und Arbeitsscheuen noch eine dritte sehr große Kategorie hinzukomme, derer, welche nicht arbeiten können, d. h. arbeiten nicht gelernt haben, welche nicht qualifizirte Arbeiter sind. Die Arbeitslosigkeit werde zunächst nicht abnehmen, sondern in demselben Maße zunehmen, wie die Großindustrie sich weiter entwickele. Man könne nun zwar nicht die Großindustrie aufheben, aber man dürfe auch nichts thun, um ihre Entwickelung zu beschleunigen, wie es u. a. durch den russischen Handelsvertrag geschehen würde. Es sei jedoch ein abgethaner manchesterlich-freisinniger Standpunkt, der die Landwirthschaft als eine überwundene Periode, als ein absterbendes Wesen betrachte, und Herr Rickert neulich und Herr Richter gestern hätten in dieser Beziehung die Situation gleichmäßig falsch beurtheilt. Es sei nicht einfach damit abgethan, daß an die Stelle des alten Grundbesitzers ein neuer trete. Mit dem alten gehe ein ganz hervorragendes Kapital an Autorität und monarchischer Gesinnung von der Scholle fort. Die heutigen Zustände in Italien erklärten sich vor allem daraus, daß man dort mit dem Körnerbau längst aufgehört habe. Welche furchtbare Schädigung würde für unsere auswärtige Stellung, für unser Militärwesen aus der Depossedirung der Landwirthschaft entstehen! Wenn die ländliche Bevölkerung erst ganz in die Städte gezogen ist, werden in der Stadt die Löhne so gedrückt, daß eine Umwälzung unausbleiblich ist. Dann wird die zuverlässige Armee fehlen, dann ist nur noch eine Masse da, der man nicht mehr gewachsen ist; dann werden Sie eben auf sein. (Lachen links.) Vorschläge zur Abhilfe seien von den Interpellanten nicht gemacht worden, jedenfalls kein einziger, der der augenblicklichen Noth steuern könnte (Sehr richtig! rechts). Die Vorschläge auf Kolonisation der Lüneburger Haide seien wohl nicht ganz ernst gemeint; die Lüneburger Haide enthalte Landstriche, die an Schönheit und Tragfähigkeit des Bodens ihres Gleichen suchen. Die Sozialdemokraten aber warnen doch vor der ländlichen Arbeit und nun wollen sie die Arbeiter doch in die Haide verschleppen; sie sollten doch ein wenig mehr Mitleid haben (Heiterkeit). Das Verlangen großer Bauten u. s. w. erfordere doch auch große Mittel, von deren Bewilligung schweige aber die Beredsamkeit der Interpellanten. Die Sonntagsruhe sei leider in den gewerblichen Betrieben noch nicht durchgeführt; aber die strikteste Durchführung würde nicht einem einzigen Arbeiter zur Mehreinstellung verhelfen. Wenn Herr Bebel sich auf die „Kreuz-Zeitung“ berufe, so habe er den Artikel des englischen Korrespondenten mißverstanden, dessen Schlußsatz selbstverständlich ironisch gemeint gewesen sei. An und für sich hält Redner den achtstündigen Arbeitstag weder für unmöglich, noch für unbedingt schädlich; in England werde man vielleicht in der That jetzt schon mit acht Stunden fertig; aber in Deutschland sei seine Einführung für jetzt unmöglich. Wenn in acht Stunden genau so viel gearbeitet werde, wie jetzt in zehn Stunden, wozu sollte die Industrie auch nur einen einzigen neuen Arbeiter einstellen? Wenn diese Voraussetzung aber unrichtig sei, dann würde man wohl mehr Arbeiter einstellen können; aber das würde wieder auf den Lohn drücken, und der Vortheil für die Arbeiterklasse wieder verschwinden. Die Klagen über die Ersparnißpolitik des preußischen Eisenbahnministers würden berechtigt sein, wenn diese Politik auf Kosten der Arbeiter und unteren Beamten geschehe. Wo soll aber das Geld herkommen für die Mehrkosten, welche die Erfüllung der Wünsche der Interpellanten in dieser Beziehung erfordern würde? Im Laufe der Jahre werden die Anforderungen an den Staat immer größer und infolge dessen die Steuern immer höher werden, gegen diese Thesen läßt sich Vernünftiges nicht einwenden. Das Verlangen eines Arbeitsnachweises sei berechtigt, aber von Reichs- und Staatswegen lasse sich das nicht machen. Das sei wohl im Zukunftsstaate möglich, da könne es wohl vorkommen, daß, wenn bei einem Chausseebau einige Steinklopfer fehlen, die Spitzen dieses Zukunfts-Gesellschaftsstaates einfach dekretiren, die Genossen Bebel und Kropatscheck haben sich dieser Arbeit zu unterziehen. (Große Heiterkeit.) Ein Dirigiren von brotlos gewordenen Arbeitern durch das ganze Reich von Behörde wegen sei eine Utopie, denn ein solches Unternehmen würde einen Sturm der Entrüstung im ganzen Lande hervorrufen. Herr Bebel habe also nichts vorgeschlagen, was wie eine positive Abhilfe aussieht. Auch habe seine Partei in dieser Beziehung nichts gethan. Jede Diakonissin, jede barmherzige Schwester, welche in das Haus eines Arbeitslosen geht, um dort Hilfe zu bringen, habe für die Arbeitslosen hundert Mal mehr gethan als die ganze sozialdemokratische Partei. (Lebhafter Beifall rechts und im Zentrum.) Die Kathedersozialisten seien nicht mitschuldig an der sozialdemokratischen Entwickelung, wie Herr v. Stumm glaube. Auffällig seien aber einige Anzeichen, daß die Sozialdemokratie sich nicht mehr so sicher fühle in ihrem Kosmopolitismus wie bisher. In der Wahlbewegung habe sie wiederholt die Fahne der Internationalität in die Tasche gesteckt, habe vom deutschen Vaterland, von sich als staatserhaltenden Elementen gesprochen. (Heiterkeit; Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Herr Liebknecht habe mit Unrecht wegwerfend von dem sozialen Königthum gesprochen. Die Monarchie sei gerade heute in erster Linie berufen, soziale Schäden zu heilen. Die „Kreuz-Zeitung“ habe nicht Sehnsucht nach einem neuen Sozialistengesetz gezeigt; sie habe seinerzeit sogar die Aufhebung als wünschenswerth und nothwendig bezeichnet. Die Monarchie allein könne die Arbeiter schützen, sie könne dieses warme Herz aber nur haben, wenn sie unter der Devise des Christenthums diese ihre Aufgabe zu lösen versucht. (Beifall rechts.)

Abg. **Singer**: Herrn Kropatscheck haben die Lorbeeren des Herrn Bachem in der vorigen Session nicht schlafen lassen. Ich gehe darauf nicht näher ein, es ist nicht unsere Aufgabe, den Blick des Reichstages und der Regierung von den Niederträchtigkeiten der Gegenwart abzulenken. Herr Kropatscheck hatte die liebenswürdige Absicht Bebel unter Rosen zu begraben. Ob Bebel höher zu stellen ist oder Liebknecht, darüber streite ich mit ihm nicht. Beide würden über den Beifall des Herrn Kropatscheck betrübt sein. Um nicht der Feigheit geziehen zu werden, will ich auch das Gebiet des Anarchismus streifen. Der Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus kann grundsätzlich nicht schärfer bezeichnet werden als durch den Satz: die heutige Gesellschaft ist eine anarchistische, welche die Sozialdemokratie in ihr Gegentheil verändern will. Wir bekämpfen die anarchistische Weltanschauung, wenn sie auch, eben weil sie existirt, das Recht hat, für ihre Anschauungen zu kämpfen, aber wir sind nicht so polizeiwüthig wie die Konservativen, um ihnen mit der Polizei das Lebenslicht ausblasen zu wollen. In der sozialistischen Organisation werden die Forderungen des Anarchismus von selbst aufhören. Wir haben vor den Anarchisten keine Furcht und wir haben sie in Literatur und Agitation nie anders behandelt als heute. Nur der Unverstand kann das Gegentheil behaupten. Wir werfen uns heute nicht zu Schützern der Anarchisten auf, sondern wir protestiren dagegen, daß gegen irgend einen Bürger irgend welcher Parteirichtung Brutalitäten verübt werden. Man will aber die Sozialdemokraten zugleich mit den Anarchisten treffen. Daß wir an der mangelhaften Ausbildung der sogenannten qualifizirten Arbeiter schuld seien, ist unrichtig. Schuld sind die sozialen Verhältnisse, welche die jungen Leute zwingen, in die Fabriken zu gehen, um für die Familie den nothwendigen Lebensunterhalt zu verdienen. Das ganze heutige Handwerkerthum ist ja auch nichts weiter, als ein Theil des Großbetriebes. Daß die Einführung des Achtstundentages eine Mehreinstellung von unbeschäftigten Arbeitern zur Folge haben müßte, würde selbst dann zutreffen, wenn eine Vermehrung der Intensität der Arbeit einträte, denn so groß kann diese nicht sein, daß sie die Differenz von 12 zu 8 Stunden ausgliche. Einen Arbeitsnachweis anders als auf Grundlage eines polizeilichen Schubs scheint sich ein Konservativer gar nicht denken zu können. Und wissen die Herren denn gar nicht mehr, daß die Arbeitgeber — ich erinnere nur an die Machinationen des Verbandes der Metallindustriellen — es für eine Verletzung ihrer Würde bezeichnet haben, ihre Arbeitskräfte von Arbeitsnachweisestellen der Arbeiter zu beziehen? Es ist also ein ungerechter Vorwurf, daß die Arbeiter etwas unterlassen hätten, was auszubauen ihnen Arbeitgeber und Polizei unmöglich gemacht haben. Die Sozialdemokratie hat ihre Kräfte schon längst in den Dienst der freiwilligen Krankenpflege gestellt. Wir können ihnen da aus den letzten Jahren ein so leuchtendes Beispiel von Hilfsbereitschaft entgegenstellen, daß alles, was Sie anführen dagegen verblaßt. Während der Hamburger Epidemie sind sozialdemokratische Arbeiter in die Wohnungen gegangen, haben Verhaltungsmaßregeln gegeben und dafür gesorgt, daß die Kranken in die Krankenhäuser überführt wurden; sie haben sich in den Dienst der Barmherzigkeit gestellt, obwohl sie eben der Fuchtel des Sozialistengesetzes entronnen waren, nicht blos für ihre Genossen sondern auch für die Bourgeoisie, deren nicht geringer Theil in Seebädern der Ansteckungsgefahr sich entzog. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Mit Gemeinplätzen wie dem des Staatssekretärs: Jeder bessere an sich, dann würden auch die allgemeinen Verhältnisse sich bessern, kann man den Nothstand nicht aus der Welt schaffen. Aber warum fängt der Staatssekretär nicht mit seinem eigenen Ressort an und bringt die sozialpolitische Gesetzgebung in Fluß? Ganz zugeben konnte freilich der Staatssekretär nicht, das wäre ja gleichbedeutend mit der Verurtheilung der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt. Darum sind Sie bemüht, den Nothstand als Ursache der heutigen Gesellschaftsorganisation zu leugnen. Das Auftreten des Staatssekretärs mag durch die Rücksicht auf die finanzielle Noth des Reichs beeinflußt sein. Er durfte den Herren, welche dem Reich neue Einnahmen verschaffen sollen, das Geschäft nicht zu sehr erschweren. Herr Posadowsky und Miquel haben in der Stempelsteuer-Kommission mit dürren Worten zugegeben, daß die gewerblichen Verhältnisse im letzten Jahre dauernd zurückgegangen sind. Dann ist die Behauptung gerechtfertigt, daß in der Arbeiterklasse ein Nothstand vorhanden ist. Der Staatssekretär hat von der günstigen Lage der Arbeiter in der Zuckerindustrie gesprochen. Sein Bericht stammt, wie Bebel bereits gestern bemerkt hat, aus einer für die Zuckerindustrie günstigen Periode. Dann werden die Herren uns helfen, die Zuckerprämien im Interesse der Zuckerindustrie beiseite zu helfen. Die Herren von der Regierung werden doch nicht in einer Zeit wirthschaftlicher Depression Geld mit vollen Händen an eine Industrie wegwerfen wollen, von der sie überzeugt sind, daß ihre Lage auch für die Arbeiter nicht ungünstig ist. Wenn Herr v. Boetticher behauptet, daß Arbeitgeber mit schweren Opfern ihre Arbeiter halten, so möge er doch auch den Berichten der Fabrikinspektoren seine Aufmerksamkeit zuwenden, aus denen sich das Gegentheil ergiebt. Abg. Battermann hat bei der Berathung der Tabaksteuer vom Standpunkt des Manchesterthums treffend und offen erklärt: Die Humanität hat ihre Grenze am Geschäftsinteresse. Wenn Arbeitgeber in einzelnen Fällen Arbeiter mit schweren Opfern halten, so ist es ein klassischer Beweis für den Charakter unserer ganzen Produktionsweise, welche ihm dies mit eherner Nothwendigkeit gebietet, damit ihm zu Zeiten der Prosperität die Arbeiter nicht fehlen, mit denen er dann seinen Profit erzielt. Sind irgendwo Arbeiter aus der Arbeit gegangen, so sind sie gewiß schnell aus der industriellen Reserve-Armee ersetzt. Eine amtliche Arbeitslosen-Statistik ist von uns stets gefordert worden. Mein Kollege Molkenbuhr wird sehr gern bereit sein, in der Kommission für Arbeiterstatistik dafür einzutreten, und, daß die Aufgabe des Reichs inbezug auf den Arbeitsnachweis in größeren Fluß kommt. Professor Herkner in Freiburg sagt in einem seiner vortrefflichen Aufsätze über Arbeitsvermittelung und Arbeitslosigkeit: Man organisire allenthalben Arbeitsnachweise, und man wird auch eine Statistik der Arbeitslosigkeit erhalten. Er fordert ferner, daß man dem Arbeiter Arbeitsmittel gewähre, daß man die Arbeiterschutz-Gesetzgebung entwickle, die Arbeitszeit verkürze, die Löhne erhöhe. Ich wünschte, daß die sozialpolitischen Geheimräthe im Reichsamt des Innern sich diese Warnung recht angelegen sein lassen. Dann wird es uns eine Freude sein, der Regierung bei ihrer Fürsorge für die Arbeiter mitzuhelfen. Allerdings helfen wir bei der Sozialreform nur dann, wenn wir das Interesse der Arbeiterklasse darin genügend anerkannt finden. Die bisher gemachten Bettelreformen sind nach unserer Auffassung nicht geeignet, unsere Stimmen zu bekommen, weil sie zu wenig geben an diejenigen Kreise, durch deren Arbeit und Fleiß doch erst die Möglichkeit des allgemeinen Wohlstandes gegeben ist. Die Sparkassen-Einlagen können bei Beurtheilung der Nothlage der Arbeiter keine Rolle spielen. Im großen und ganzen können die Arbeiter nicht ans Sparen denken. Auf die Lage der mittleren Schichten der Bevölkerung lassen die Sparkassen-Einlagen eher einen Schluß zu. Uebrigens ist die Vermehrung der Sparkassen-Einlagen darauf zurückzuführen, daß die Krankenkassen durch die Gesetzgebung gezwungen sind, flüssige Gelder an diejenigen Stellen zu legen, wo sie ihrer am leichtesten wieder habhaft werden können. Diese Gelder sind aber nicht als Spareinlagen der Arbeiter zu bezeichnen. Auch haben nach den Bankbrüchen der letzten Zeit Leute ihre Gelder den Sparkassen anvertraut, die sonst gar keine Kunden derselben sind. Woher hat der Staatssekretär die Berichte, daß sich die Steuerrückstände vermindert haben? Nach dem Bericht des Berliner Magistrats für 1892/93, der von den Steuereinziehungs-Beamten erstattet wird, ist das Gegentheil der Fall. Das Steuereinziehungs-Geschäft habe in noch höherem Maße unter den wirthschaftlich ungünstigen Zeitverhältnissen gelitten als im Vorjahre. (Hört! hört!) Auch an die Armenpflege sind in Berlin erhöhte Anforderungen gestellt. Es sind in dem Etatsjahr 1892/93 800 000 M. mehr als 1891/92 für Armenzwecke ausgegeben worden. (Hört! Hört!) 1893/94 ist der Armenetat bis jetzt um weitere 280 000 Mark überschritten. Nach den Mittheilungen der betr. städtischen Kreise wird vermuthlich der Armenetat dieses Jahr gegen das Vorjahr ca. ½ Million Mark mehr Mittel brauchen, um den Anforderungen zu genügen. Und dabei bekommen die Unterstützten nur 6—10 Mark monatlich. Welche Verhältnisse müssen da eingetreten sein! Ein Nothstand der Arbeiter soll nur in den großen Städten vorhanden sein. Aber wer die Presse aufmerksam verfolgt, wird finden, daß auch in den mittleren und kleineren Städten die öffentliche Unterstützung mehr in Anspruch genommen wird als früher. Allerdings tritt in den großen Städten der Nothstand am meisten in die Erscheinung und den ästhetischen Geistern der Regierung ist es nicht angenehm, die Noth und das Elend vor Augen zu sehen. Die großen Städte sind eben der Brennpunkt des öffentlichen Lebens, Die Zentren der Industrie. Nach den Berichten des Staatssekretärs existirt ein allgemeiner Nothstand nicht. Wir verzichten auf ein Spiel mit Worten. Mögen Sie den Nothstand anerkennen oder nicht, helfen Sie nur, ihn zu beseitigen; dann ist es uns egal, welche Grenzen Sie dem Nothstand ziehen. Der Abg. Möller hat wie der Staatssekretär das Kapitel von den faulen Arbeitern berührt, die angebotene Arbeit nicht annehmen. In Hamburg habe man keine Kanalarbeiter, keine Straßenreiniger finden können. Aber diese Erzählung bekommt einen ganz anderen Anstrich dadurch, daß sie aus der Cholerazeit stammt. Ein Unternehmer verlangte Kanalarbeiter, die er viel geringer lohnen wollte, als es dort üblich ist. Können Sie es den Hamburger Arbeitslosen verdenken, daß sie sich geweigert haben, in das offene Grab hineinzusteigen? Diese Leute sollte man hier im Reichstag nicht als Faulenzer, Tagediebe u. s. w. hinstellen. Als Bebel gestern das Schneeschippen als eine schwere Arbeit bezeichnete, brachen die Herren drüben in ihr gewohntes Gelächter aus. Aber die Behauptung ist richtig. Können Sie sich nicht denken, daß schlechtgekleidete, schlechtgenährte, aus anderen Berufen stammende, durch Noth und Elend heruntergekommene Leute nicht im stande sind, diese Arbeit zu leisten? Wie reint sich diese Auffassung mit Ihrer Sozialpolitik zusammen? Professor Herkner will, daß man dem Mann, der von den öffentlichen Körperschaften Arbeit begehrt, unter Ausschluß jeder entehrenden Bedingung Arbeit gebe und in der Weise gebe, welche die erworbene Geschicklichkeit seiner Hand, sein höchstes wirthschaftliches Gut, nicht beeinträchtigt. Dem Setzer, Kunsttischler, Weber, dürfe man keine schwere Arbeit überweisen. Das ist ein gesunder sozialpolitischer Gedanke. Bezüglich der Vorgänge am Friedrichshain stellte sich Herr v. Boetticher auf den Standpunkt: Was nicht in den Akten steht, ist nicht in der Welt. Er hat gewiß keine Zeit gefunden, eine Zeitung zu lesen. In allen Blättern stand übereinstimmend das Urtheil, daß das Auftreten der Polizei am vorigen Donnerstag ein durchaus unmotivirtes, gegen die Bürgerschaft ein herausforderndes, ein brutales gewesen ist. (Zustimmung links.) Ist es nicht der blutigste Hohn, daß dieselbe Bürgerschaft, aus deren Steuern die Polizei unterhalten wird, die Schläuche, Säbel und Pferde beschafft werden, die dort in Aktion getreten sind, so traktirt wird? Nach dem Polizeikostengesetz ist die Stadt Berlin verpflichtet, die sächlichen Kosten der Polizei zu tragen; dafür wird die Bürgerschaft von derselben Polizei niedergeknüppelt bei einer Gelegenheit, wo nicht der leiseste Anlaß zum Einschreiten der Polizei ist. Der Aufgabe, Hüterin der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu sein, steht das Auftreten der Polizei am vorigen Donnerstag diametral gegenüber. Ich will es in diesem Augenblick dahingestellt sein lassen, ob das Berliner Polizeipräsidium die Arbeitslosen zum Widerstande hat provoziren wollen. Wenn es aber irgend ein Mittel gegeben hat, einen Zusammenstoß herbeizuführen, so ist es das Auftreten der Polizei gewesen. Die Arbeitslosen sind überfallen worden in einer Weise, wie es sonst nur bei Straßenräubern geschieht. Es mußte also das Vorgehen ein geplantes gewesen sein. Wer die gestrige Rede des Freiherrn v. Stumm hörte und seine vorjährige, dem kann gar kein Zweifel darüber entstehen, daß sie ein neues Sozialistengesetz begründen sollte. Er hat gemeint, die Arbeitslosen seien behandelt worden, wie sie es garnicht anders verlangen könnten und hat auf die holländische Polizei hingewiesen. Daß eine solche Behandlung dem Ideal des Freiherrn von Stumm entspricht, ist mir in keinem Augenblick zweifelhaft gewesen. Er hat in seiner Rede dann auch einen Artikel benutzt, welcher von den Verwendungen der Millionen handelte, welche die Sozialdemokratie den Arbeitern angeblich auspreßt. Es wird ihm von Interesse sein, daß dieser Artikel von der „Nationalliberalen Correspondenz“ herrührt und daß sogar behauptet wird, daß das Manuskript auf Reichstagspapier geschrieben war. (Heiterkeit.) Die Herren dort drüben können es sich gar nicht denken, daß jemand für sein Ideal sein Geld opfert, weil bei ihnen alles, das Hurrahrufen u. s. w. bezahlt wird. Was die Sozialdemokratie in ihrer Agitation groß macht, das ist die Opferwilligkeit und die Ueberzeugung jedes Mitgliedes, daß es kein Opfer und keine Arbeit scheuen darf, um seine Pflicht zu erfüllen. Ferner hat Herr v. Stumm gemeint, daß die Ausgaben für die Militärvorlage gar nicht so unproduktiv seien, wir hätten nur für diese und für die Steuervorlagen stimmen sollen. Wenn Sie glauben, daß durch die

Armeelieferungen den Arbeitern ein Vortheil geschieht, so vergessen Sie dabei, daß der Haupttheil der Gelder, die für diese Lieferungen bezahlt werden, in den Händen des Unternehmerthums bleibt. Gestern hat das „Berl. Tageblatt“ einen Artikel gebracht, in welchem die Sozialdemokraten als diejenigen hingestellt wurden, welche durch ihre Agitation den Markt verdürben (Redner verliest den betreffenden Artikel). Ich gratulire dem Herrn v. Stumm zu diesem Bundesgenossen. Es ist dies sehr charakteristisch für die ganze liberale Presse. Wenn weiter Herr v. Stumm den Anarchismus mit dem Sozialismus auf eine Stufe stellt, dann versteht er von dem Sozialismus keine Spur, dann hat er keine Ahnung davon. Für ihn bleibt immer das einzige Rettungsmittel die Polizei und ein Gesetz, welches die freie Meinungsäußerung unterbindet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur bemerken, daß derjenige Mann, der die erste Meldung von dem Radieschensamen-Attentat auf den Kaiser und den Reichskanzler in die Presse brachte, ein Mann ist, der unter dem Regime des Herrn von Puttkamer als preußischer Polizeispitzel in London monatlich 450 Mark erhielt und der auch den Anarchisten de Nève ans Messer geliefert hat. Es ist das derselbe Mann, den Sie täglich hier im Reichstag auf der Journalistentribüne sehen können und der sehr freundschaftliche Beziehungen zu höheren Herren unterhält, und wenn Sie eine Photographie seiner Visage sehen wollen, so brauchen Sie sich nur das Bild von der letzten Kissinger Huldigung des Fürsten Bismarck anzusehen, dann finden Sie ihn neben unserm Kollegen, den Grafen Herbert Bismarck. Der Name des Mannes ist Reuß. (Große Bewegung und Heiterkeit.) Dann haben Herr v. Stumm und Kropatscheck es meinem Freunde Liebknecht verdacht, daß er ausgeführt hat, das soziale Königthum habe sein Kanossa. Vergleichen Sie doch nur die heutige Gewerbeordnung mit dem Entwurf derselben. Da sehen Sie, wie Halt gemacht wurde vor Herren von Stumm und Möller. Wissen Sie nicht, wie Verschlechterungen in das Gesetz gekommen sind, weil die verbündeten Regierungen weichen mußten vor der größeren Macht des Unternehmerthums. Das soziale Königthum wird niemals über den Versuch eines sehr bescheidenen Anfangs hinauskommen und die sozialpolitische Gesetzgebung hat ihr Ende erreicht bereits zu einer Zeit, wo noch kaum ein Anfang gemacht war. Abg. Möller hat sich gefreut über den ruhigen Ton der Diskussion. Wir haben durchaus kein Bedürfniß zu einer anderen Art von Debatte. Der Stempel der Leidenschaftlichkeit wird erst dann der Diskussion aufgedrückt, wenn einer von Ihnen das Wort nimmt. (Gelächter rechts.) Der englische Kriegsminister hat zugegeben, daß die achtstündige Arbeitszeit es in seinem Betriebe ermöglicht hat, 14 000 Arbeiter mehr zu beschäftigen und in den letzten Tagen hat der englische Staatssekretär des Innern auf eine Interpellation unseres Parteigenossen John Burns erklärt, die Regierung beabsichtige eine Bill einzubringen, welche die unvernünftig lange Arbeitszeit in den chemischen Fabriken beseitigen solle; in einer chemischen Fabrik in Manchester würde täglich 12 Stunden gearbeitet. Was würde er erst sagen, wenn er hörte, daß bei uns in den Weberdistrikten 2c. 13—18 Stunden gearbeitet werden. Wir haben das beschämende Gefühl, daß wir hier einem Vertreter der englischen Regierung ein Bravo zurufen müssen, welches wir so gern auch Vertretern der deutschen Regierung zurufen möchten. (Heiterkeit links.) Wir hören, daß die Löhne in England trotz des Achtstundentages nicht gesunken sind, während es bei unseren städtischen Behörden in ähnlichen Fällen gleich heißt, wollt Ihr euch auch eine Lohnverkürzung gefallen lassen? Also in diesem Betracht können wir von England lernen. Der Achtstundentag hat, wie die Statistik der Krankenkassen zeigt, dort auf Gesundheit und Sittlichkeit sehr günstig eingewirkt. Gewiß können Reich und Staat den Nothstand nicht beseitigen, aber sie können durch Mehreinstellung von Arbeitern die Arbeitslosigkeit bekämpfen, sie werden ja nicht durch die Konkurrenz des Auslandes geschädigt. Den Nothstand in Berlin wird auch der Staatssekretär nicht leugnen können. Sehen Sie sich doch die Ziffer der Besucher der städtischen und privaten Asyle für Obdachlose an. Glauben Sie etwa, daß die Leute sich danach reißen, die Gastfreundschaft dieser Institute in Anspruch zu nehmen, statt ein eigenes Heim zu gründen? Auch das sollte dem Staatssekretär nicht entgangen sein, daß hier eine Ortskrankenkasse nicht mehr im Stande ist, die Krankengelder zu bezahlen. Der Staatssekretär schüttelt den Kopf; er hat die Pflicht, wie seine Beamten, das zu wissen. (Unruhe.) Die Orts-Krankenkasse der Maler, von der ich spreche, zählte im Sommer noch 4000 Mitglieder, jetzt zählt sie nur noch 2100 Mitglieder. Sie konnte am vorigen Sonnabend die Krankengelder nicht zahlen, weil dank der Munifizenz des Magistrats ihr ein Darlehen von 15 000 M. verweigert worden ist. Ich komme darauf an anderer Stelle zurück. Möge sich die Regierung dazu aufraffen, alles was in ihrer Macht steht, zu thun, um den Nothstand zu lindern, möge sie vor allen Dingen den Reichstag zu einer Gesetzgebung veranlassen, die in ihrer organischen Gestaltung Debatten, die wir hier aus diesem Anlaß führen müssen, überflüssig macht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Boetticher**: Die Ausführungen des Abg. Singer gegen mich waren besonders rücksichtsvoll. Wenn ich diesmal weniger schwarz gemalt habe, so ist das nur eine Folge der thatsächlichen Vorgänge. Ich habe mir diesmal in der Erwartung dieser Nothstandsdebatte thatsächliches Material zur Information verschafft, und diese Thatsachen habe ich hier vortragen. Wir verfolgen thatsächlich auch alle Vorgänge auf sozialem Gebiete sehr aufmerksam. Wenn aber gestern im „Vorwärts“ etwas davon mitgetheilt worden ist, daß die Berliner Orts-Krankenkasse der Maler die Krankengelder nicht mehr zahlen kann, so braucht deshalb nicht heute schon Remedur geschafft sein. Auch haben nicht wir von Reichs wegen diese Remedur zu schaffen, sondern die geordneten Landesbehörden. Den Rath, mit Revolvern in die Versammlung zu gehen, möchte ich meinerseits den Arbeitern doch nicht geben, es könnte sehr bedenkliche Folgen haben. Ich weise die Behauptung, daß die Polizei die Vorgänge provozirt habe, durchaus zurück. Die vorliegenden Berichte sind amtlich und bisher unwiderlegt. Vernehmungen haben bisher noch gar nicht stattgefunden. So lange der Inhalt dieser Berichte nicht durch springende Beweise als thatsächlich unrichtig erwiesen ist, bleiben sie als zutreffend bestehen; aus den Berichten ergiebt sich, daß die Polizei gereizt worden ist und die Leute, welche das verursacht, die Folgen dieser Handlungsweise geerntet haben.

Abg. **Fuchs** (Z.) hat für die Einrichtung von Lohn-Arbeitsnachweisen große Sympathie, besonders weil man dadurch auch zu einer besseren Arbeitslosen-Statistik kommen würde. Die Diskussion habe heute für die Sozialdemokraten nicht sehr günstig abgeschnitten. Auf die eindringliche Anfrage des Abg. Kropatscheck hatte Herr Singer nicht erklärt, worauf denn die Sozialdemokratie eigentlich hinaus wollen. Nur in und mit dem Christenthum werde es gelingen, die Noth der Zeit zu bezwingen; in alle unsere Institutionen müsse der Geist der christlichen Nächstenliebe hineingetragen werden.

Abg. **v. Kardorff** (R.-P.): Die Arbeitslosigkeit und der Nothstand genirt die Herren Sozialdemokraten und nun kommen sie mit solchen Interpellationen an den Reichstag. Je mehr das platte Land verarmt, desto mehr drängt die ländliche Bevölkerung in die Städte; dieser traurige Zustand ist durch den österreichischen Handelsvertrag noch verschlimmert worden. Gleichwohl machen die Freunde dieses Vertrages jetzt die Regierung für diese Zustände verantwortlich. Dem Handwerker, kurz dem kleinen Manne in den Städten geht es gerade so schlecht, wie dem Arbeiter. Das Elend liegt darin, daß die Kaufkraft unserer ländlichen Bevölkerung um zwei Drittel vermindert ist. Und dabei steht uns die Verhandlung über einen neuen Vertrag in Aussicht, durch welchen alle diese Uebelstände noch weiter vermehrt werden. Das Kontingent der ländlichen Arbeiter, das in die Städte zieht, bildet eine sichere Verstärkung der Sozialdemokratie. Der Arbeiter auf dem Lande behält sein Christenthum, seinen Respekt vor der Obrigkeit; das geht aber in der Stadt schleunigst verloren. Das Verdienst des Schutzes der nationalen Arbeit gehört ausschließlich dem Fürsten Bismarck, dessen Besuch wir ja demnächst in Berlin zu erwarten haben. (Große Bewegung und Zwischenrufe links, Beifall rechts.) Die vorjährigen Verhandlungen in der bekannten Sozialistendebatte hatten nicht zum Vortheil der Sozialdemokratie geendet: Alles hatte im Hause das Gefühl, die Sozialdemokratie ist zu Boden geschlagen. Ich habe mir damals sogleich gesagt, daß das nach außen keinen Eindruck machen würde. Wir verbreiteten die ganze Verhandlung, die Sozialdemokraten aber nur ihre eigenen Reden, ohne die Gegenreden. (Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe der Sozialdemokraten.) Jedenfalls haben die Sozialdemokraten viel mehr Mittel als die andern Parteien, was sie gethan haben, das lassen Sie in allen Arbeiterkreisen eifrig verbreiten. Es war daher auch garnicht wunderbar, daß die Herren in vermehrter Anzahl hier wieder einzogen. Der gute Rath, daß alle Parteien sich gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen sollen, das gute Beispiel, was mein Freund von Stumm gegeben hat, wenn er seine Arbeiterschaft von Sozialisten rein hält, wird ja nicht befolgt. Deshalb kann ich nicht mit den Deutschkonservativen darin übereinstimmen, daß man ein Sozialistengesetz nicht brauche. Man könne sich auch mit einer Verschärfung des Strafgesetzbuches, des Vereins- und Versammlungsrechtes begnügen. Wenn wir nicht zu diesem Wege zurückkehren, werden alle Bemühungen kirchlicher oder parteipolitischer Natur umsonst sein; wir werden erleben, daß die Partei die Mehrheit im Hause erlangt. Was dann eintritt, werden wir ja abzuwarten haben. Denken Sie auch an den Kampf, der jetzt von den Einzellandtagen gegen den Reichstag eröffnet wird. Herr v. Stumm hat nicht die Armee als eine produktive Anstalt bezeichnet, sondern nur gesagt, wenn 19 000 Mann jetzt mehr ausgehoben werden als im Vorjahr, so wird das Angebot auf dem Arbeitsmarkt um ebensoviel verringert. Wenn jemals in einem Lande eine Ochlokratie herrscht, so wird sehr bald im Lande der Wunsch nach der Beseitigung dieser willkürlichsten aller Herrschaften allgemein und jedesmal ist der Ochlokratie die Diktatur gefolgt. Diese geschichtliche Erfahrung wird hoffentlich unserem deutschen Vaterlande erspart bleiben.

Abg. **Galler** (südd. Volkspartei): Der Abg. Richter hat gestern mit Recht darauf hingewiesen, daß die Steuervorlagen geeignet sind, den Nothstand, der ziemlich allgemein anerkannt wird, zu verschärfen. In diesen schwarzen Wolken, die weite Erwerbskreise bedrohen, gesellt sich seit etwa einem Jahre die Bedrohung des deutschen Buchhandels. Wird der Antrag angenommen, so wird im Buchhändler- und Buchdruckergewerbe ein Nothstand entstehen, gegen den derjenige der Tabakindustrie nur ein Kinderspiel ist. Redner geht im Einzelnen auf die Verhältnisse dieser beiden Erwerbszweige ein, wird aber bei der zunehmenden Unruhe des Hauses auf der Journalistentribüne nicht mehr verstanden.

Präsident **v. Levetzow** unterbricht ihn mit der Bemerkung, daß er ihn zwar kaum verstehen kann, daß er ihm aber nicht zur Sache zu sprechen scheine. Die weitere Erklärung des Redners, daß es in der Hand des Zentrums liege, durch Zurückziehung des Antrages die Beunruhigung von dem deutschen Kolportagebuchhandel wieder zu nehmen, erklärt der Präsident für nicht zur Sache gehörig. Redner verzichtet darauf auf das Wort.

Abg. **Kühn** (Soz.) tritt den Ausführungen der Abgeordneten v. Kardorff und Fuchs entgegen. Daß die ländlichen Arbeiter so stark an ihrer heimathlichen Scholle hängen, stehe fest; wenn sie dennoch in so großer Anzahl ausrückten, so geschehe es eben, weil ihnen die Verhältnisse unerträglich geworden seien. Die alten Vorwürfe, daß die Sozialdemokraten hetzen, hätte Herr v. Kardorff doch nicht wieder vorbringen sollen, seit man wisse, daß die Sozialdemokraten im Hetzen die reinen Waisenknaben sind gegenüber der Antisemiten und den Konservativen im Bunde der Landwirthe. Man kenne ja doch auch die Knüttel und die Hunde, die „geistigen Waffen“ der Bourgeoisie gegen die sozialdemokratischen Agitatoren auf dem Lande zur Genüge. Antisemiten und Agrarier aber durften ruhig hetzen, nur bei der Sozialdemokratie besinne man sich auf das unmoralische und verwerfliche eines solchen Thuns. Sollte es die Gegner nach Neuwahlen gelüsten, den Sozialdemokraten könnte es recht sein. Nicht die Reden der Sozialdemokraten allein, sondern die stenographischen Berichte von der Zukunftsdebatte seien durch die Sozialdemokratie im vorigen Jahre in mehreren hunderttausend Exemplaren verbreitet worden, während die anderen Parteien, Rechte und Zentrum gerade nur ihre eigenen Reden verbreitet hatten; es sei also das Gegentheil von dem richtig, was Herr v. Kardorff behauptet habe. Die Sozialdemokraten nenne man Demagogen und predige die Heilkraft des Christenthums; aber immer zur Zeit, wenn die Kirche am mächtigsten war, sei es dem arbeitenden Volke am schlechtesten gegangen. Das Zentrum wolle alles mit dem Christenthum kuriren, es habe versucht, eine arbeiterfreundliche Rolle zu spielen, habe aber in Wirklichkeit allen arbeiterfreundlichen Bestrebungen das Grab graben helfen. Auch Herr Kropatscheck habe durch das praktische Christenthum alle Noth beseitigen wollen; die Herren wußten eben überhaupt nicht, wie die Fabrikanten die Arbeiterschutz-Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung für verheirathete Frauen und Arbeiterinnen auslegen. Vom praktischen Christenthum sei da nicht die Rede; im Gegentheil würden nicht nur diese Schutzbestimmungen einfach ignorirt, sondern auch in nichtswürdiger Weise Lohnverminderungen unter dem Namen von Lohnveränderungen vorgenommen. Die Sozialdemokratie könne garnicht so viel Unzufriedenheit erregen, als die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch ihre Auswüchse täglich erzeuge. Das Zugeständniß eines partiellen Nothstandes durch Herrn v. Bötticher sei nur gemacht worden, um einen Hintergrund zu gewinnen von dem aus sich das Lichtbild des Wiederaufschwunges der Industrie um so wirkungsvoller abheben sollte. Die Agrarier schreien über ihren Nothstand und erklären sich für nothleidende Landwirthe; wenn sie wirklichen Nothstand sehen wollten, sollten sie nach dem Eulengebirge gehen. An diesen Webern, die vor Hunger und Entbehrung das Schreien verlernt hätten, in stummer Verzweiflung hinbluteten, sollten die Herren Großgrundbesitzer und Majoratsherren studiren, was Nothstand ist. Zu dem Aufsüchten eines Millionärs, wie es zu den Lieblingsbeschäftigungen des Fürsten Bismarck gehörte, werde eine große Menge kleiner Leute, Arbeiter und Handwerker und Existenzen aus dem Mittelstande verbraucht; die kleinen Fabrikanten würden durch die Großfabrikanten ebenfalls aufgesogen. Diese Wirkungen der kapitalistischen Produktionsweise seien die Hauptursache des wachsenden Nothstandes. (Während der nächsten Ausführungen des Redners verläßt eine große Anzahl von Mitgliedern der rechten Seite des Hauses unter den Rufen: Wir haben genug! und von höhnischen Rufen der Sozialdemokraten begleitet, demonstrativ den Saal.) Wir haben wochenlang Ihre Klagen gehört, hören Sie jetzt auch einmal die Ausführungen eines Proletariers! In nicht-sozialdemokratischen schlesischen Blättern wird festgestellt, daß der Wochenverdienst einer Weberfamilie im Eulengebirge im günstigsten Falle bis zu 6½ M. beträgt! Dieser Nothstand im Eulengebirge sei seit einem Menschenalter ein offenes Geschwür am Körper des preußischen Staats. Der preußische Staat hätte längst die Pflicht gehabt, sich dieses Jammers einmal anzunehmen. Der Pastor Reinerz, der dies gethan hatte, wurde durch seine vorgesetzte Behörde plötzlich in seinem Liebeswerke gehemmt; er wurde versetzt. Man wollte also offenbar nicht, daß von diesem Nothstand öffentlich geredet wurde. Von den Eisenbahnen, von der Weberschule, die man dort habe errichten wollen, sei es wieder ganz still geworden. Die Lohnherabsetzungswirthschaft sei von Langenbielau ausgegangen und in skandalöser Weise durch den ganzen Bezirk durchgeführt worden. Der Appell an das Gefühl des Kapitalismus sei ein Widerspruch in sich; vom Gefühl des Kapitalisten etwas zu erwarten, sei eine Illusion. In seinen weiteren ausgedehnten Darlegungen kommt Redner auch auf die Vorgänge am Friedrichshain zurück; er verweist auf die übereinstimmenden Berichte aller Berliner Zeitungen, daß die Polizei der provozirende Theil gewesen ist und verlangt erneut ernstliche Untersuchung.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Schluß 6¼ Uhr. Nächste Sitzung **Mittwoch 1 Uhr.** (Anträge aus dem Haus.)

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 28. Januar 1894.

Am Ministertische: **Miquel, v. Schelling, Bielepsch, v. Heyden, Bosse.**

Eingegangen ist eine Interpellation der Abgg. **v. Kröcher** und Genossen, betreffend den ferneren Abschluß von Handelsverträgen und der Vertrag zwischen Preußen und Lübeck, betreffend den Elb-Travekanal.

Es folgt die erste Berathung des Etats für 1894—95 und des Gesetzentwurfes betr. die Ergänzung der Einnahmen in diesem Etat.

Abg. **v. Strombeck** (Z.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß im Domänenetat Mittel für den Bau von Arbeiterwohnungen ausgeworfen seien, daß auch für die Forderung der Kleinbahnen gesorgt sei und daß die Reorganisation der Fabrikaufsicht vollendet sei. Die Ausdehnung des Systems der Dienstaltersstufen auf die höheren Beamten sei durchaus zu billigen, aber eine große Ungleichheit bestehe bezüglich der Archivbeamten. Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Einnahmen des Eisenbahn-Etats sich bald noch mehr heben werden, als dies jetzt schon der Fall sei. Für die katholischen Geistlichen könnte noch etwas mehr Geld ausgeworfen werden, freilich hindert die schlechte Finanzlage daran. Die Unterstützung des Schulwesens seitens des Staates verdiente auch wohl eine neue Regelung; das alte System der Vertheilung sei nicht mehr zweckmäßig und sachentsprechend. Ueberhaupt sei es zu bedauern, daß für Kunst, Wissenschaft und sonstige Zwecke keine Mittel ausgeworfen sind. Redner geht dann auf die Verknüpfung der Reichs- und der Staatsfinanzen ein und bedauert, daß die Finanzpolitik des Reichs dazu führe, daß die Matrikularbeiträge zu stark wachsen. Darin liege ein Beweis dafür, wie nothwendig es sei, wenn so große Ausgaben wie für die Miliärvorlage bewilligt würden, auch zugleich für die Deckung derselben zu sorgen. Redner beschwert sich darüber, daß unter den Beamten die Katholiken zu schwach vertreten seien.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (k.) Mit den großen Gesichtspunkten, die der Finanzminister vorgetragen hat, bin ich vollständig einverstanden. Die Mindereinnahmen in der Forstverwaltung zeige, wie bedenklich die Handelspolitik ist, welche zu Handelsverträgen kommt mit Ländern, in denen Raubbau getrieben wird. Augenblicklich ist die Lage der Zuckerindustrie noch günstig; aber wenn die Handelsvertragspolitik fortgesetzt wird, wird die Zuckerindustrie bald schutzlos auf dem Weltmarkte dastehen. Es werden Zuckerfabriken auch in Gegenden eingerichtet, wo der Boden für den Rübenbau eigentlich nicht geeignet ist. Die Handelsvertragspolitik halten meine Freunde einmüthig für einen Fehler; daß die Regierung den Nothstand der Landwirthschaft anerkannt hat, ist nicht genug; es muß der Landwirthschaft Ersatz geschaffen werden für ihre Verluste. Wenn nach Verzinsung der Eisenbahnschuld noch 132 Millionen Ueberschuß vorhanden ist, wenn wir einen großen Domänen- und Forstbesitz haben, dann kann man nicht sagen, daß die Grundlagen schlecht sind. Aber unsere augenblickliche Finanzlage ist eine ungünstige. Unser Verhältniß zu den Eisenbahnen ist nicht das Schlimmste; das Schlimmste ist vielmehr das Verhältniß zum Reich. Bezüglich der Beziehungen zum Reiche stehe ich ganz und gar auf dem Standpunkt der Regierung. Die Matrikularbeiträge des Reiches schwanken in einer Weise, daß von einer ordentlichen Finanzwirthschaft in den Einzelstaaten keine Rede mehr sein kann. Eine Ordnung dieses Verhältnisses ist eine der Grundlagen unserer zukünftigen Politik. (Zustimmung rechts.) Ich empfinde eine große Genugthuung darüber, daß ich die Regierung voll und ganz unterstützen kann; denn es ist uns sympathischer, die Regierung stützen und stärken zu können, als in Einzelfragen ihr widersprechen zu müssen. Wir halten unentwegt fest an dem obersten Grundsatz unserer Politik, daß die Machtstellung der Krone, wie sie besteht, erhalten wird, daß wir jedem Versuch widerstehen werden, an der Machtstellung der Krone etwas zu mindern (Beifall rechts). In diesem Sinne spreche ich meine Befriedigung darüber aus, daß die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, ein so bedeutendes Dokument, wie den Erlaß des hochseligen Königs Wilhelm wieder in die Erinnerung gerufen hat. Solche Dokumente können nicht oft genug ins Gedächtniß gebracht werden (Lachen links). Wir wünschen, daß wir einen mächtigen, in den Gang der Dinge persönlich eingreifenden Souverän haben. Das Recht der Krone, ihre Rathgeber selbständig zu wählen, wollen wir unter allen Umständen aufrecht erhalten. Wenn einzelne Stimmen ertönten, als ob eine unüberbrückbare Kluft zwischen uns und der Reichsregierung bestehe, so weisen wir einen solchen Vorwurf zurück. Wenn wir auch einmal widersprechen müssen, so prüfen wir doch alle anderen Fragen unparteiisch; eine Vorlage deshalb abzulehnen, weil sie von einem bestimmten Minister ausgeht, würden wir für unpatriotisch halten. Aber unabhängig und selbständig wollen wir unsere Meinung sagen. (Beifall rechts.) Wenn der Souverän sich persönlich für eine Frage interessirt und persönlich dazu Stellung genommen hat, so kann man von Männern, die lange in der Politik leben, nicht fordern, daß sie ihre Meinung ändern, wie eine Windfahne. Nur Ueberzeugungstreue und Selbständigkeit können eine wirksame Unterstützung der Krone sein. Damit schließe ich und wünsche, daß meine Auslassungen beitragen zur Klärung der Stellung der Parteien und der Regierung zu einander. (Beifall rechts.)

Abg. **Sattler** (natl.): Der Vorredner scheint doch etwas kampfeslustig zu sein, daß er solche Betrachtungen anstellt. Wir haben keinen Anlaß, über das Verhältniß der Krone zum Landtag uns zu unterhalten, wir sind mit den bestehenden Verhältnissen vollständig zufrieden. Die Ausdehnung der Dienstaltersstufen entspricht einer alten Forderung. Die gewerblichen Schulen haben manche Zuschüsse erhalten, aber doch nur in sehr homöopathischer Dosis. Daß einmalige Ausgaben der Eisenbahnverwaltung aus den laufenden Mitteln bestritten werden sollen, ist erfreulich. Die Post ist eigentlich nur noch scheinbar eine Ueberschußverwaltung des Reichs, eigentlich erfordert sie einen Zuschuß, denn die Eisenbahnen der Einzelstaaten müssen Leistungen im Werthe von mehr als 30 Millionen Mark ohne Entschädigung gewähren, während der Ueberschuß der Post nur 24 Millionen beträgt. Alle prächtigen Postgebäude werden auf Kosten der Einzelstaaten gebaut. (Sehr richtig! rechts.) Betrübend ist das Defizit von 70 Millionen Mark, trotzdem die Eisenbahnen die gesammten Staatsschulden verzinsen. Vom Reich droht dem Vermögensstand des preußischen Staates eine Gefahr; denn die Schulden des Reichs fallen zu ⅘ auf seine Schultern. Eine Finanzlage, welche seit 4 Jahren Defizits ergiebt, kann nicht als günstig anerkannt werden. Der Fonds, der angesammelt ist aus den Ueberschüssen der Einkommensteuer, kann nicht zur Deckung dieser Fehlbeträge dienen; denn über seine Zinsen ist bereits verfügt. An zwei Stellen finden Verzehrungen des Vermögens statt, wie wir sie bisher nicht gekannt haben. Aus dem Staatsschatz werden allein über 10 Millionen Mark entnommen. Deshalb muß bei der Prüfung des Staatshaushalts-Etats mit der größten Sparsamkeit verfahren werden. Ausgaben unproduktiver Natur soll man bei schlechter Finanzlage nicht machen. Wo wir 10 Millionen für einen Dom hergeben und ein Landtagsgebäude bauen, will ich nichts für

Museumsbauten bewilligen. (Zustimmung rechts.) Alle Betriebsverwaltungen des Staates sollten einer Prüfung auf ihre Rentabilität unterzogen werden, um nachzuforschen, ob ihre Organisation ihrer Bedeutung entspricht. Unter den Betriebsverwaltungen erwähnte mit heller Freude der Finanzminister die Lotterie, der ich niemals mein Wohlwollen zugewandt habe. Die Mittheilung, daß alle Loose untergebracht sind, bedeutet hoffentlich nicht, daß wieder eine Vermehrung derselben in Aussicht genommen ist. (Finanzminister Miquel schüttelt den Kopf.) Daß die Domänen einen geringeren Ueberschuß geben, ist bei der schlechten Lage der Landwirthschaft begreiflich. Der Rückgang der Einnahmen der Bromberger Mühlen, der Seehandlung und der Bergwerksverwaltung, namentlich der bezüglich der Kohlen ist auffallend. Wunderbar erscheint die Streichung der Bauprämien für die Bergarbeiter.

Wie steht es endlich mit der ebenfalls als dringend nothwendig erkannten anderweitigen Organisation der Bauverwaltung? Die direkten Steuern liefern nicht ungünstige Ergebnisse. Wir könnten Mehrausgaben bewilligen, wenn nicht die Verhältnisse zum Reiche sich erheblich geändert hätten. Unsere Ausgaben sind doch auch nicht in unrichtigem Verhältniß gestiegen; wenn auch die Ausgaben für die Schule in den letzten Jahren erheblich gestiegen sind, so sind wir doch nicht der Meinung, daß auf diesem Gebiete zu viel geschehen ist. Ebenso geht es auf allen anderen Gebieten, welche eine Vermehrung der Ausgaben erfahren haben, so bei den Pensionen, bei den Ministerien des Innern, der Landwirthschaft und für Handel und Gewerbe, bei letzterem namentlich zur Erfüllung der sozialpolitischen Aufgaben. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß eine Reichs-Einkommensteuer unsere Steuerreform stört, daß wir Zuschläge zu unserer neuen Einkommensteuer erheben sollen. Darauf sollte man im Reichstage Rücksicht nehmen, auch seitens der nichtpreußischen Mitglieder desselben. Wir müssen bei unseren Berathungen inbetracht ziehen, wie der Staat den ungünstigen wirthschaftlichen Zustand beseitigen kann. In erster Linie darf er nicht an unrichtiger Stelle sparen, z. B. bei dem gewerblichen Unterrichtswesen; es muß schneller mit dem Bau von Bahnen und Wasserstraßen vorgehen. Die Entfaltung der wirthschaftlichen Kräfte muß gefördert werden. Wir müssen daran denken, daß die Landwirthschaft eine Grundlage des Staates ist, aber wir müssen bei der Berathung der Vorlagen auch die Verhältnisse der anderen Interessen in Betracht ziehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **von Zedlitz** (Fk.) bestreitet, daß eine disparitätische Behandlung der Katholiken stattfinde. Unsere Stellung der Krone gegenüber ist dieselbe wie früher. Bei aller Ehrfurcht haben wir uns doch stets den offenen Freimuth und volle Unabhängigkeit bewahrt. Sieht man von dem Verhältniß zum Reiche ab, so haben sich unsere finanziellen Verhältnisse gegenüber dem Vorjahre erheblich gebessert. Die laufenden Ausgaben sind sparsam bemessen, meist handelt es sich um die Ausführung bestehender Gesetze, wie des Schulkosten-Gesetzes, des Pensionsgesetzes, des Polizeikosten-Gesetzes ꝛc. Nur in wenigen Fällen sind ganz neue Ausgaben gemacht. Auch im Extra-Ordinarium hat man neue Ausgaben möglichst vermieden. Trotzdem soll man nicht allzu sehr sparen mit den Ausgaben, die das wirthschaftliche Leben zu heben geeignet sind. Nicht blos der gewerbliche, sondern auch der landwirthschaftliche Unterricht muß gefördert werden, denn die landwirthschaftliche Technik liegt noch in manchen Gegenden im Argen. Eine feste Regelung unserer allgemeinen Finanzen gegenüber den Eisenbahnen ist nothwendig. Wenn der Reichstag unsere Hoffnung täuschen sollte, dann dürfen wir nicht durch Anleihen den Fehlbetrag decken, sondern wir müssen neue Einnahmen beschaffen durch Zuschläge zur Einkommen-Steuer und zwar für alle Stufen gleichmäßig. Auf diese Weise muß das Volk darüber aufgeklärt werden, welche Folgen das ablehnende Verhalten den Steuervorlagen gegenüber für den Geldbeutel der Steuerzahler haben wird. Wir hoffen aber, daß der Reichstag Patriotismus genug zeigen und die Finanzreform genehmigen wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Pleß** (Z.) erklärt zunächst, daß das Zentrum sich von keiner Partei übertreffen lassen werde an Loyalität und an Treue und Hingebung für die Krone. Zur Besserung der Finanzlage gehört vor allen Dingen, daß keine Ausgabe beschlossen wird, für welche nicht Deckung vorhanden ist. Das Gegentheil ist eine unvorsichtige Finanzpolitik. Die preußische Regierung sollte ihren Vertretern im Bundesrath einschärfen, sich gegen eine solche unvorsichtige Finanzpolitik zu wehren. Man verlangt im Reiche 40 Millionen Mark mehr als für die Militärvorlage erforderlich sind; man sollte nicht blos auf die Einzelstaaten, sondern auch auf den Steuerzahler Rücksicht nehmen, der sein Geld selbst besser zu verwenden weiß, als das Reich. Namentlich können solche sogenannten Reformen nicht bei schlechten Zeiten gemacht werden. Man hat vor 15 Jahren auch gesagt, das Reich solle nicht mehr ein Kostgänger der Einzelstaaten sein, das Geld wurde damals bewilligt und trotzdem stehen wir vor dem Defizit. Die Ausgaben vermindern, das ist die Hauptsache. Die Erhöhung der Personentarife, die Graf Limburg angeregt hat, wird nicht Mehreinnahmen ergeben; die Ermäßigung des Porto auf zehn Pfennig hat keinen Ausfall, sondern Ueberschüsse mit sich gebracht. Uebrigens sind die Staffeltarife ermäßigte Tarife für den Osten. Die Regierung sollte sich einer Tarifreform gegenüber nicht ablehnend verhalten. Wir sind davon überzeugt, daß der Staat bezüglich der Pietät nicht nach gleichem Maß mißt. Wir werden auf Abhilfe drängen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Rickert** (frs. Vg.): Man hat es versucht, sich als Reichstag — als Richter über den Reichstag aufzuspielen. Bilden Sie sich doch nicht ein, daß der Reichstag sich dem Votum des auf einem längst verurtheilten Wahlsystem beruhenden Landtages fügen werde. Auf die leistungsfähigen Schultern sollten die Steuern gelegt werden; warum hat der preußische Finanzminister das nicht geltend gemacht. Vom Nothstand wird auf beiden Enden der Leipzigerstraße gesprochen. Warum sollen die Arbeiter nicht ebenso schreien wie die Landwirthe. Andere Kreise leiden auch Noth. So z. B. die Rhederei. (Große Heiterkeit.) Nein, ich meine nicht die Rederei, Herr von Plötz; Sie reden ja selbst zweimal mindestens in der Woche, haben also keinen Nothstand. Aber die Rheder sind zu stolz, um nach Staatshilfe zu schreien. Den Landwirthen wird nicht geholfen durch die Ablehnung des russischen Handelsvertrages oder durch Aenderung der Währung. Graf Limburg rühmte das Wahlergebniß; er sollte nur erst die Wahlstatistik abwarten, dann würde er nicht mehr so stolz als Vertreter des Volkes sich brüsten. Die Wahlbetheiligung war eine jämmerliche, trotzdem die Landwirthe sich dem gegen die Regierung opponirenden Bunde der Landwirthe angeschlossen. Graf Limburg spricht von dem Ressortpatriotismus im Reich, namentlich im Postressort. Ist die Allmacht des Kultusministers in Preußen, der durch kein Gesetz gebunden ist, nicht viel größer? Was hat Graf Limburg denn in der Budgetkommission des Reichstages gemacht; er will das Denkmal ablehnen und hat einen Unterstaatssekretär gestrichen. Wir dürfen auch weitere Thaten von ihm erwarten. Seine Rede werde ich ihm im Reichstage vorhalten, wenn er nicht diligentiam prästirt (Heiterkeit). Wir sind immer sparsam gewesen; aber da kamen wir schön an: Wegen eines abgelebten Direktors erhob sich ein großer Entrüstungssturm. Graf Limburg hat zwei Direktoren abgelehnt, ohne daß man darüber Aufhebens macht. Herr v. Plötz hat auch von Sparsamkeit gesprochen und dieselbe für den Marine-Etat in Aussicht gestellt. Wir werden ihm gern helfen. Die Finanzlage und die Lage der Landwirthschaft ist nicht blos trübe, sie hat auch Lichtseiten. Kein Erwerbszweig hat ein Recht auf immer steigende Einnahmen. Haben die Domänen nicht früher sehr schöne Einnahmen abgeworfen, Der Landwirthschaftsminister sucht den Agrariern möglichst entgegen zu kommen; daß er im Reichstage nicht gegen die Handelsverträge gesprochen hat, nicht weil er nicht durfte, sondern weil er nicht wollte, rechne ich ihm hoch an. Eine Erhöhung der Personentarife wäre die ungesundeste Finanzpolitik. Es ist bedauerlich, daß die von der Verstaatlichung erhoffte Tarifreform vom Finanzminister verhindert wird. Die Staffeltarife, wie sie jetzt bestehen, sind ein zweifelhaftes Geschenk; sie müßten verallgemeinert werden, dabei würde auch der Finanzminister Vortheil haben. Das Defizit von 70 Millionen schreckt mich nicht; wer 100 Millionen Ueberschuß erlebt hat, den läßt ein veranschlagtes Defizit von 70 Millionen kalt. Rechnungsmäßig hätte man 1893/94 ein Defizit von 74 Millionen haben müssen; es betrug aber nur 48 Millionen. Wenn im Reiche keine Steuern bewilligt werden, wenn die Eisenbahnen den Anschlag nicht überschreiten, dann haben wir rechnungsmäßig ein Defizit von 70 Millionen. Was zwingt bei dieser Sachlage den Finanzminister jetzt zur Reichs-Finanzreform? Die Vorgänge im Reichstage sollten die Regierung zur Zurücknahme der Vorlage veranlassen. Neue Steuern müssen im Reiche beschafft werden; aber sie müssen leistungsfähige Schultern treffen nach den Versprechungen des Reichskanzlers. Die Militärkosten wollen wir decken, aber nicht den Einzelstaaten 40 Millionen überweisen, weil das zur Verwirrung führen müßte. Der Finanzminister fährt natürlich alle seine Kanonen auf, wenn er Vorlagen einbringt. Man will die Währung verschlechtern, damit die Landwirthe ihre Schulden billiger bezahlen können, man will sogar die Hypothekengläubiger zwingen zu einer Preisgabe ihres Kapitals. (Zuruf rechts: Unsinn!) Wir stehen auf dem alten konservativen Boden (Heiterkeit), daß wir Zuschläge zur Einkommensteuer in Nothfällen einer indirekten Belastung vorziehen. Wir verlangen Trennung der Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten und bewegliche Steuern im Reich und in den Einzelstaaten. Aber man will dem Landtage nicht geben, was die kleinste Dorfgemeinde hat. Von einem Minister mit dem Namen Miquel hätte ich erwartet, daß er seinen Stolz darin setzen wird, das konstitutionelle System durchzusetzen. (Widerspruch rechts.)

Finanzminister **Miquel** spricht seine Freude darüber aus, daß drei Redner der großen Parteien, die die Mehrheit des Abgeordnetenhauses bilden, sich mit dem Reformplan der Reichsregierung einverstanden erklärt haben. Herr Rickert sollte einmal im Reichstage Anträge auf eine Reichs-Einkommen- oder Reichs-Erbschaftssteuer stellen; er wird sehen, wie wenige Stimmen er erzielt. Wenn Jemand mit seinen Deckungsversuchen nichts erzielen kann, dann muß er sich den anderen Vorschlägen anschließen, auch wenn sie ihm nicht gefallen. Herr Rickert spricht von dem Bruch eines gegebenen Versprechens. Wenn im Reichstage nichts zu stande kommt, dann müssen wir Zuschläge zur Einkommensteuer erheben; da aber 95 Prozent aller Steuerzahler mit 900 bis 8500 M. veranlagt sind, so werden die unteren und mittleren Klassen mehr belastet, als durch eine nach dem Werth des Fabrikates abgestufte Luxussteuer, die viel humaner ist, als die Einkommensteuer. Grau in Grau soll ich malen, während doch andere Redner das Defizit noch höher berechnen als ich. Wenn der Reichstag jetzt nicht einmal die Deckung der beschlossenen Ausgaben bewilligen will, dann werden später die Anforderungen nicht so leicht auftauchen. Durch die Finanzreform würde jeder Gegensatz zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten hintangehalten. Wenn ich in die Herzen sehen könnte, würde ich finden, daß hier und im Reichstage viele meine Ausführungen billigen. Es ist nicht richtig, daß dieser offenkundigen Sachlage gegenüber, die Abgeordneten die Augen abwenden, den Kopf wie den Vogel Strauß in den Sand stecken. Ich habe auch hier, ich gestehe es, Hilfe gesucht und will doch sehen, ob dem Reichstag, der aus einem viel höheren Wahlrecht hervorgegangen ist, das Urtheil des Landtages gleichgiltig ist, ob es ihm gleichgiltig ist, daß mit Ausnahme des Herrn Rickert alle Parteien einmüthig dasselbe Ziel verfolgen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Darauf wird die Debatte vertagt. In einer persönlichen Bemerkung fragt Abg. **Rickert**, ob der Finanzminister vielleicht damit zufrieden sein würde, wenn er der jetzigen Politik des Alt-Reichskanzlers folgen würde.

Finanzminister **Miquel** erklärt, daß er nur von dem Verhältnisse des Reichs zu den Einzelstaaten und den Anschauungen des Fürsten Bismarck darüber gesprochen habe. Das Anerkenntniß, daß die Militärkosten gedeckt werden müßten, genüge nicht, wenn alle Steuervorlagen abgelehnt würden.

Schluß 4¼ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der ersten Berathung des Etats.)

Lokales.

Sieben Jahre waren am gestrigen Tage seit jener Schreckensnacht verflossen, in welcher drei brave Genossen dem Sozialistengesetze zum Opfer fielen. Es war in der Nacht vom 22. zum 23. Januar 1887, als die Genossen Hentschel, Lachmann und Nauen im Dienste der Partei verunglückten, ertranken. Der sechste Wahlkreis und seine organisirte Vertretung, der sechste Wahlverein, hat den Genossen jederzeit ein lebendiges treues Andenken bewahrt. Am 22. Januar des vorigen Jahres veranstaltete der Wahlverein eine Gedächtnißfeier für die Verunglückten, in diesem Jahre hat der Wahlverein einen Kranz auf die Gräber der todten Genossen niederlegen lassen. Am 22. Januar wurde dieser Ehrenpflicht genügt. Das Proletariat vergißt seine Todten nicht!

Die Denkzettel, die der Polizei anläßlich der Vorgänge vom Donnerstag von der gesammten unabhängigen Presse ertheilt worden sind, scheinen im allgemeinen nicht viel gefruchtet zu haben. Gummischlauch und Plempe blieben am Montag zwar im Hinterhalt, aber desto auffälliger stolzirten Polizeibeamte vor den Versammlungslokalen herum und wie übereinstimmend ferner berichtet wird, hielten in der Nähe jedes Lokals Schutzleute zu Pferde und zu Fuß sich seit dem frühen Morgen im Hinterhalt. Wozu? Hat die Polizeibehörde sich nach den Vorgängen vom Donnerstag noch nicht davon überzeugen können, daß nicht die Arbeitslosen es sind, die die öffentliche Ruhe stören? Hat sie nach der fast beschämenden Zurückhaltung und Besonnenheit, die die mißhandelten Versammlungsbesucher am Donnerstag an den Tag legten, immer noch nicht den Eindruck gewonnen, daß Staatsbürger am gesetzmäßigsten ihre Versammlungspflicht auszuüben im Stande sind, wenn sich behelmte und unbehelmte „Sicherheitsbeamte“ während der Tagung einer Versammlung hübsch ruhig auf ihrem Revierbureau mit der Verzehrung ihres Frühstücks- oder Abendbrots beschäftigen? Nach dem vorgestrigen auffälligen Aufgebot der Schutzmannschaft sieht es wirklich so aus, als ob die Polizei auch nach dem 18. Januar den Glauben an die Nützlichkeit ihrer Anwesenheit bei Versammlungen noch nicht verloren hat.

Schneidige Auftritte kamen nach den Berichten, die uns zugingen, auch am Montag Mittag in der Gegend des Friedrichshain vor. Verschiedene Schutzleute waren geflissentlich bemüht, die aus der Versammlung heimkehrenden Arbeitslosen zu der bekannten schnellen Gangart zu veranlassen. Ein in der Gollnowstraße beschäftigter Arbeiter, der Mittags nach der Arbeit in Eile zurückkehren wollte, mußte an der Meyerbeerstraße einen Umweg nach der Linienstraße machen; der ihn befehlende Schutzmann sowohl als sein Vorgesetzter bestanden auf ihrem Schein trotzdem der Arbeiter betheuerte, daß er, um keine Versäumnißstrafe zu blechen, in höchster Eile noch seiner Arbeitsstätte zurückkehren müsse. Auch stellten die Schutzleute vielfach das Ansinnen an das aus der Versammlung heimkehrende Publikum, nicht das Trottoir, sondern das schmutzige Straßenpflaster zu benutzen.

Auf einen schlimmen Uebelstand, der sich namentlich anläßlich der Attacke vom letzten Donnerstag bemerkbar gemacht hat, müssen wir noch hinweisen. Sind die Schutzleute bemäntelt, so ist von der Nummer, mit der sie versehen sind, nichts zu erblicken. So ein Sicherheitsbeamter konnte am Donnerstag so viel drauf losschlagen, wie ihm beliebte; es war den Mißhandelten bei aller Geistesgegenwart nicht möglich, den Helden festzustellen, da der Mantel die Nummer bedeckte. Wo aber nichts zur Feststellung zu ermitteln ist, da ist auch selbst der Versuch für den mißhandelten Staatsbürger, eine Bestrafung des Schuldigen zu erlangen, nicht ausführbar. Im Interesse der Ordnung ist es daher dringend nothwendig, daß die Leute, die nun einmal mit der Aufrechterhaltung der Ordnung von heute betraut sind, ihre Nummer in möglichst großen und leicht erkennbaren Ziffern am Helm tragen.

Im übrigen natürlich beharren wir bei unserer submissesten Meinung, daß der Polizei nach den letzten Vorgängen im eigenen Interesse sehr daran gelegen sein muß, das bekanntlich nur sehr minimale Vertrauen der Staatsbürger wirklich zu gewinnen. Ein ziemlich sicherer Weg zum Ziele ist, daß sie sich die Erlaubniß vom Minister des Innern erbittet, hinfort weder mit der Beaufsichtigung von Versammlungen, noch mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Nähe von Versammlungslokalen beauftragt zu werden. Die Staatsbürger, die ihre Versammlungspflicht ausüben, bedürfen der Polizei nicht, wie doch offenkundig vor Augen liegt. Kein einziger Versammlungsbesucher keiner einzigen Partei wird sich mit der Meinung hervorwagen, daß er die überwachende Polizei zu seinem Schutz nöthig habe. Ist doch selbst die Tivoliversammlung der nothleidenden Agrarier radauwüthigen Angedenkens ohne die Polizei fertig geworden. Und daß die Polizei mit Versammlungsbesuchern, und seien es selbst Arbeitslose, trotz alledem nichts anfangen kann, das hat nach dem übereinstimmenden Urtheil aller Zeitungen die Attacke vom 18. Januar zur Evidenz ergeben. Also nochmals, ist dem Minister des Innern ernsthaft an der Reputation der Polizei und der Ruhe der Staatsbürger gelegen, so veranlasse Se. Exzellenz, daß weder Schutzleute mit der Plempe, noch Schutzleute mit dem Gummischlauch sich in Versammlungen oder in der Nähe derselben blicken lassen. Haben Polizeibeamte ein Interesse daran, speziell sozialdemokratische Versammlungen zu dem Zweck zu besuchen, sich über die Ziele unserer Partei zu unterrichten, so sollen sie uns willkommen sein und wir wollen es nicht an Gelegenheit fehlen lassen, sie zu braven und überzeugten Sozialdemokraten zu machen. Aber sie mögen dann in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen kommen und unbewaffnet, wie es das Gesetz zur Verhütung des Mißbrauchs der Vereins- und Versammlungsfreiheit nun einmal vorschreibt.

Plempe und Gummischlauch mögen in gewissen seinen Radaulokalen der Friedrichstraße zeitweilig am Platze sein; in Versammlungen friedliebender Staatsbürger gehören diese Instrumente nicht!

Zu der angeblichen Verhaftung des Metallarbeiters Rodrian und der hiermit im Zusammenhange stehenden Verleitelung der Arbeitslosen-Versammlung am 18. Januar wird berichtet: Bei der Mutter des Rodrian seien am 17. wiederholt Kriminalbeamte erschienen, welche Rodrian zu sprechen wünschten, wie es hieß, um ihm „die Anklage“ zuzustellen. Dies habe R. bei seiner Nachhausekunft erfahren; in der Annahme, daß er wegen des Aufrufs zur Versammlung, den der „Sozialist“ brachte, verhaftet werden solle, sei er dann „verschwunden“. Vorher habe er jedoch die Anmeldebescheinigung unter einem Vorwande dem Schlosser Wittkowsky übergeben und diesen mit der Eröffnung der Versammlung beauftragt. Wittkowsky sei am 18. nach dem Friedrichshain gegangen, um seinen Auftrag auszuführen. Da der Saal schon polizeilich geschlossen war, habe er sich dem behelmten Thürhüter als der Einberufer vorgestellt, worauf er als der vermeintliche Rodrian verhaftet worden sei. So verschwand also nicht mit Rodrian, sondern mit Wittkowsky die zur Eröffnung der Versammlung nöthige Bescheinigung. Mittlerweile hatte sich im Saale das Gerücht verbreitet, der Einberufer sei verhaftet worden. Als der Einberufer wirklich nicht erschien, nahm man überall im Saale an, die Verhaftung sei Thatsache. Nach Meinung unseres Gewährsmannes hat der Metallarbeiter Litfin seine bekannte Mittheilung und sein Ersuchen zum ruhigen Verhalten auf der Straße, dupirt durch das Gerede von der Verhaftung Rodrian's, an die Versammelten gerichtet, um der voraussichtlichen Schließung der Versammlung durch den „Ueberwachenden“ zuvorzukommen. — Rodrian soll noch „abwesend“ sein.

Die Besitzer von Schaubuden, in denen Sehenswürdigkeiten gezeigt werden, haben beschlossen, durch Petitionen und Eingaben Protest gegen die angestrebte Aufhebung der Jahrmärkte einzulegen. Gleichzeitig sollen die Fabrikanten derjenigen Erzeugnisse, welche auf den Jahrmärkten feilgeboten, und die Verkäufer dieser Gegenstände aufgefordert werden, sich der Bewegung anzuschließen. Bezeichnend für die Strömung in reaktionären Zünftlerkreisen ist es, daß die Petenten vermeinen, sich ausdrücklich gegen die Behauptung wenden zu müssen, daß die Moral des Volkes unter den Jahrmärkten leide. Ist der wirthschaftliche Werth der Jahrmärkte in der heutigen Zeit auch selbst auf dem Lande nur von minimaler Bedeutung, so wird die Moral durch den Verkauf von Jahrmarktsartikeln sowohl als auch durch die Schaubuden auf Jahrmärkten zum mindesten nicht mehr angefochten, als durch die systematischen Lohndrückereien, die unsere Zunftbrüder bekanntlich als ganz besondere Spezialität üben, und durch die Meyerinck-Orgien, die von nothleidenden Junkern aufgeführt werden.

Kartoffelbau durch Arme. Die Armen-Direktion fordert wieder, wie alljährlich um diese Zeit, durch Zeitungsannoncen zur Lieferung eines größeren Quantums von Saatkartoffeln im Wege der Submission auf. Wir können uns jedesmal, wenn wir diese Annonce lesen, eines Lächelns nicht erwehren. Die Saatkartoffeln sind für arme, kinderreiche Familien bestimmt, denen die Armen-Direktion auf den städtischen Ländereien im Norden und Nordosten der Stadt durch das Loos Parzellen von je 400 Quadratmeter zur Bebauung zuweist. Die Theilnehmer haben 7,50 M. in 5 Monatsraten à 1,50 M. zu zahlen und erhalten dafür ihre Parzelle gedüngt, gepflügt und mit Saatfurchen durchzogen und dazu 150 Pfund Saatkartoffeln. Die „Wohlthat“, welche ihnen dadurch erwiesen wird, ist jedoch ziemlich fragwürdig. Die Theilnehmer an diesem Kartoffelbau sind selbstverständlich dem Risiko, das mit der Bebauung des Ackers verbunden ist, ebenso ausgesetzt, wie jeder andere, der Landwirthschaft treibt; nur daß sie, wenn die Ernte schlecht ausfällt, das viel unangenehmer empfinden müssen, als der Bauer oder gar der Großgrundbesitzer. In solchen Fällen tritt es deutlich zu Tage, daß diese Verwandlung der Armen der Stadt Berlin in Ackerbauer in Wirklichkeit wenig mehr als eine Komödie ist. Dem Verwaltungsbericht des Magistrats über die städtische Armenpflege im Jahre 1892/93 entnehmen wir, daß z. B. im Sommer 1892 durchschnittlich das Siebenfache der Aussaat gewonnen wurde, d. h. pro Parzelle etwa 1050 Pfund (= 10½ Zentner oder 5¼ Doppelzentner). Der Martini-Marktpreis pro Doppelzentner Kartoffeln war 4 M. 2½ Pfg. Demnach betrug der durchschnittliche Gewinn pro Parzelle 21,36 M. und, nach Abzug des Beitrages von 7,50 M., der durchschnittliche Rein-Gewinn pro Parzelle 13,86 M. Das ist wahrlich wenig genug für die den ganzen Sommer hindurch an den Sonntagen und an den Abenden der Wochentage gethane Ackerarbeit. dabei handelt es sich hier sogar nur um den durchschnittlichen Reingewinn. Das Ernteergebniß ist natürlich je nach der Bodenbeschaffenheit der Ackerschläge sehr ungleich. Auf einzelnen Strecken, sagt der Bericht, wurde nur das Vierfache der Aussaat gewonnen. Das sind also nur 600 Pfund (= 6 Zentner oder 3 Doppelzentner), sodaß auf diese Parzellen bei Annahme des Martini-Marktpreises nur ein Gewinn von etwas über 12 M. und, nach Abzug des Beitrages von 7,50 M.,

ein Reingewinn von etwas über 4,50 M. kommt. 4,50 M. das Ergebniß der Arbeit eines ganzen Sommers! Und zu diesem Zweck mußten sich die Inhaber solcher Parzellen auch noch 5 Monate lang jeden Monat 1,50 M. vom Munde abdarben! Daß die Zahlung dieser Summe den mit solchen Parzellen Beglückten wirklich nicht leicht geworden sein kann, ergiebt sich aus dem Bericht, in dem es heißt: „Die Zahlung der letzten Raten erfolgte in zahlreichen Fällen erst nach vorheriger Mahnung, und bei 41 zahlungsunfähigen Familien erschien es angemessen, diese Beiträge zu erlassen, ohne die Ernte zu kürzen." Der Bericht sagt auch, daß bei 702 Familien (von im ganzen 2703) Erinnerung an die Feldarbeit nöthig gewesen sei und daß 26 sich derselben bald gänzlich enthielten. Er giebt jedoch nicht an, ob man festzustellen versucht hat, warum diese Familien sich erinnern ließen oder die Arbeit ganz einstellten. Vermuthlich handelte es sich in den meisten Fällen darum, daß den Familien, die ein besonders schlechtes Ackerstück erhalten hatten, der Gewinn von 4—5 M. denn doch zu gering erschien, um dafür einen ganzen Sommer hindurch zu arbeiten und auf andere, lohnendere Arbeit zu verzichten. Vielleicht wird man uns einwenden, daß in manchen Jahren auch recht hohe Erträge erzielt worden seien. Das ist wahr; im Sommer 1891 z. B. betrug der Reingewinn pro Parzelle durchschnittlich 41,26 M. Aber solche Sommer sind ganz vereinzelte Ausnahmefälle. Der durchschnittliche Reingewinn pro Parzelle betrug in den letzten Jahren in Mark

1892	1891	1890	1889	1888	1887
13,86	41,26	23,54	21,95	23,80	17,60

Viel ist also niemals herausgekommen, und das Jahr 1891 vollends steht ganz allein da. Selbstverständlich wird niemand erwarten, daß die Parzellen-Inhaber aus dem ihnen überwiesenen Boden eine höhere Rente herausschlagen, als jedem anderen Ackerbauer möglich wäre. Wahrscheinlich werden sie, da der Betrieb hier doch in der Regel nur ein dilettanterhafter sein kann, ihrer Parzelle sogar eine niedrigere Rente abringen. Aber man thue nicht so, als ob durch diesen Kartoffelbau den Armen Berlins irgendwie geholfen wird. Der winzige Ertrag erscheint noch winziger, wenn man in Betracht zieht, daß es sich ausschließlich um kinderreiche Familien handelt. Die 2703 Familien hatten 11 349 Kinder unter 16 Jahren und überhaupt eine Kopfzahl von 17 640 Personen. Das macht pro Familie 6—7 Köpfe. Bei einem durchschnittlichen Reingewinn von 13,86 M. pro Familie kommen also auf den Kopf pro Sommer — 2 M. Wieviel auf den Kopf kommt, wenn die Familie aus 10—12 Köpfen bestand, und der Reingewinn bis auf 4,50 M. hinabging, mag sich jeder selber ausrechnen.

Nach den Lorbeeren, die der rheinische Standesbeamte mit dem „Verbot" des Namens „Emma" errungen hat, scheint gegenwärtig auch ein Berliner Zivilpastor zu geizen. Wie die „Volks-Zeitung" zu berichten weiß, ist einem in der Goltzstraße wohnenden Verlagsbuchhändler die Eintragung des Namens „Gudrun" verweigert worden, weil derselbe nicht in dem Verzeichniß der standesamtlich zulässigen Namen stehe. Wie wäre es, wenn für den Staat der Intelligenz überhaupt eine Reform auf diesem Gebiete geschaffen würde und man nur solche Vornamen zuließe, die etwa durch den Führer unseres herrlichen Kriegsheeres die gebührende Weihe erhalten haben?

Die unter den Fittichen der Polizei als Streikbrecher fungirenden Auch-Taxameterkutscher fangen nachgerade an, in der Gefährdung der öffentlichen Ordnung fürchterlich zu werden. Am Dienstag Morgen kurz nach 11 Uhr fuhr der Knabe Wagenlenker des Taxameter-Fuhrwerks 2459 an der Ecke Dönhoffsplatz-Jerusalemerstraße in voller Karriere so unglücklich in ein Privatfuhrwerk hinein, daß sein Vehikel, ehe er sich dessen versah, in lauter Stücken und Scherben auf der Straße lag, wo es eine ziemliche Weile die Passage sperrte. Unsere Leser werden sich das Bedauern, das die gerade an dieser Ecke haltenden nicht-streikbrechenden Droschkenkutscher zu erkennen gaben, lebhaft vorstellen können.

Die Presse schwelgt in höherer Wonne. Der vom Verein der Berliner Presse am letzten Sonnabend veranstaltete Ball erfreute sich des Besuchs hocharistokratischer Gäste, des Botschafters Herbette, des Admirals v. d. Goltz, des Unterstaatssekretärs von Rotenhan und verschiedener Offiziere und Gesandtschafts-Attachés ꝛc. Das „Kleine Journal" beklagt nur, daß alle diese Herren ohne ihre Damen kommen und damit bekunden, daß ihnen diese Gesellschaft nicht recht anständig zu sein scheint, sondern zu denen gerechnet wird, bei denen man Frauen und Töchter zu Hause läßt. Das würdige Blatt hat für das Unverschämte dieser Anschauung kein Gefühl, sondern hofft nur, daß die Presse in der Zulassung ihrer Gäste größere Vorsicht üben werde, damit sie der Ehre gewürdigt werden könne, daß sich Komtesse und Baronesse auch zu ihr herablasse. Es ist der richtige Standpunkt des Schmock, den diese Art Presse trotz Frack und Lackstiefel nicht verleugnen kann.

Ein „Stein des Anstoßes" befindet sich seit Vollendung der Friedrichsbrücke an der nördlichen Seite neben der alten Fußgängerbrücke, an dem besonders Abends schon Mancher „Anstoß" genommen hat. Derselbe sollte doch wohl an einen Ort gehören, wo er nicht lebensgefährlich werden könnte.

Das im sogenannten Sommerlazareth der Charitee jüngst stattgefundene kleine Feuer läßt die Erörterung der im genannten Krankenhause vorhandenen Löscheinrichtungen und die Rettung der Patienten bei ausgebrochenem Feuer angezeigt erscheinen und giebt aufs Neue Veranlassung, eine gänzliche Umgestaltung dieser Anstalt energisch zu fordern. — Es dürfte auch dem größten Lobredner schwer fallen, die Behauptung aufzustellen, daß die Gebäude, welche unter dem Namen der „Alten Charitee" und der „Neuen Charitee" bekannt sind, bei ausgebrochenem Feuer, zumal während der Nacht, zu halten sein würden, sobald das Feuer auch nur eine kurze Zeit unbemerkt geblieben ist; an dem alten ausgetrockneten Holzwerk findet es die reichlichste Nahrung; — Löschvorrichtungen, Schläuche auf den Korridoren ꝛc. sind nicht vorhanden und so muß denn bis zum Eintreffen der Feuerwehr jeder Versuch des Ablöschens unterbleiben.

Die Rettung der Patienten ist mit denselben Schwierigkeiten verknüpft. Die einzige feuersichere Treppe geht außerhalb des Gebäudes auf die Luisenstraße hinaus, aber auch sie ist nur einem geringen Bruchtheil der Insassen erreichbar und zwar denjenigen der Stationen 9, 10, 11, 12 und 13, 14, 15, 16, alle anderen müssen vor der dazwischen liegenden brennenden Holztreppe Halt machen. Unrettbar dem Untergange verfallen sind aber diejenigen Kranken auf Station 23, wenn das Feuer etwa auf dem Boden zum Ausbruch käme. Die dort hinaufführende enge Treppe gestattet kein Entrinnen und über den neben dieser Station liegenden Theil des Bodens nach der Nothtreppe zu flüchten, dürfte niemand bei der herrschenden Verwirrung und Unkenntniß der Räumlichkeiten gelingen.

Die Charitee beherbergt durchschnittlich 1500 Personen täglich — möge sich die Direktion und die anderen mit berufenen Faktoren der furchtbaren auf ihnen ruhenden Verantwortlichkeit bewußt werden und eine Aenderung baldigst herbeiführen. — Das jüngste Feuer war ein monotekel in **wahrhaftiger** Flammenschrift.

Zopf! Einem Schreiben an die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin hatte ein Gewerbetreibender eine Postkarte zur Rückantwort beigelegt. Hierauf erhielt der Einsender folgendes Schreiben: „Wir bemerken, daß Postkarten im amtlichen Gebrauch nicht üblich sind und senden Ihnen daher dieselbe zurück." — Die königliche wissenschaftliche Prüfungskommission hat schon vor Jahren über eingesandte Gebühren auf Postkarten quittirt. Ebenso theilen die Eisenbahnverwaltungen die Ankunft von Gütern den Empfängern durch Postkarten mit. — Die Verwaltung der Abtheilung für Gewerbesteuern aber verlangt ausdrücklich die 10 Pf.-Marke. Mit welchem Rechte? Ist dies auch eine gesetzliche Steuer?

Die sogenannten festen Rückstände in den Kanalisationsröhren, welche bei größeren Ansammlungen herausgenommen und abgefahren werden müssen und welche sich hauptsächlich aus Kaffeegrund, Sand und ähnlichen Bestandtheilen zusammensetzen, haben nach den von der Kanalisationsverwaltung angestellten Ermittelungen im vergangenen Jahre über 12 000 Kubikmeter betragen, sodaß auf den Kopf der Berliner Bevölkerung 7,84 Liter dieser Rückstände zu rechnen sind. Die von der Kanalisation geförderte Wassermenge war in dem gleichen Zeitraume 5000 Mal so groß, sodaß während eines Jahres im ganzen etwa 61½ Millionen Kubikmeter Wasser von der Berliner Kanalisation auf die Rieselfelder befördert werden.

Mit Brandwunden und anderen schweren Verletzungen am ganzen Körper wurde vorgestern ein siebenjähriger Knabe in das Rixdorfer Krankenhaus eingeliefert. Nach den Angaben des bedauernswerthen Kindes ist es von seinem Stiefvater Namens Böhnke fortgesetzt schwer mißhandelt und schließlich vor einigen Tagen mit dem bloßen Körper auf den glühend heißen Küchenherd gesetzt worden. Eine tiefe Kopfwunde soll ihm seine Mutter, deren unehelicher Sohn der Knabe ist, durch Schläge mit einem Feuerhaken beigebracht haben. Diese grausamen Mißhandlungen kamen ans Tageslicht, als der Knabe vorgestern seinen Vormund, einen Rixdorfer Kaufmann, besuchte. Gegen die unmenschlichen Eltern ist die Untersuchung eingeleitet worden.

Wie der Rentier auf den Ball geht. Nicht wenig erschreckt war, wie ein hiesiges Blatt berichtet, in der Nacht zum Sonntag ein Rentier, der in einem Ball-Etablissement in einer besonderen Nische in Gesellschaft öffentlicher Dirnen gekneipt und dann in Begleitung einer jener Damen das betreffende Lokal verlassen hatte. In einem Wiener Café, in welches das Paar dann noch eingekehrt war, vermißte der Rentier ein Packet Banknoten im Betrage von 49 800 M., welches er in das Balllokal mitgenommen hatte. Er begab sich ganz bestürzt in das betreffende Lokal zurück, das er aber bereits verschlossen fand; auf sein Pochen wurde ihm geöffnet, und es erfolgte auch eine sofortige Durchsuchung der Räumlichkeiten, der verlorene Schatz fand sich aber nicht vor. Am nächsten Morgen meldete sich indeß die Garderobiere des Etablissements, welche das kostbare Packet nach Schluß des Geschäftes im Vorflur gefunden und einstweilen an sich genommen hatte. An dem Gelde fehlte nichts, so daß der arme Mann mit dem bloßen Schrecken davon gekommen ist.

Und da behaupten wir noch, daß es einen Nothstand giebt!

Zu dem muthmaßlichen Morde in der Borsigstraße wird noch berichtet, daß es ziemlich zweifellos erscheint, daß die unverehelichte Anna Winkler in der Nacht zum Montag thatsächlich Besuch in ihrer Wohnung empfangen hat; denn ein Zigarrenrest und ein Paar Herrenmanschetten mit Perlmutterknöpfen sind in dem Zimmer vorgefunden worden. Ob ein Verbrechen an dem Mädchen begangen ist, steht auch jetzt noch nicht fest. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß Anna Winkler in Anwesenheit des Betreffenden eines natürlichen Todes gestorben ist. Dem Anscheine nach ist sie auf dem Sopha von Krämpfen befallen und dann in das Bett gelegt worden. Darauf deutet auch der Umstand hin, daß sie mit dem Kopf am Fußende der Bettstelle lag und die Knie etwas nach oben gezogen hatte. Der anwesende Mann hat nun wahrscheinlich das Kopfkissen über die Todte gedeckt, um sich dem unangenehmen Anblick zu entziehen, dann das Zimmer verlassen und verschlossen. Den fehlenden Schlüssel scheint er in der Aufregung mitgenommen zu haben. Nach Aussage von Hausbewohnern müßte nun freilich eine kleine Geldtasche vorhanden sein, nach der aber noch heute Morgen von der Kriminalpolizei vergeblich gesucht wurde. Ob aber dieser Umstand auf eine Beraubung zurückgeführt werden kann, läßt sich durchaus noch nicht behaupten. Die Wirthin der Winkler glaubte, daß diese von der Polizei aufgegriffen sei und ließ das Zimmer in der Absicht öffnen, um aus einem Schrank Kleider zu entnehmen. Bei dieser Gelegenheit fand sie die Leiche. Die kriminalistische Untersuchung liegt in den Händen des Kriminal-Inspektors Stüwe und des Kriminal-Kommissars Kühne, die bis spät in die Nacht hinein in dem Zimmer der Winkler thätig waren. Die Leiche, die auch heute noch keinerlei Verletzungen zeigt, wohl aber Verwesungsflecke erkennen läßt, wie solche infolge von Schlaganfällen sehr bald eintreten, ist heute Vormittag um 10¼ Uhr unter großem Zusammenlaufe der Bevölkerung nach dem Schauhause gebracht worden. Eine Gerichtskommission hat heute das Zimmer besichtigt. Eine Menge Briefe und Postkarten, die die Winkler in dieser Wohnung erhalten hat, die aber nur auf Zusammenkünfte Bezug haben, sind behördlich in Verwahrung genommen worden.

Aus Liebe. Ein hiesiger Lehrer emer. feierte dieser Tage seinen 70. Geburtstag. Unter den eingegangenen Geschenken befand sich auch eine Kiste von außerhalb, deren Absender dem Lehrer unbekannt war. Beim Oeffnen der Kiste befand sich in derselben ein hübsches Bierglas und ein Zettel mit dem Verslein: „Aus Liebe für empfangene Hiebe. Ein dankbarer Schüler." Man sieht, die Gemüthsmenschen sind doch noch nicht ausgestorben!

Berichtigung. Herr Lisiak, Friedenstr. 5, theilt uns mit, daß er am Donnerstag keinen flüchtigen Arbeitslosen der Polizeigewalt denunzirt habe.

Der moderne Menschenhandel in Gestalt gewerbsmäßiger Stellen- und Arbeitsvermittelung beschränkt sich schon nicht mehr auf die eigentliche Arbeiterklasse, sondern hat sich auch bereits der Thätigkeitsgebiete der „besseren" Stände bemächtigt, wie aus einem Geschäftsangebote zu ersehen ist, welches der „Deutschen Bau-Zeitung" zur Verfügung gestellt worden ist. Dasselbe lief ein auf eine öffentliche Anfrage nach einem für kunstgewerbliche Erfindungen geeigneten Architekten und geht von einem „Komtoir Sandmann" in Bad Misdroy an der Ostsee aus, welches von einem Oberförster und Dampfschneidemühlen-Verwalter außer Diensten geleitet wird und zunächst nur für die „Holzbranche" bestimmt ist, aber anscheinend seinen Geschäftskreis auch nach der Architektur und dem Kunstgewerbe hin erweitern will. Am bezeichnendsten ist der dem gedruckten Angebot handschriftlich hinzugefügte Nachsatz: „Bitte höflichst um geneigtes Näheres, da ich ein umfangreiches bestassortirtes Lager gediegener, verhältnißmäßig nicht zu hoch fordender Kräfte zu Ihrer kostenfreien Auswahl habe." — Es ist dies ein sichtbares Zeichen, daß die Proletarisirung der „Gebildeten", welche dem Kapital gleich dem Arbeiter ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind, immer weiter um sich greift. Und auch hier wie dort finden sich sofort Leute, welche die Nothlage der Arbeitskräfte im eigenen Interesse ausnutzen. Ein moderner Sklavenmarkt!

In der Nacht zum Sonnabend sind einem jungen arbeitslosen Schneidergesellen im städtischen Obdach (Baracke Nr. 35) seine Legitimationspapiere und seine Uhr im Werthe von 12 M. gestohlen worden. — Die Aermsten der Armen liegen im städtischen Obdach so eng zusammengepfercht, daß es dem gewissenlosen Spitzbuben ein Leichtes ist — zu stehlen und mit dem Raube zu entkommen.

Eine Hetzjagd auf einen armen Arbeitslosen war am Montag Abend in der Manteuffelstraße zu beobachten. Mehrere Schutzleute hatten einen armen Teufel beim Betteln beobachtet und der Fang sollte vor sich gehen, als der Arme aus einem Zigarrenladen heraustrat. Der Arbeitslose hatte aber wohl Lunte gerochen, er lief die Straße hinauf und mit lautem Halloh ging es hinter ihm her. Der große Uebelthäter wäre auch entkommen, wenn nicht ein Geselle des in derselben Straße wohnhaften Schlächtermeisters Pfund den Flüchtling ergriffen und ihn den Schutzleuten übergeben hätte. Viele Schmeichelworte bekam der brave Schlächtergeselle ob seiner Liebesthat von den Arbeitern, die das Schauspiel ansehen mußten, selbstredend nicht zu hören.

Polizeibericht. Am 22. d. M. wurde ein Händler vor dem Hause Neue Königstr. 19c durch einen Rollwagen und ein Eisendreher vor dem Hause Holzmarktstr. 69 durch einen Postwagen überfahren. Beide wurden bedeutend verletzt und mußten nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Geehrte Redaktion!

Nummer 15 des „Vorwärts" enthält einen Artikel, der sich über die Agitationsweise des „Berliner Thierschutz-Vereins zur Bekämpfung der Massen-Thierquälereien im Deutschen Reiche".

Als langjähriges Mitglied des Berliner Thierschutz-Vereins und zugleich Anhänger des Sozialismus bitte ich um's Wort, weil ich mancherlei richtig zu stellen habe. Es ist ein Irrthum, wenn der „Vorwärts" hier ein verkapptes Bollwerk gegen die Bestrebungen der Arbeiterklasse vermuthet. Der Berliner Thierschutz-Verein kümmert sich absolut nicht um Politik. Auf dem Boden seiner Bestrebungen können sich Leute der verschiedensten politischen und religiösen Standpunkte zusammenfinden, wenn sie nur in dem einen Punkte übereinstimmen, daß den armen Thieren geholfen werden muß. — Gewiß hat nun der „Vorwärts" ganz recht, daß ein Verein, der laut seinem Namen zur Bekämpfung aller massenhaft vorkommenden Thierquälereien gegründet ist, nicht solche Schindereien übergehen darf, welche von den höheren Gesellschaftskreisen betrieben werden. Aber ich behaupte, so feige und einseitig verfährt auch der Berliner Thierschutz-Verein nicht. Auf das fragliche Bittgesuch komme ich noch zu sprechen. Unterlage der Kritik muß sein das gesammte Wirken, nicht ein einzelnes Gesuch, in dem vielleicht, je nach der Zweckmäßigkeit, bald die eine oder die andere Seite der Frage mehr betont wird. Vereinsorgan ist die Berliner Thier-Börse mit ihrem „Archiv der Thierschutz-Bestrebungen". Hier kann sich der „Vorwärts" von der Gerechtigkeit und Allseitigkeit des Berliner Vereins überzeugen. Falls es beliebt, so lege ich eine Reihe von Nummern vor, die sich auf das Schärfste gegen das Taubenschießen, gegen das Wettrennen, gegen die Distanzreiterei, gegen die Hetzjagden, kurz: gegen die Thierquälerei, welche gerade in den maßgebenden und feineren Gesellschaftskreisen zu Hause ist, wendet. Daß im Augenblick die jüdische Schlachtmethode (das Schächten) im Vordergrunde der Agitation steht, hat seinen Grund nicht etwa im Antisemitismus, sondern in den sachlichen Verhältnissen. Der Berliner Thierschutz-Verein hatte durch Eingaben an alle höheren Verwaltungsbehörden durchgesetzt, daß in vielen Bezirken Deutschlands hinfort das Tödten der Schlachtthiere ohne Betäubungsschlag verboten sein sollte, aber fast überall war hinzugefügt, daß davon diejenigen Thiere ausgenommen sein sollten, die zum jüdischen Schächten bestimmt wären. Die Folge dieser angeordneten Ausnahme ist gewesen, daß jetzt weit und breit auch die christlichen Metzger anfangen, ihre Thiere schächten zu lassen, so daß die ganze Tödtungsreform vereitelt ist, wenn es nicht gelingt, die altjüdische Schlachtungsweise gesetzlich zu verbieten. Ob nun der Wortlaut des Gesuches an die Kirchenbehörden hätte besser gefaßt werden können, unterlasse ich zu erörtern. Jedenfalls hat das Gesuch seinen Zweck erfüllt, die Geistlichen sind angewiesen, auch den Schutz hilfloser Thiere als einen Theil ihrer Christenpflicht zu betrachten. So lange die Menge des Volkes in Gleichgiltigkeit gegen die Leiden der Thiere verharrt, muß sich ein Thierschutz-Verein wesentlich auf die Behörden stützen, will er etwas erreichen. Daher so vielfach der Eiertanz, denn man darf doch nicht unklug Dinge berühren, welche Anstoß erregen und die erbetene Hilfe verhindern könnten. Ganz anders aber wäre es, wenn die Stimme des Volkes gebieterisch die Abschaffung der Mißbräuche fordern würde. Und da muß ich jetzt einmal den Spieß umkehren und fragen: Wie hat sich denn die Sozialdemokratie bisher zum Thierschutz verhalten?

Soweit ich die sozialistische Presse und Literatur kenne, und ich lese fleißig, kann ich nur sagen, es ist im allgemeinen so gewesen, als ob für die Sozialdemokraten leidende Thiere überhaupt nicht existirten. Selten verirrte sich einmal eine thierfreundliche Notiz oder Abhandlung in die sozialistischen Blätter, aber sicher ließen sie keine Gelegenheit entgehen, wo sie den Thierschutz kritisiren konnten. Infolge dessen ist diese Sache bei den Sozialdemokraten durchaus unpopulär. Und doch meine ich, die sozialdemokratische Partei darf sich nimmer auf das Wohl derer beschränken, die zufällig Menschenantlitz tragen, sondern sie muß überhaupt die Vertreterin aller fühlenden Geschöpfe sein, welche leiden. Die Abschaffung der schauderhaften Thierquälereien ist auch eine Aufgabe der Sozialdemokratie. Eine Partei, welche das Recht der darbenden und duldenden Schwachen vertheidigt, kann doch nicht die Rechte der Allerschwächsten vergessen. Dies aber sind die Thiere, namentlich die Aermsten der Proletarier, die Arbeitsthiere, und unter ihnen namentlich die Pferde, welche ein französischer Schriftsteller so wahr und ergreifend die „Märtyrer der Arbeit" genannt hat. Die Thierschutzfrage liefert der sozialistischen Agitation neue Geisteswaffen zum Kampf gegen die heutige Einrichtung der Volkswirthschaft. Darüber wolle man nachlesen im „Thier- und Menschenfreund" von 1892 die umfassende Abhandlung „Die soziale Frage und die Leiden der Thiere". Hermann Stenz.

Trotz der vielen falschen Auffassungen, die in dieser Zusendung offen zu Tage treten, haben wir geglaubt, derselben Aufnahme gewähren zu müssen. Eine Widerlegung des Herrn Einsenders und Auch-Anhängers des Sozialismus ist um so leichter, als der Herr, wenn er richtig zu lesen verstünde, kaum etwas anderes in dem kürzlich von uns veröffentlichten Aufsatz finden könnte, als was er selber in seiner Einsendung vertritt. Es ist ein Fiktion ohne Gleichen, wenn der Einsender aus der Thatsache, daß wir den Menschenschutz in der heutigen Gesellschaft als erste Forderung erheben, nun auch folgert, daß für uns die leidenden Thiere nicht da sind. Wo Thierquälerei geübt worden ist, da war es, wie der „Thierfreund" beim Lesen sozialdemokratischer Tagesblätter hätte finden müssen, vorerst die Arbeiterpresse, die derartige Abscheulichkeiten an den Pranger stellte und gerade die von ihm mißdeutete Notiz fordert energisch, daß der Thierschutz sich gerade auf die Gebiete erstrecke, wo er am nothwendigsten ist. Wogegen die Sozialdemokratie energisch Protest eingelegt hat, das ist die elende Heuchelei, mit der einige vorgebliche Thierfreunde ein Lamento anstimmten, wenn ein Ochse nicht nach der von ihm gewünschten Methode vom Leben zum Tode gebracht wurde und es ruhig geschehen ließen, daß Arbeiter und Arbeiterinnen von einem Unternehmer, der vielleicht gar ein „Thierfreund" sein mochte, in barbarischer und unmenschlicher Ausbeutungswuth in der Fabrik dahingemordet wurden. Darin muß der Thierfreund und Auch-Sozialist sich schon gefallen, daß die Sozialdemokratie die Aufhebung der größten aller Barbareien, der Menschenquälerei vor die Thierquälerei setzt. Ist erstere beseitigt, dann wird auch das Thier zu seinem Recht kommen. Die Redaktion.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 19. Mittwoch, den 24. Januar 1894. 11. Jahrg.

Italien in Gährung.

Die Zuckungen und Gährungserscheinungen im Süden Italiens, in Apulien und Calabrien haben sich nach Norden verbreitet und an einzelnen Orten zu heftigen Ausbrüchen gesteigert. Der Belagerungszustand — Crispi's Gottesfriede — für Sizilien allein genügt nicht mehr; schon ist im Ministerium der Beschluß gefaßt, den vollen Belagerungszustand auf das Festland auszudehnen, zunächst auf die Provinz Massa-Carrara. Hier in den berühmten Marmorbrüchen von Carrara sind die Marmorarbeiter aus dem Apuanischen Gebirge zu den Städten Avenza, Massa und Carrara herabgestiegen und haben blutige Zusammenstöße mit den Truppen gehabt. Gestern, am 16. Jan., fand ein Gemetzel zu Torano, einem kleinen Ort bei Carrara, statt, in welchem 18 Todte und 30 Verwundete der Aufständischen fielen. Der offizielle Bericht giebt an, die Empörer seien bewaffnet gewesen, weiß aber nur von einem verwundeten Bersagliere zu erzählen. Crispi fährt fort, in der Weise zu wüthen, wie er begonnen hat. Unaufhörlich werden neue Truppen eingezogen. Die Einberufung des Jahrgangs 1869 genügt nicht mehr, schon ist die Klasse von 1868 bezeichnet. Aus Brescia und Mantua, aus Pisa, Livorno und Parma werden Unruhen gemeldet, ebenso aus der Umgegend von Bologna, von wo Truppen nach verschiedenen Nachbarorten ausgezogen sind. Die Unterdrückungswuth bleibt natürlich bei den Streikenden und den an den Kundgebungen Theilnehmenden nicht stehen. In Parma wurden gegen das Gesetz alle organisirten Arbeitervereinigungen aufgelöst, ihre Banner, Bücher und Kassen mit Beschlag belegt. — Die von der Regierung bezahlten Blätter beginnen das Publikum auf Crispi's Diktatur vorzubereiten. Er wird von der am 23. Januar zusammentretenden Kammer unbeschränkte Vollmachten verlangen, Italien zu beruhigen, wie er bisher Sizilien beruhigt hat und er wird die Kammer auflösen, wenn sie ihm die Diktaturgewalt nicht bewilligt. Für Sizilien sind bisher die Beruhigungsmaßregeln folgende:

Einberufene Infanterie mit Einschluß des Jahrgangs 1869, zum großen Theile bereits abgesendet, zum anderen Theil unterwegs nach Sizilien 27 Bataillone zu 800 Mann, zusammen 21 600.

Fünf Regimenter Ersatz und Ergänzungstruppen, 15 Bataillone: 12 000.

12 Bataillone neuerdings vom Kriegsminister aus den größeren Garnisonen des inneren Landes entsandt 9600.

16 Bataillone aus verschiedenen kleineren Garnisonen zusammengezogen, nach den Seehäfen geführt und zur Ausschiffung nach Sizilien bereit 13 100.

Totale Summe für Sizilien 56 000 Mann.

Ich hatte Ihnen in einem früheren Berichte zugleich mit de Felice's und de Luca's Gefangennahme auch die Verhaftung von Garibaldi Bosco gemeldet. Dies war ein Irrthum, seine Gefangennahme war von Freunden aus Palermo nach Mailand telegraphirt worden, aber er war den Häschern entgangen und hielt sich in Palermo verborgen, bis gestern am 16. Januar Bosco zusammen mit Bernardino Verro und Nicolo Brobato von Morra's Spionen entdeckt und ins Gefängniß geführt wurden. Auf die Nachricht hiervon fand heute im Saale des Arbeiterkonsulats in Mailand eine erregte Versammlung der organisirten Sozialdemokraten statt. Nachdem Furati die Bedeutung des Aufrufs des Zentralkomitees der Fasci in Palermo mit ihren sozialistischen Forderungen hervorgehoben hatte, tadelte er heftig das fernere Verhalten der Führer, das die Regierung in ihren brutalen Maßnahmen nur ermuthigte. Er erklärte offen: Die Partei kann und darf sich in keiner Rücksicht lossagen von der Revolution der Verhungernden, wie verschieden auch sonst immer die Taktik der Partei von der unorganisirter Ausbrüche sein möge. (Stürmischer Beifall.) Die Versammlung erklärte sich solidarisch mit den Opfern der Hungerrevolution, verwarf jede vorgeschlagene gemäßigte Tagesordnung, indem sie der Regierung allein die Verantwortung für die schon überall sichtbaren Folgen ihres Gewaltsystems zuschob, und ging unter Anstimmung der Arbeiterhymne auseinander. Nächsten Sonntag soll eine noch größere Versammlung zu gunsten Siziliens stattfinden. — Der Belagerungszustand auf der Insel ruft inzwischen durch sein wüstes Treiben alle Erinnerungen der Bourbonenzeit und der Kroatenherrschaft Oesterreichs wieder wach. Auch die sozialistisch nur verdächtigen Zeitungen werden beschlagnahmt, unterdrückt und verboten. Radikale bürgerliche Blätter, wie der „Secolo“ in Mailand, werden auf der Post zurückgehalten. Der „Siziliano“ in Palermo, dem das Wiedererscheinen gestattet wurde, zeigt große, weiße Zensurlücken, die, wie die schwarzen Flecke in Rußland — eine Schande Italiens — das Blatt verunzieren. Die Häuser in den Städten und die Hütten in den Dörfern werden nach Waffen durchsucht, wobei es an den brutalsten Szenen nicht mangelt. Alle Briefe an irgend verdächtige Personen werden ins schwarze Kabinet, das Morra in Palermo eingerichtet hat, abgeliefert und dort erbrochen. Bis auf die Hüte und Bärte erstreckt sich Crispi's neues Regiment. Ganz wie in der Zeit der infamsten österreichischen Herrschaft werden Vollbärte für revolutionär erklärt und von dem Heer der neu angeworbenen von Morra bezahlten Polizeispitzel die Träger bestimmter Hutformen verfolgt. In edler Nachahmung wetteifert die Reaktion auf dem Festlande. Das neue tägliche Blatt „Il Punto nero“ in Reggio Emilia ist schon dreimal konfiszirt worden, und ebenso durfte die letzte Nummer der „Lotta di Classe“ erst nach zweimaliger Beschlagnahme in dritter Ausgabe erschienen. Wir schließen das heutige Bild der steigenden Gährung in Italien mit einer bezeichnenden Szene aus dem blutigen Gemetzel von Marineo, wo 50 Verwundete und 30 Todte des hungernden Volkes Crispi's Gottesacker-Frieden in Sizilien besiegelten: Sie erinnern sich des Ausspruchs als neuestes Gebot: Wenn ich's befehle, so habt ihr auf eueren Vater und euere Mutter zu schießen! — In dem 38. Regiment der Infanterie, das an dem genannten Tage nach Marineo gegen die Hungerrevolte marschirt war, befand sich der Soldat Giovanni Buonafede aus dem Orte Marineo selbst gebürtig. Der Major des Regiments, Nerli mit Namen, kommandirte auf einige Steinwürfe des Volkes das mörderische Kommando Feuer! Und unter dem Schreien der Verwundeten und Sterbenden hörte der Soldat Buonafede eine Stimme, die rief: „Mein Sohn, mein Sohn! ich muß sterben!“ (Im sizilianischen Dialekt: „Figghin! Figghin! Stai murienno!“) Es war die Stimme seiner eigenen Mutter, die von einer Kugel durch die Brust geschossen war. Sie hatte sich nicht an dem Aufstand betheiligt und war auf den Platz gekommen, um ihren Sohn zu sehen, da sie gehört hatte, sein Regiment sei hierhermarschirt. Sie starb auf offenem Markt in den Armen ihres Sohnes, der das Gewehr weggeworfen und wie wahnsinnig schrie und wüthete. Er mußte gebunden und ins Militärlazareth geschleppt werden. Das ist ein Bild für die Ruhmeshalle Italiens unter der letzten Herrschaft Crispi's, des Todtengräbers der Monarchie.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht.

Kammer VII. Vorsitzender: Assessor Meyer. Sitzung vom 18. Januar.

Als ein besonders gesetzeskundiger Mann gerirte sich dem Richterkollegium gegenüber der Kohlenhändler Schargow, den der Arbeiter Richter vor die Schranken des Gewerbegerichts zitirt hatte; er wollte alles besser wissen, als der als Vorsitzender fungirende Jurist. „Wenn ich zu einem Arbeiter bei der Annahme sage“, so führte er aus, „die Stellung dauere so lange, wie Arbeit da ist, dann brauche ich ihm nicht zu kündigen. Ich brauche dem Arbeiter auch nur ein Zeugniß zu geben, worin seine „Führung“ bezeichnet ist. Der Kläger ist faul gewesen, zu lange „weg geblieben“, als er „einen Gang“ besorgte, und da konnte ich ihn erst recht ohne Kündigung entlassen.“ Der Sohn des Beklagten sagte aus, dem Kläger sei beim Engagement nichts von der Dauer der Arbeit gesagt worden. Alle Versuche des Vorsitzenden, den Beklagten zu belehren, daß ein „zu langes Wegbleiben“ kein Entlassungsgrund sei, daß aus dem erwiesenen Thatbestand kein Kündigungsausschluß herausgefunden werden könne und daß ferner durch Gesetz die Ausstellung eines Attestes über Art, Ort und Zeit der Beschäftigung auf Verlangen des Arbeiters vorgeschrieben sei, nutzten nichts. Er wollte absolut nicht „heran“ und freiwillig zahlen. Er wurde zu einer Lohnentschädigung von 30 M. und zur Ausstellung eines ordnungsmäßigen Zeugnisses verurtheilt. Wenn wirklich Trägheit vorgelegen hätte, wäre das kein Grund zur sofortigen Entlassung gewesen. Ueber die Thatsache, ein „ordnungsmäßiges“ Zeugniß nun doch ausstellen zu müssen, war der Verurtheilte am meisten erbost; er hatte durchaus dem Kläger nur ein Attest geben wollen, in welchem dessen angebliche „Faulheit“ festgestellt wurde.

Der Schlächtermeister Hoffmann wurde mit fünf Mark Strafe und den Kosten eines Termins bedacht, weil er sich zu spät einfand und durch sein Verschulden die Vertagung einer Verhandlung nothwendig geworden war.

25,90 M. an den Arbeiter Feist zu zahlen, die er diesem nach dessen Angaben schuldig geblieben sein soll, wurde der Bierverleger Mattiä verurtheilt. Die Angaben des Klägers nahm das Gericht als der Wahrheit entsprechend an, da der Beklagte weder im Vergleichs- noch im Haupttermin erschien.

Kammer I. Vorsitzender: Assessor Löwe. Sitzung vom 20. Januar.

Nur „auf Probe“ sei die Schneiderin Koch angenommen gewesen und habe deshalb keinen Anspruch auf die gesetzliche Kündigungsfrist gehabt, machte der Damenschneider Lebenheim gegen eine Entschädigungsklage der Genannten geltend. Durch die Beweisaufnahme wurde erwiesen, daß das „Engagement auf Probe“ durch den Beklagten in einer Weise erfolgte, die nach Annahme des Gerichts unmöglich als vorläufiger Kündigungsausschluß angesehen werden konnte. Redensarten wie: „Er wolle es mal mit ihr (der Klägerin) versuchen“, und (später gebraucht): „Sie müsse noch einige Zeit „auf Probe“ arbeiten, über ihre Leistungsfähigkeit könne er (Beklagter) sich noch nicht klar werden“, waren es, worauf sich der Beklagte stützte. Derselbe wurde zur Zahlung von 24 M. wegen unrechtmäßiger Entlassung verurtheilt. In der Begründung hob der Vorsitzende als bedeutungsvoll hervor, daß nicht mal eine bestimmte Dauer der Probezeit abgemacht worden sei; auf diese Weise hätte der Beklagte ja die Probezeit wer weiß wie ausdehnen können.

Kammer V. Vorsitzender: Assessor Dr. Herzfeldt.

Der Hohlschleifer Bock hatte mit dem Schleifereibesitzer Görtz einen Vertrag abgeschlossen, wodurch Bock verpflichtet wurde, ein Jahr lang — bis zum 1. Mai 1894 — im Betriebe des letzteren für bestimmte Akkordpreise zu arbeiten, die Arbeitszeit richtig einzuhalten — einzelne Stunden sollen nicht in betracht kommen —, die Arbeit brauchbar abzuliefern und für möglichen Schaden aufzukommen. Eines Tages glaubte der Meister Görtz annehmen zu dürfen, Bock habe für sich gearbeitet und die Geschäftsarbeit inzwischen liegen gelassen. Es hingen nämlich zwei zu schleifen begonnene Messer beim Arbeitsplatz B's., die G. nicht als zu der „Arbeit“ gehörig erkannte, welche er demselben „vorgegeben“ hatte. Er kündigte Bock, der jedoch mit Rücksicht auf seinen Vertrag die Kündigung nicht annahm, was seine Entlassung zur Folge hatte. Er klagte jetzt, Schadenersatz beanspruchend. Ein solcher wurde ihm auch zugesprochen in der Höhe von 60 M. (Kläger hätte mehr erhalten, wenn nicht durch seine Schuld der Gerichtshof in den Irrthum verfallen wäre, er verlange nur 60 M. Der Berichterstatter.) Das Gericht hielt die — übrigens unbewiesenen — Angaben des Beklagten, daß Kläger gegen seinen Willen und ohne sein Wissen Privatarbeiten in seiner Werkstatt ausgeführt habe, für belanglos. Wenn Kläger wirklich wie angegeben gehandelt hätte, wäre es kein Grund zur Entlassung im vorliegenden Fall gewesen. Da der Vertrag auf länger als vier Wochen geschlossen war, würden nur ganz gewichtige Gründe die plötzliche Entlassung rechtfertigen. Dem Kläger bleibt es nach dem gefällten Urtheil überlassen, für die Zeit, welche er bis zum 1. Mai arbeitslos ist, weitere Schadenersatzansprüche zu erheben.

Weil der Metallschleifer Meyer sich 14 Tage lang dem Schleifereibesitzer Gumbert zur Verfügung gestellt habe, ohne entlassen zu sein, aber auch ohne arbeiten zu können, wurde der Letztgenannte verurtheilt, 42 Mark Lohnentschädigung jenem zu zahlen. Arbeitsmangels wegen hatte der Beklagte den Kläger zuerst zum „Gängegehen“ verwendet und ihn dann aussetzen lassen. Als Kläger 14 Tage ausgesetzt hatte, wurde er entlassen. In der Zwischenzeit hatte er sich hin und wieder dem Chef vorgestellt, um zu erfahren, ob dessen Prophezeihung, in einigen Tagen wieder arbeiten zu können, nicht bald in Erfüllung gehe. Begründet wurde das Urtheil damit, daß der Beklagte von seinem Recht, den Kläger sofort zu entlassen — Kündigungsfrist bestand nicht — nicht Gebrauch gemacht habe, indem er, obgleich ihm nach seiner eigenen Aussage an der Einbehaltung von „Buch und Karte“ nichts gelegen war, diese ihm doch nicht aushändigte.

Omladinaprozeß. Prag, 23. Januar. Heute fand das Verhör der Hauptangeklagten: Redakteur Skaba, Journalist Sokol und Advokatur-Konzipist Dr. Raschin statt. Ersterer will gar keine Omladina kennen; Sokol gesteht zu, sie zu kennen, behauptet aber, sie bestände bereits seit 1869 und sei daher keine neue Gründung. Raschin will keine Omladina, sondern eine Fortschrittspartei gelten lassen, welche ins Leben gerufen zu haben, er stolz sei. Er stehe auf dem radikalen Flügel der Jungczechen und werde es sich zum Verdienste anrechnen, wenn er verurtheilt werden sollte.

Der Angeklagte Handlungslehrling Serak hat sich auch wegen eines Bücherdiebstahls bei seinem Dienstherrn zu verantworten; er behauptet, die Bücher wären ihm als Falle hingelegt worden. Auf Bemerkung des Präsidenten, daß er nicht in die Falle gerathen wäre, wenn er die Bücher liegen gelassen hätte, erwiderte Serak in schreiendem Tone: „Hätten Sie, Herr Vorsitzender, die Bücher dort liegen gesehen, Sie hätten sie auch mitgenommen.“ Der Angeklagte wird sofort zu 48 Stunden Disziplinararrest verurtheilt. Der achtzehnjährige Zimmermaler Stacina, der Nachts dabei abgefaßt wurde, wie er die kaiserlichen Adler an Briefkasten besudelte, behauptet, er sei berauscht und der Meinung gewesen, daß er als Zimmermaler eine Wand anstreiche. Andere Angeklagte nehmen alles zurück, was sie beim Verhör durch die Polizei ausgesagt hatten. Die Proteste der Vertheidiger gegen die angebliche Gesundheitsschädlichkeit des Saales wurden von dem Ober-Landesgerichte zurückgewiesen.

Pfandscheine unterliegen nicht dem gesetzlichen Pfandrechte des Vermiethers — so heißt es in einem Berufungsurtheil des hiesigen Landgerichts I. Ein Hauswirth nahm, als ein Miether bankrott gemacht hatte, das Recht auf versuchsweise Befriedigung aus vorgefundenen Pfandscheinen deshalb in Anspruch, weil dieselben an die Stelle der in die gemietheten Räume gebrachten Waaren getreten und damit dem Vermiether-Pfandrecht unterworfen seien und weil sie als Inhaberpapiere an sich zu den Illaten des Miethers gehörten. Das Landgericht I sagt dagegen in seinem Erkenntniß: Das Pfandrecht des Vermiethers an den Illaten des Miethers bleibt nur dann auch nach Fortschaffung derselben aus der Miethswohnung bestehen, wenn dieselbe heimlich oder wider Willen des Vermiethers geschieht. Dagegen erlischt es, wenn im regelmäßigen Geschäftsbetriebe Waaren, die zu diesem Zwecke vom Miether eingebracht sind, verkauft und fortgeschafft, also auch wenn sie lombardirt werden. Das Vermiether-Pfandrecht bezieht sich gemäß § 395 des Allgem. L.-R. I 21 nur auf „Sachen und Effekten“. Zu diesen werden freilich außer den körperlichen Sachen auch Werthpapiere und besonders Inhaberpapiere gerechnet, nicht aber sonstige Papiere des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs, welche blos zum Beweise des in ihnen verbrieften Rechts dienen sollen, nicht aber „Träger“ desselben sind. Die Pfandscheine sind nun keineswegs Inhaberpapiere, sondern Papiere der letzterwähnten Art und sind deshalb dem Pfand- und Retentionsrecht des Vermiethers ebenso wenig unterworfen, wie etwa ein Wechsel.

Eine das Gastwirthsgewerbe betreffende wichtige Entscheidung wurde dieser Tage von dem 9. Zivilsenat des Kammergerichts gefällt. Ein hiesiger Hausbesitzer hatte nämlich einem Restaurateur ein Lokal mit Vorgarten zum Betriebe der Gastwirthschaft vermiethet, doch wurde dem Restaurateur vom Stadtausschuß nur die Konzession für das innere Lokal, nicht aber die für den Gewerbsbetrieb im Vorgarten ertheilt, indem sich nämlich die Befürchtung geltend machte, daß durch den Verkehr der Passanten längs des nur durch einen Gitterzaun von dem Trottoir getrennten Vorgartens sich Unzuträglichkeiten ergeben würden. Der Miether forderte hierauf vom Vermiether Entschädigung in Form eines Miethsnachlasses und erlangte letzteren dann auch im Klagewege in Höhe von zwei Fünftel der Gesammtmiethe. Sowohl das Landgericht, wie das Kammergericht waren nämlich der Ansicht, daß der Miether durch die erwähnten Umstände einen berechtigten Anspruch auf Entschädigung erlangt habe, und daß hierbei der Einwand des Vermiethers, daß der Miether sich nicht bei der Entscheidung des Stadtausschusses hätte beruhigen, sondern in die zweite Instanz, an den Bezirksausschuß, hätte gehen sollen, nicht in betracht komme.

Soziale Uebersicht.

Aufruf an die Arbeiter und Parteigenossen von Johannisthal, Nieder-Schönweide und Umgegend.

In allen Landgemeinde-Vertretungen Preußens scheiden jetzt je ein Drittel der Gemeindevertreter aus. Für diese Ausscheidenden werden neue Vertreter (oder auch die alten wieder) gewählt. Die Wahl findet im März d. J. statt. Die Wählerlisten liegen im Gemeinde-Amtshause in der Zeit vom 15. bis 30. Januar in den Büreaustunden aus. Wer nicht in der Liste steht, ist nicht wahlberechtigt. Versäume daher Niemand, sich zu überzeugen, ob er in die Wählerliste eingetragen ist. Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, seine Bekannten darauf aufmerksam zu machen.

Wahlberechtigt ist jeder, der 24 Jahre alt ist, einen eigenen Hausstand (d. i. eigene Wohnung) besitzt und nicht durch richterliches Erkenntniß die Verfügung über sein Vermögen verloren hat. (Schlafleute, Knechte, Hausföhne und Aftermiether sind nicht wahlberechtigt.) Außerdem muß jeder Wähler Angehöriger des Deutschen Reichs (nicht nur Preußen) sein, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen, seit einem Jahre im Gemeindebezirk wohnen, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen und die auf ihn entfallenden Gemeinde-Abgaben gezahlt haben.

Schließlich muß jeder Wähler entweder ein Wohnhaus in der Gemeinde besitzen, oder von seinem gesammten innerhalb der Gemeinde belegenen Grundbesitze einen Jahresbetrag von mindestens drei Mark an Grund- und Gebäudesteuer bezahlen oder zur Einkommensteuer veranlagt sein oder zu den Gemeinde-Abgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 660 Mark herangezogen sein.

Arbeiter! Thue ein jeder seine Pflicht!

Für diejenigen Genossen, welche verhindert sind, die Liste selbst einzusehen, haben sich folgende Genossen erboten einzusehen:

Für Johannisthal: G. Elze, Friedrichstr. 19.
„ Nieder-Schönweide: G. Wagner, Grünauerstr. 2.
„ Neu-Treptow: O. Noak, Baumschulenstr. 28.
„ Rudow: R. Feldner.

Aufruf an die Arbeiter Deutschlands!

Daß wir Nürnberger Former in unseren Bestrebungen gegen die Absichten des Industrieverbandes, betreffs Einführung der Akkordarbeit in ihren Gießereien auf heftigen Widerstand stoßen, war voraussichtlich, daß aber mit solchen Kraftanstrengungen von seiten des Industrievereins gearbeitet wird, giebt uns den Beweis, daß man zuerst bestrebt ist, uns als die bestvereinte Organisation eine Niederlage beizubringen.

Arbeiter, Berufsgenossen! Schon von jeher betrachten wir die Akkordarbeit als Mordarbeit. Darum sind wir der Ueberzeugung, daß wir die Sympathie aller zielbewußten Arbeiter auf uns vereinigen. Da sich die friedlichen Unterhandlungen von unserer Seite als erfolglos zeigten, traten nun am 15. Januar ca. 100 Former in den Ausstand, darunter 57 verheirathete, die Ernährer von 135 Kindern sind. Trotzdem also die Lage eine ernste, traten wir muthig ein in den Lohnkampf, wissend, daß die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft uns sicher ist. Arbeiter! Kollegen! Bedenkt, daß es sich hier in erster Linie darum handelt, die Organisation aufrecht zu erhalten; einem eigenen Ausspruch des Fabrikanten zufolge soll erst die unsrige vernichtet werden, dann aber wird auch der Kampf gegen die anderen eröffnet werden. Darum, Arbeiter Deutschlands, helft uns die Angriffe der Fabrikanten zurückschlagen, indem Ihr uns Unterstützungen zuwendet. Alle Sendungen sind zu richten an die Streik-Kommission, Gasthaus zum wilden Mann. Nürnberg.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zur Schuhmacherbewegung. Das „Schuhmacher-Fachblatt“ enthält einen längeren Artikel über die Vorgänge in der Schuhmacherbewegung. Wir entnehmen demselben denjenigen Theil, der über die schnelle und prompte Erledigung des Streiks in der „Fürstenheimschen Schuhfabrik“ berichtet. Derselbe wurde beendigt durch Vermittlung, die von seiten der Arbeiter angestrebt worden war, ohne daß diese sich deshalb eine Blöße gegeben hätten. In besagtem Bericht heißt es:

„Welchen Werth die Organisation des Vereins deutscher Schuhmacher hat, dafür liefert der Streik in Berlin einen neuen Beweis. Die Kollegen der Fürstenheimschen Schuhfabrik (ca. 65 an der Zahl) hatten wegen Lohnreduktion die Arbeit eingestellt. Kollege Bock, welcher den Streikenden Geld überbrachte, frug, ob es nicht rathsam sei, bei dem Fabrikanten anzufragen, ob er mit ihm — als Schiedsrichter — verhandeln wolle. Das wurde bereitwilligst zugesagt, und nach einer mehrstündigen Verhandlung war der Streik beigelegt. Die Lohnreduktion wurde im allgemeinen zurückgenommen, an einigen Posten fünf Pfennige abgezogen, dafür an eben so viel Artikeln fünf Pfennige zugelegt. Die Zwicker erlangten allerdings nur eine geringe Lohnerhöhung und fortan Entschädigung der Teakse. Schließlich gaben sich Herr Fürstenheim und Bock, sowie die Kommission das Ehrenwort, in einem Jahre weder Lohnerhöhung noch Lohnreduktion eintreten zu lassen.

Wir meinen, das zeugt deutlich den Werth unseres Vereins, und diesen Werth vermögen die Schimpfereien und Verdächtigungen der Lokalen und Unabhängigen auch nicht im mindesten zu beeinträchtigen. Die wieder in kräftigem Aufschwunge begriffene Bewegung zu gunsten des Vereins ist der beste Beweis dafür. Würde es Herrn Fürstenheim eingefallen sein, mit Bock und der Kommission zu verhandeln, wenn er nicht gewußt hätte, daß hinter diesen der Verein mit seinen über 10 000 Mitgliedern, seiner Kasse und seinem Fonds stände? Ganz gewiß nicht. In unseren wirthschaftlichen Kämpfen der Gegenwart entscheidet nicht die Barmherzigkeit und die Gerechtigkeit, sondern Macht zu Macht. Eine zentrale Vereinigung der Arbeiter einer Branche ist aber eine jedenfalls respektablere Macht als ein Lokalorganisätionchen mit ein paar Dutzend Mitgliedern. Es wird hohe Zeit, daß dies die Kollegen überall einsehen.“

Herr Kreisvikar König in Bunzlau sendet uns eine Berichtigung der in Nr. 14. d. Bl. von uns veröffentlichten Aeußerung des betreffenden Herren, die er (wir zitirten nach dem „Proletarier“) in einer Volksversammlung in Haynau gethan haben sollte. Herr König schreibt:

„Ich habe nicht, wie es in einer der letzten Nummern dieses Blattes heißt, in dem von mir im Katholischen Volksverein zu Haynau gehaltenen Vortrage die Aeußerung gethan: Die Sozialdemokratie muß so schnell wie möglich durch das Militär mit Pulver und Blei aus der Welt geschafft werden, sondern ich habe gesagt: Zwar ist die Armee theilweise vom sozialdemokratischen Geist angehaucht, allein, wenn es zum Kampfe käme, würde sich die Sozialdemokratie an der deutschen Heeresdisziplin den Kopf zerschellen und dies um so mehr, je eher die Sozialdemokratie den Kampf wage. Also mögen sie nur kommen!“ — Dies zur Berichtigung.

Wenn auch nicht dem Wortlaute nach, wohl aber dem Sinne nach, ist die zweite Lesart der ersten ganz ähnlich; es gleicht einer Herausforderung an die Herrschenden, den Kampf recht bald herbeizuführen und das von einem Apostel der „christlichen Liebe.“ Redaktion.

Zum Streik der Wiener Gummi-Arbeiter wird uns von dort durch ein Privattelegramm mitgetheilt, daß hundert Arbeiter dieser Branche im Streik stehen. Das Telegramm besagt weiter, daß der Geist der Streikenden ein guter, daß aber die Geldmittel sehr geringe sind, weshalb um Unterstützung dringend gebeten wird. Sendungen sind zu richten: Wien-Breitensee, Bätteldorferstr. 9.

Das System der „Schwarzen Listen“ wird im Lande der „Sozialreform“ und „kaiserlichen Botschaften“ zu immer größerer Blüthe gebracht. Ein Zimmermeister Raupp in Stuttgart versandte folgendes sogenannte Zirkular an seine Kollegen, die Bau- und Zimmermeister von Stuttgart:

Stuttgart, den 28. Dezember 1893.

P. P.

Erlaube mir, hiermit ergebenst, Ihnen anbei ein Verzeichniß von 11 Zimmerleuten einzuhändigen, welche ich wegen theilweisen Arbeitsmangel und sonstigen Gründen entließ. Stadelmaier und Fäckler als Hauptagitatoren stifteten die Uebrigen auf, in corpore zu bleiben, um für die Zeit, zum Werkzeug abgeben, mich beim Gewerbegericht wegen Zeitversäumniß für einen Tag zu belangen. Ich wurde auch wirklich bei der zweiten Verhandlung zu einem ½ Tag und die hälftige Kosten verurtheilt. Indem sich dieselben noch sonstige Auslassungen zu Schulden kommen ließen, möchte ich die Herren Kollegen und Baumeister warnen und höflichst bitten, solche Leute von Zimmerleuten fernzuhalten.

Hochachtend

Hierauf folgen die elf Namen der Entlassenen. Bei der Verhandlung auf dem Gewerbegericht hatte sich u. a. herausgestellt, daß der „arbeiterfreundliche Meister“, wie er sich selbst nannte, seine Arbeiter mit 50 Pfg. „Schmausgeld“ abgefunden hatte, während der von dem Bauherrn für die Arbeiter an seinem Bau gespendete Betrag 2,50 M. pro Mann ausgemacht haben würde. Es geht doch nichts über die „Arbeiterfreundlichkeit“, besonders dann, wenn sie etwas einbringt. Freilich, nachdem in den staatlichen „Musterbetrieben“ in bezug auf die schwarzen Listen mit so gutem Beispiel vorangegangen wird, kann es nicht Wunder nehmen, wenn private Unternehmer verständnißinnig diesem folgen.

Der Ruhetag für Ladengeschäfte und Wirthschaften in St. Gallen (Schweiz). Das Polizei- und Militärdepartement des Kantons St. Gallen hat an die Ladeninhaber und Wirthschaftsbesitzer folgendes Kreisschreiben erlassen:

„Das mit dem 1. d. M. in Anwendung stehende Gesetz betreffend Schutz der Arbeiterinnen und die Arbeit der Bediensteten der Ladengeschäfte und Wirthschaften vom 26. Juni 1893 bestimmt in Art. 11:

„Die wesentlich für den Betrieb von Wirthschaften und Gasthäusern angestellten Personen können, soweit es zur Bedienung der Gäste nöthig ist, Abends bis zur Polizeistunde und bei Freinächten auch über dieselbe hinaus beschäftigt werden. Doch ist ihnen in allen Fällen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gestatten.

Sofern denselben der Sonntag aus Rücksichten auf den Betrieb nicht freigegeben werden kann, ist ihnen während der Woche ein halber Freitag zu gewähren. Für Kuranstalten können vom Regierungsrath während der Sommermonate Ausnahmen gestattet werden. Mädchen unter 18 Jahren, die nicht zur Familie des Wirthes gehören, dürfen zur ständigen Bedienung nicht verwendet werden.“ Wir machen Sie hiermit ausdrücklich auf diese Gesetzesbestimmung aufmerksam und erwarten deren strikte Nachachtung. Zuwiderhandlungen gegen dieselbe werden gemäß Art. 13 des genannten Gesetzes entweder polizeilich oder gerichtlich bestraft.

Wirthschaften, die, wie es auf dem Lande oft vorkommt, nur von den Wirthsleuten und etwa einem Dienstboten besorgt werden, bei denen also nicht von „wesentlich für den Betrieb von Wirthschaften und Gasthäusern angestellten Personen (Kellner, Kellnerinnen) gesprochen werden kann, bleiben von dieser neuen Gesetzbestimmung unberührt.“ — Ist's auch wenig, was hier für die Laden- und Wirthschaftsbediensteten geschieht, so ist es doch angesichts der Thatsache, daß gerade diese Kategorie von Arbeitern es sich bisher gefallen lassen mußte, daß ihre Arbeitszeit beliebig ausgedehnt wurde, ohne auch nur im Geringsten für die Mehrarbeit entschädigt zu werden, doch ein nicht unbedeutender Fortschritt, der hoffentlich noch weitere im Gefolge haben wird.

Ueber die Pensionsverhältnisse der Beamten der sächsischen Staatsbahn wird neuerdings wieder lebhafte Klage geführt, weil die sächsischen Eisenbahnbeamten gegen andere Beamtengruppen höchst ungünstig gestellt sind. Im Staatseisenbahn-Personal erhalten Leute erst nach 12 oder 15 Dienstjahren eine Anstellung mit Pensionsberechtigung, so daß viele erst im Alter von 40 Jahren die Beamtenqualität erhalten und im Alter von 65 Jahren nur eine geringe Zahl von Dienstjahren aufweisen können, also auch nur eine geringe Pension empfangen, während bei den Militäranwärtern die Pensionsdienstjahre oft schon vom 18. oder 20. Lebensjahre an in Anrechnung gelangen. Dies zweierlei Maß ist ungerecht oder doch unbillig. Auch der Eisenbahnbeamte ist nicht nur seines Lohnes, sondern auch einer gerechten und dankbaren Pension werth. Ob Militäranwärter oder nicht, als Beamte müssen beide Kategorien gleichmäßig behandelt werden.

Eine Petition des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter wird demnächst den Landtag beschäftigen. Gefordert wird in erster Linie eine Vermehrung des jetzigen Berg-Inspektionspersonals in der Weise, daß den zur Zeit amtirenden fünf Berginspektoren je zwei, mindestens aber je ein Beamter mit vorwiegend praktischer Erfahrung, d. h. Männer aus dem Bergarbeiterstande, als Assistenten beigegeben werden sollen, die in geheimer Abstimmung von den Arbeitern selbst zu wählen sind. Ferner wird für alle Bergwerke mit einer Temperatur von über 28 Grad die Einführung sechsstündiger Schichten gefordert, auch verlangen die Bergarbeiter für alle Bergwerke die obligatorische Einführung von Mannschaftsbädern, die gesetzliche Abschaffung der Akkordarbeit und den Wegfall der Arbeitsbücher. Zur Beleuchtung der bestehenden Zustände wird in der Petition u. a. darauf hingewiesen, daß in dem v. Arnim'schen Kohlenwerke im Zwickauer Revier die Bergarbeiter zur Zeit bei einer Temperatur bis über 40 Grad Celsius zu einer 10- bis 12stündigen Arbeitszeit verpflichtet sind. —

Der folgende Abschnitt der Petition verlangt gie Einführung der achtstündigen Schicht inkl. Ein- und Ausfahrt, achttägige Lohnzahlung bezw. Abschlagszahlung, und zwar soll dieselbe an jedem Freitag erfolgen, obligatorische Einführung von Lohnzetteln, aus denen die Arbeiter die Anzahl der verfahrenen Schichten, Lohnhöhe, Strafen, Abzüge ꝛc. ersehen können, und schließlich die Aufnahme einer Bestimmung im A.-B.-G., wonach die höchste zulässige Strafe einen einfachen Schichtlohn nicht übersteigen darf. Mit dieser Forderung in Verbindung steht das Verlangen der wöchentlichen Lohnauszahlung. Gegen diese wenden die Herren Grubenbesitzer ein, daß es den „Sparsinn fördere“, wenn die Arbeiter größere Summen auf einmal ausgezahlt erhalten. In Wahrheit werden die Bergleute durch die langen Lohnzahlungsperioden sehr geschädigt, denn sie verfallen unter den jetzt obwaltenden Umständen nur zu leicht dem Kleinwucher; sie sind fast stets gezwungen, ihre Waaren auf Pump zu entnehmen, wodurch diese unnöthig vertheuert werden. Des weiteren verlangen die Bergleute die Aufhebung der Entlassungsparagraphen. Die Fassung dieser Paragraphen ist eine solche, daß sich jeden Augenblick ein Vergehen, auch für den tüchtigsten Arbeiter, daraus konstruiren läßt. Diese Entlassung, welche auf einen der 11 Paragraphen hin geschehen ist, bedeutet nun gerade das allerungerechteste gegen den armen Bergmann. Nicht allein, daß der Entlassene brotlos geworden, bestimmt ferner auch das Berggesetz, daß er, weil er auf grund dieser famosen Entlassungsparagraphen die Arbeit einstellen mußte, der von ihm an die Knappschaftskasse geleisteten Beiträge verlustig gehe. Diese drakonischen Bestimmungen verlangen die Bergleute aufgehoben zu wissen. Sie verlangen, daß jeder Bergarbeiter, der zusammen zwei Jahre Mitglied der verschiedensten Pensionskassen war, die Garantie haben müsse, den vollen Betrag seiner Beisteuer an die Knappschaftskasse bei seinem Abgang zurück zu erhalten, gleichviel, ob er selbst gegangen oder entlassen worden.

Schließlich wird in der Petition als letzte Forderung die Einführung einer Berufungsinstanz für Bergschiedsgerichte verlangt. — Ob der sächsische Landtag den berechtigten Klagen der Bergarbeiter Rechnung tragen wird? Angesichts der Thatsache, daß die in der Petition gerügten Mißstände ebenso alte als schwere sind, daß sie schon so oft vergeblich den Gesetzesmachern vorgetragen wurden, wagen wir es kaum zu hoffen. Täuschen wir uns, um so besser für die Bergleute. Geschieht wiederum nichts für diejenigen Arbeiter, deren Thätigkeit mit zu der nutzbringendsten gehört, die in steter Lebensgefahr ihren schweren Beruf ausüben, so werden dieselben aus dem arbeiterfeindlichen Verhalten der Mehrheitsparteien die richtigen Konsequenzen zu ziehen wissen.

Zur Bildungsförderung des Bürgerthums. An die Kopenhagener Stadtvertretung war kürzlich der Antrag gestellt, den Lehrplan der Freischulen zu erweitern oder die höheren Volksschulen ebenfalls zu Freischulen zu machen. Es giebt in Kopenhagen nämlich zwei Arten von Volksschulen, solche, in denen man monatlich eine Krone Schulgeld zahlen muß, und solche, in denen gar kein Schulgeld verlangt wird. Diese letzteren haben eine erheblich geringere Zahl von Unterrichtsstunden und einen dementsprechend beschränkteren Lehrplan. Von den 33 000 Volksschülern der dänischen Residenz sind aber nahezu 25 000 auf diese letzteren angewiesen. Vergeblich wurde von den Stadtvätern darauf hingewiesen, daß es ein Unrecht sei, in den Zeiten des Schulzwanges einem großen Theile der Jugend eine so unvollkommene Unterweisung zu geben, daß die Aufhebung des Schulgeldes in den höheren Volksschulen höchstens einen Jahresausfall von 120 000 Kronen bedeuten würde, eine Summe, die für eine Stadt wie Kopenhagen doch gar nicht in Betracht kommen könne, alles, was die Linke erreichen konnte, war eine kleine Vermehrung der Unterrichtsstunden in den Freischulen, denn die Bourgeoisie, die sich so gern als Verbreiterin der Bildung und Kultur aufspielt, wird eben überall bildungsfeindlich, sobald es sich um das „Volk“ handelt, da es fürchtet, dasselbe könnte allzu klug werden. Die Bildung muß eben Monopol der besitzenden Klassen bleiben!

Versammlungen.

Die öffentliche Volksversammlung, welche am 22. d. M. im 6. Wahlkreise (Moabit, Arend's Brauerei) tagte, war ungewöhnlich zahlreich, von mehr denn 1000 Personen besucht. Es sprach Reichstags-Abgeordneter Molkenbuhr über: „Der jetzige Reichstag und die deutsche Sozialdemokratie.“ In seinem Vortrage erörterte der Referent die vergeblichen Bestrebungen der daran interessirten Parteien, durch gesetzliche Maßnahmen den Mittelstand, den Handwerker- und kleinen Gewerbestand, zu erhalten, die lediglich darauf hinausliefen, die heutige schöne Gesellschaftsordnung künstlich zu befestigen; zeigte, wie gerade diejenigen, welche sich heute als „Bauernfreunde“ aufspielen, gerade dieselben seien, welche den Bauernstand ruinirt haben. Der Großbetrieb würde indessen ebenso, wie den industriellen auch den landwirthschaftlichen Mittelstand, den Bauernstand, zu Grunde richten. Der Vortragende ging sodann auf den allgemein herrschenden Nothstand und dessen Ursachen ein. Als ein Mittel, innerhalb der heutigen Verhältnisse den Nothstand zu lindern, bezeichnete er die Hebung der Konsumtionsfähigkeit der breiten Volksschichten, die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit, die Erweiterung des Koalitionsrechtes, durch eine Ausdehnung der Arbeiterschutz-Gesetze. Zur Anwendung dieser Mittel zeigten die herrschenden Parteien indessen keine Neigung. Ihre ultima ratio bilden Polizei und Militär. Der Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft würde jedoch weniger durch einen äußeren Ansturm, sondern durch ihre innere Fäulniß erfolgen. Und hiergegen würden Bajonnette wenig nützen. Zur Aufrechterhaltung der heutigen Gesellschaft müsse auch die Anarchisterei dienen, indem deren wahnsinnige Thaten die Gelegenheit zu einem großen Koup herbeiführen sollen. Die proletarische Bewegung würde aber durch alle reaktionären Maßnahmen nicht aufgehalten werden. Das habe die deutsche Sozialdemokratie zur Genüge bewiesen. Und die Sozialdemokratie sei auch die einzige Partei, welche eine entgiltige Besserung der Verhältnisse herbeizuführen vermöge. Ohne Diskussion nahm die Versammlung gegen eine Stimme eine Resolution an, in welcher sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten aufforderte, alles daran zu setzen, daß die Ziele der Sozialdemokratie baldmöglichst verwirklicht werden. Im Anschlusse hieran fand anläßlich des nicht anerkannten Nothstandes die Berliner Armenpflege eine charakteristische Beleuchtung, desgleichen die vorhandenen sanitären Mißstände.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein tagte am 10. Januar. Dr. Heymann hielt einen mit regem Interesse verfolgten Vortrag über das Thema: „Die Nervenschwäche der Menschen und die moderne Wirthschaftsordnung.“ Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und darauf zur Ersatzwahl einiger Vorstandsmitglieder geschritten. Gewählt wurden: Frl. Zareis 1. Kassirerin, Frau Krey 2. Kassirerin und Frau Kniffert Beisitzerin. Der Vorschlag, in jedem Vierteljahr einen geselligen Abend zu veranstalten, wurde angenommen und zur Ausführung dieses Beschlusses ein Komitee gewählt. Der hierauf verlesene Kassenbericht weist einen Bestand von 114,18 M. auf; darunter der Ueberschuß vom Stiftungsfest in Höhe von 106,80 M.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Stockarbeiter hielt am 14. d. Mts. eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst gedachte der Vorsitzende des im vorigen Jahre verstorbenen Kollegen Robert Mitzner und ehrte die Versammlung dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen. Hierauf hielt Genosse A. Hoffmann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Das moderne Raubritterthum“. Sodann wurde der Kassenbericht verlesen, der einen gegenwärtigen Bestand von 89,55 M. aufweist. Ein Antrag, an stelle des erkrankten Kassirers dessen Vertreter die Geschäfte mit sämmtlichem Material und Baarbestand bis zur nächsten Neuwahl des Vorstandes zu übertragen, wurde nach kurzer Debatte angenommen. Den streikenden Schuhmachern bewilligte die Versammlung 10 M. Unterstützung. Nach einem Hinweis auf die von der Agitationskommission einberufene Versammlung am 11. Februar schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Filiale Berlin des Verbandes der Vergolder hielt am 15. Januar ihre Generalversammlung ab. Der Vorsitzende legte den Rechenschaftsbericht für 1893 vor, dem zu entnehmen ist, daß im letzten Jahre 13 Vorstandssitzungen, 2 Generalversammlungen und 10 Monatsversammlungen stattgefunden haben. Vorträge wurden 7 gehalten. Anfangs des Jahres sind laut Beschluß der Filialversammlung Fragebogen ausgegeben behufs Sammlung von Unterschriften derjenigen, welche gewillt waren, in einen Lohnkampf einzutreten. Die Majorität der Kollegen sprach sich für eine Lohnbewegung aus; die Vorbereitungen nahmen aber zu viel Zeit in Anspruch, so daß die Fabrikanten während dieser Zeit sich genügend versichern konnten. Um nun einer Niederlage auszuweichen, wurde die Ausführung des Vorhabens auf eine günstigere Zeit verschoben. Der Arbeitsnachweis wurde benutzt von 35 Barockvergoldern; verlangt wurden 19, erledigt 16. Ferner von 12 Versilberern, davon verlangt 7, erledigt 5. Von den 12 Farbigmachern wurden 7 verlangt, 5 erledigt. Den 2 Grundirern und dem Packer konnte keine Beschäftigung nachgewiesen werden. Seitens des Kassirers wurden 8923 Beitragsmarken verkauft gleich 1338,45 M. Eingetreten in die Filiale sind 822 Kollegen, ausgeschieden 62. Hierauf legte der Kassirer den Kassenbericht vom 4. Quartal vor. Die Einnahme betrug 598,60 M., die Ausgabe 504,86 M.; mithin ein Kassenbestand von 93,74 M. Ueber die Matinée legte Lischke die Abrechnung vor, die seitens des Vorstandes als richtig anerkannt wurde. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen hervor: 1. Vorsitzender H. Namlow, Schönhauser Allee 135, 2. Vorsitzender Schnorre, Schriftführer Emil Schmidt, Kassirer Richard Möhring, Manteuffelstr. 109 II, Beisitzer Otto Gericke. Zu Revisoren wurden gewählt Ernst Lange, Wilh. Schütte, Emil Krüger; zum Bibliothekar Oskar Jache. Für die in den mechanischen Schuhfabriken Streikenden wurden 30 M. bewilligt. Ein Antrag, die streikenden Droschkenkutscher zu unterstützen, wurde abgelehnt, weil der Delegirte der Gewerkschaftskommission erklärte, sie hätten sich noch nicht an die Kommission gewendet. Eine rege Debatte entspann sich wegen des Arbeitsnachweises. Hierzu lagen verschiedene Vorschläge vor. Angenommen wurde, die Anzeigen des Arbeitsnachweises wie bisher in der „Volks-Zeitung“ zu belassen. Ein Antrag, daß arbeitslose Mitglieder mit Familie freien Eintritt beim Stiftungsfest haben sollen, gelangte zur Annahme.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 15. d. M. eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung für den Norden ab, in der Kollege Sick in einem beifällig aufgenommenen Vortrag über das „Judenthum“ referirte. Hierauf erledigt die Versammlung mehrere Verwaltungsgeschäfte. In die Werkstatt-Kontrollkommission wurden gewählt die Tischler Müller, Stehlke, Wilke, Helbig, Boschinsky, die Drechsler Holtebel und Schmidt, sowie der Bürstenmacher Wiese. Auf Antrag Kantius wurde beschlossen, regelmäßig jeden Montag nach dem ersten, abwechselnd im Kolberger Salon und in Keller's Salon, eine Bezirksversammlung abzuhalten. Die Ueberstunden-Arbeit in der Werkstatt bei Thierbach giebt Veranlassung zu einer längeren Debatte und wird die Angelegenheit zur Zufriedenheit der Versammlung erledigt. Zum Schluß wurde jedem anheim gegeben, dafür Sorge zu tragen, daß die statistischen Fragebogen gewissenhaft ausgefüllt werden, um sie möglichst schnell auf den Zahlstellen abzuliefern.

Die Freie Kranken- und Begräbnißkasse der Schuhmacher und Berufsgenossen (E. H. 27) hielt am 15. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Der Kassirer Schulz verliest zunächst den Kassenbericht. Danach war ein Baarbestand von 329,95 M. zu verzeichnen und außerdem befanden sich 7981,80 M. im Reservefonds. Am 1. Januar 1894 ist ein Baarbestand von 574,48 M. und der in Staatspapieren angelegte Reservefonds von 10 062,05 M. vorhanden. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der seitherige Vorstand, Ege, Vorsitzender, Härling, Schriftführer, und Schulze, Kassirer, wiedergewählt. Als Unterstützung wird für Versicherungspflichtige 10,50 M., Arzt und Medizin, für Nichtversicherungspflichtige 15,22 M. die Woche bezahlt.

Der Verband deutscher Kürschner hielt am Montag, den 15. Januar, seine monatliche Mitgliederversammlung ab. Zunächst berichtete Kollege Hübner über seine Breslauer Agitationstour. Die Breslauer Kollegen wollen nach der Schilderung des Redners vom Verbande nichts wissen. Sie befinden sich vielmehr im Fahrwasser der Hirsch-Dunckerschen Vereine, trotzdem dort jüngere Kollegen nur 8 bis 9, ältere höchstens 18 bis 20 M. Lohn verdienen. Hierauf brachte Kollege Hübner die Abrechnung vom 3. Quartal zur Verlesung. Dieselbe ergab eine Einnahme von 148,45 M. und eine Ausgabe von 156,75 M.; mithin ist ein Defizit von 8,30 M. vorhanden. Sodann wurde eine Kommission gewählt, die die Aufgabe erhielt, die Statuten zu berathen und Anträge zum Verbandstage auszuarbeiten. Zum Berichterstatter für den Zentral-Arbeitsnachweis wurde Kollege Thomsen gewählt. Schließlich wurde beschlossen, 100 Vereinsbillets der Urania für den Gebrauch der Mitglieder zu nehmen. In einer der nächsten Versammlungen soll auf Antrag des

Kollegen Thomsen ein Vortrag über Unfallversicherung gehalten werden.

Der Verein der gewerblichen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte sich in seiner Generalversammlung am 16. Januar zunächst mit dem von dem Kollegen Arndt eingebrachten Antrag betreffend die Namensänderung des Vereins. Nach Begründung dieses Antrages von seiten des Antragstellers, sprachen sich auch in der Diskussion die Redner zustimmend zu dem Antrag aus und wird sodann folgende Fassung angenommen: Allgemeiner Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein aller Branchen für Berlin und Umgegend. Die beantragte Statutenänderung wurde einer Kommission von 6 Mitgliedern überwiesen, die sich im Verein mit dem Vorstande dieser Aufgabe unterziehen soll. Von einer Kollegin wurde der Antrag gestellt, einen Bibliothekar zu wählen, da sich Niemand bereit erklärte, das Amt anzunehmen, meldete sich Kollege Riedel freiwillig dazu. Kollege Läpple wollte richtiggestellt haben, daß die ihm früher bewilligte Mark für je eine Ausschußsitzung von der Gewerkschaft nicht mehr bezahlt ist.

Im Fachverein der Tapezierer referirte am 16. Januar Kollege Goschke über den „Generalstreik". Redner sucht in längeren Ausführungen die Möglichkeit und den Nutzen des Generalstreiks nachzuweisen. Den Ausführungen des Redners schloß sich eine recht lebhafte Debatte an. Unter Vereinsangelegenheiten stellt Feder den Antrag, den streikenden Schuhmachern 20 Mark zu bewilligen, die Versammlung stimmte dem zu.

Die Freie Vereinigung der Bureau-Angestellten hielt am 17. d. Mts. im Restaurant „Zur neuen Post", Beuthstraße, eine Vereinsversammlung ab. Nach einem kurzen Vortrage des Kollegen Hopp über das Wesen der Schreibmaschine, worin derselbe nochmals diejenige Stellung präzisirt, die der Maschine von unserer Vereinigung gegenüber einzunehmen ist und womit sich die Vereinigung bereits mehrere Male befaßte, folgte eine lebhafte Debatte. Die Anwesenden erklärten sich schließlich mit den Ausführungen des Redners einverstanden, sie erblicken in der Einführung der Maschine einen Ansporn zum energischen Eintreten für eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden. Kollege Baudouin hält darauf einen Vortrag über die am 9. d. M. beim Unterstaatssekretär von Rottenburg stattgehabte Konferenz, über deren Verlauf der „Vorwärts" bereits berichtet hat. In der öffentlichen Versammlung am 6. Februar soll das Ergebniß der Konferenz noch einmal veröffentlicht und die weiteren Schritte berathen werden.

Eine Branchenversammlung der Mechaniker vom Verbande aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter für Berlin und Umgegend tagte am 18. d. M. Genosse Mattutat hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die Segnungen der modernen Kultur." Nach demselben forderte der Vorsitzende die anwesenden Nichtmitglieder auf, dem Verbande beizutreten, indem er ihnen Zweck und Ziele des Verbandes klar legte. Die Kollegen der Firma „Mix u. Genest" schildern verschiedene Mißstände, die gegenwärtig in ihrer Fabrik herrschen. Dann beschließt die Versammlung, beim Vorstande zu beantragen, die streikenden Schuhmacher mit 100 M. zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit wird das Verhalten des Abgeordneten Bock (Gotha) den streikenden Schuhmachern gegenüber einer scharfen Kritik unterzogen.

Die Photographen hatten am 19. Januar eine öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Fritz Hansen über die „Sonntagsruhe der Photographen" referirte. Redner übte nach einem kurzen Hinweis auf die Vorgeschichte des Arbeiterschutz-Gesetzes scharfe Kritik an dem System von Ausnahmen, mit welchem das Recht der Arbeiter auf Sonntagsruhe umgeben ist. Er geißelte die kurzsichtige Agitation des profitwüthigen Unternehmerthums gegen das Inkrafttreten der Sonntagsruhe-Bestimmungen für das Gewerbe und that im Besonderen die Haltlosigkeit der von den Photographen-Prinzipalen unter Führung des Herrn Schwier gemachten Einwürfe dar, die freilich den preußischen Handelsminister veranlaßt haben, den Prinzipalen, ohne deswegen sich zunächst noch an die Gehilfen zu wenden, sofort die Zubilligung des § 105e zu versprechen und ferner zu erklären, daß die Prinzipale nicht nur selbst am Sonntag würden arbeiten dürfen, sondern auch von ihren Gehilfen dies verlangen könnten für am Sonnabend nicht fertig gewordene Arbeiten. So berichtet wenigstens Herr Schwier in der „Deutschen Photographen-Zeitung". Sollte es der Minister wirklich ausgesprochen haben, so enthalte das eine Gesetzesverletzung, denn das sog. Arbeiterschutz-Gesetz spreche eine Verpflichtung der Arbeiter zur Thätigkeit am Sonntag nur für Arbeiten aus, die an Werktagen nicht verrichtet werden können. Referent räumte ein, daß eine vollständige Sonntagsruhe im Photographen-Gewerbe einstweilen nicht durchführbar ist, forderte aber, daß höchstens die Empfangsdamen und Operateure etwa fünf Stunden (von 10 bis 3 Uhr) beschäftigt werden, während für die Retoucheure und Kopirer die Sonntagsarbeit vermieden werden kann. Zur Diskussion, die nach diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen eröffnet wurde, meldete sich Niemand zum Wort. In einer Resolution erklärte sich die Versammlung aber einstimmig mit dem Referenten einverstanden und protestirte dagegen, daß die Prinzipals-Abordnung beim Minister sich auch als Vertreter der Gehilfen aufspielte, und ferner gegen die Zumuthungen, welche der Minister in seinen Versprechungen an die Prinzipale den Gehilfen geboten hat.

Genosse Hansen referirte hierauf über die Frage: „Was leisten die bestehenden Gehilfenvereine?" In der Diskussion forderten die Redner, welche das Wort nahmen, sämmtlich ihre Kollegen auf, sich dem Fachverein anzuschließen. Genosse Hansen erwähnte noch, daß in einem hiesigen großen Atelier den Gehilfen für 80 Ueberstunden zu Weihnachten ganze 10 Mark Gratifikation gewährt worden sind. An die Anwesenden erging dann die Aufforderung, die statistischen Fragebogen genügend auszufüllen. Auf Grund des Ergebnisses derselben soll auch an den Minister eine Eingabe wegen der Sonntagsruhe gemacht werden, worüber noch eine Versammlung beschließen soll.

In der öffentlichen Böttcher-Versammlung vom 20. Jan. hielt der Reichstags-Abgeordnete Wurm einen sehr interessanten Vortrag über: „Der Einfluß der Spiritussteuer auf das Böttchergewerbe". Nachdem der Redner in treffender Weise die Schädlichkeit der Bismarck'schen Schutzzollpolitik geschildert, behandelte derselbe das Entstehen und Wachsen der Spiritusindustrie, die aus einem Nebenerwerb allmälig, begünstigt durch äußere Umstände, sich zu einem beachtenswerthen Faktor im Wirthschaftsleben entwickelt hatte. Da kam mit dem Beginn der Schutzzoll-Aera auch der Niedergang dieser Industrie, die jetzt von Rußland weit überholt, fort und fort gesunken ist. Der Export in Spiritus betrug im Jahre 1883 noch 87 Millionen, im Jahre 1893 dagegen nur noch 6 Millionen Mark. — Die Liebesgabe von 40 Millionen zahlen die Aermsten der Armen zur größeren Hälfte, da sie den meisten Fusel konsumiren; währenddem steckt ein Brenner Tausende als Subvention in die Tasche. Auch die Böttcher haben durch die Politik, die Deutschland vom ausländischen Markte vertrieben, schwer gelitten; aber sie haben den Gegensatz erkannt, der das Interesse der Kapitalisten von dem der Arbeiter scheidet. Die Vortheile der verbesserten Produktion fallen allesammt dem Unternehmer zu, der Arbeiter hingegen muß die Nachtheile in Gestalt verkürzten Lohnes und vermehrter Arbeitslosigkeit geduldig auf sich nehmen. Dem Vortrage, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, folgte eine Diskussion, an welcher Winter, Stabernack und Metzner theilnahmen. — Kollege Winkelmann erstattete hierauf Bericht aus der Gewerkschafts-Kommission, was ebenfalls zu einer längeren, mehr persönlichen, Debatte Veranlassung gab.

Die Lederarbeiter Berlins (Weißgerber, Lohgerber, Lederzurichter, Lederfärber und Berufsgenossen) hatten am 21. Januar eine öffentliche Versammlung, in der Genosse Hoffmann über den „Kampf ums Dasein" referirte. Redner forderte die Anwesenden auf, das bischen Recht, welches die herrschende Klasse den Arbeitern gelassen hat, auszunutzen, sich zu organisiren und aufzuklären über das Wesen des Sozialismus. Mit Beifall stimmte die Versammlung dem Referenten zu und eröffnete darauf der Vorsitzende über die Organisation der Lederarbeiter die Diskussion, die den bekannten Verlauf nahm: die Einen priesen den Fachverein der Berliner Lohgerber und Lederzurichter, die Anderen die Vortheile des Verbandes der Lederarbeiter Deutschlands und forderten die Kollegen vom Fachverein auf, dem Verband als Filiale beizutreten. Ein Beschluß wurde hierzu nicht gefaßt, auch von niemand gewünscht; die Sache soll vielmehr in einer nächsten öffentlichen Versammlung noch weiter ventilirt werden. Kollege Dudy gab hierauf folgenden Kassenbericht für die Zeit vom 15. Mai bis zum 25. November: Bestand war vorhanden 261,73 M., dazu kam eine Einnahme von 635,80 M., die Ausgabe betrug 779,85 M., es ist also ein Bestand von 117,68 M. verblieben. Unter Verschiedenem theilte Kollege Brinkmann namens der dazu gewählten Kommission mit, daß die Ausstellungen, welche bezüglich der Herberge gemacht waren, auf Erfindung beruhen. Die Herberge sei in sehr gutem Zustande.

Zu der von der Kommission des Arbeitervertreter-Vereins am 21. Januar nach den Konkordia-Festsälen einberufenen öffentlichen Versammlung sämmtlicher Krankenkassenmitglieder, zwecks Fortsetzung der Debatte vom 10. Dezember 1893 über „Zentralisation aller Orts-Krankenkassen Berlins und Umgegend", hatten sich diesmal zirka 1200 Personen eingefunden. Nach Verlesung des Berichtes über die vorige Versammlung („Vorwärts" vom 13. Dezember 1893) und der in derselben bereits eingegangenen Anträge durch den Vorsitzenden Dähne erhielten die noch eingezeichneten Redner zunächst das Wort. Ehrhardt (Allgemeine Orts-Krankenkasse) schilderte die ungünstigen finanziellen Verhältnisse seiner Kasse. Trotz unausgesetzter Erhöhung der Beiträge (jetzt 57 Pfg. die Woche) hätten sich die Leistungen der Kasse immer mehr und mehr verschlechtert. Er knüpfte an den Artikel in Nr. 14 des „Vorwärts" (18. Januar d. J.): „Die Zentralisation der Berliner Orts-Krankenkassen und die Apothekenfrage" an, den er für sehr beherzigenswerth erachtete, und sprach sich für baldige Errichtung eigener Apotheken aus. Eine Verquickung der freien Arztwahl mit der Zentralisation hielt er aber für unmöglich. Rückert wiederholte die allgemeinen Klagen über die schlechten finanziellen Verhältnisse der meisten Kassen, die nur durch Zentralisation derselben gehoben werden könnten. Die Kommission möge ein Programm ausarbeiten, das den Frühjahrs-Generalversammlungen der Delegirten vorgelegt und in allen Kassen zur Durchführung gebracht werden müsse. Meier (Maschinenbauer) äußerte, er war schon vor 16 Jahren Anhänger der damals ebenfalls projektirten Zentralisation, die aber infolge von Uneinigkeit der Kassenvertreter und des bald darauf erlassenen „Ausnahme-Gesetzes" leider nicht zustande kam. Die frühere Gegnerschaft der Aufsichtsbehörde sei inzwischen zu einem Wohlwollen (?!) für diesen Plan umgeschlagen. Sie wünscht sogar, daß sich die Köpfe der Arbeiter für diese Idee erwärmen. Gelegentlich einer Rücksprache mit einem höheren Regierungsbeamten (Geheimrath) habe er dies bestätigt erhalten. Die Sache sei sehr leicht zu regeln, wenn nur der gute Wille vorhanden wäre. Als Agitator halte er sich verpflichtet zu zentralisiren, was sich nur zentralisiren lasse und das sind dreierlei: politische, gewerkschaftliche und Krankenkassen-Organisationen. Redner ersucht um Wahl einer neuen Kommission, welche mit genügenden Mitteln ausgestattet, die Vorarbeiten in die Hand nehmen und in einer späteren Versammlung darüber Bericht erstatten soll. (Beifall.) Tannhausen (Sattlerkasse) bestritt zuvörderst dem ersten Redner gegenüber, daß es „eine sogenannte Elite der Arbeiter gebe, wie sie nach dessen Meinung die Versammlung repräsentire, (Sehr richtig) und kritisirte hierauf die Widersprüche im Krankenkassen-Gesetz bei Vertheilung der Lasten, aus welchen Ursachen er für eine Zentralisation plädire. Rühl rügte das Verhalten Meier's. Die Arbeiterschaft habe nicht nothwendig zu fragen, wie sich die Herren in den oberen Kreisen zu dieser oder jener Angelegenheit stellen. Man solle nicht bitten, wo man ein Recht zu fordern habe. (Beifall.) Adler (Brauerkasse) meinte, er sei früher ein Anhänger des Projekts der Kassenverbände gewesen, jedoch jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Zentralisation bedeutend höhere Vortheile biete. Eingehend schilderte er die Aufgaben, welche nach seiner Idee dieselbe zu erfüllen hätte. Außer dem Vorstande, zusammengesetzt aus Vertretern von allen Kassen, je nach deren Stärke, müßten nebenbei auch Fachkommissionen gebildet werden, denen die Aufgabe zufalle, eine Art Fabrikinspektion, mit der es bei uns bekanntlich sehr schlecht bestellt sei, dahin auszuüben, daß das bischen Arbeiterschutz, dessen sich die deutschen Arbeiter erfreuen, wenigstens in der Hauptstadt des Reiches zur That werde und die gleichzeitig auch die Vertretung der Rechte der Arbeiter bei Unfällen ꝛc. vor den Gerichten übernimmt. Auf diese Weise ausgebaut, bedeute die Zentralisation ein neues Machtmittel, von welchem die Arbeiterschaft um so mehr Gebrauch machen müsse, als ihr hierbei die Gesetzgebung zur Seite stehe, indem sie auf diesem Gebiete die Arbeiter (als Vorstände der Krankenkassen) mit den Befugnissen einer Behörde ausgestattet habe. Der Redner kritisirte dann an der Hand eines Berichtes in bürgerlichen Blättern mit beißender Ironie die Verhandlungen eines am 14. Januar in den „Königshallen", Königstraße 33, einberufenen „Kongresses von Beamten der Orts-Krankenkassen Deutschlands". Die organisirte, aufgeklärte Arbeiterschaft werde dafür sorgen, daß auch die Bäume dieser Leute nicht in den Himmel wachsen. (Lebhaftes Bravo.)

Feder (Tapezier) bekannte sich als Gegner der Zentralisation und nannte Adler's Pläne Luftgespinste. Die schlechte finanzielle Lage der Kassen sei nur die Folge der erbärmlichen Arbeitsverhältnisse, die nicht durch Zentralisation der Kassen, sondern durch Förderung der Gewerkschaftsbewegung auf lokaler Basis beseitigt werden könne. (Gelächter.) Lachen Sie nur, ich bin schon öfter ausgelacht worden. (Nochmaliges stürmisches Gelächter. Zuruf: Das wissen wir.)

Nachdem sich Meier noch gegen die Vorwürfe Rühl's vertheidigt hatte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte und hierauf folgende Resolution gegen nur etwa 30 Stimmen angenommen:

„In Erwägung, daß die Mitglieder der Orts-Krankenkassen ihre durch längere Mitgliedschaft erworbenen Rechte durch etwaigen Wechsel der Beschäftigung, da sie dann sofort Mitglieder der Kasse des betreffenden Berufs werden müssen, verlustig gehen; in fernerer Erwägung, daß durch Verschmelzung sämmtlicher Orts-Krankenkassen Berlins in eine einzige Orts-Krankenkasse für Berlin und Vororte dieses aber ausgeschlossen wäre und dadurch bessere Krankenkassen-Verhältnisse geschaffen würden, beschließt die heutige Versammlung von Mitgliedern sämmtlicher Orts-Krankenkassen, mit aller Energie für die Verwirklichung des geplanten Unternehmens einzutreten."

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte entschied sich die Versammlung für Wahl einer neungliedrigen Kommission zur Inangriffnahme der nöthigen Vorarbeiten. Gewählt wurden:

Aßmann (Maschinenbauerkasse), Jahns (Buchdruckerkasse), Adler (Brauerkasse), Tannhausen (Sattlerkasse), Pischel (Klempnerkasse), Rühl (Allgemeine Ortskasse), Dähne (Maurerkasse), Glöckner (Korbmacherkasse) und Maier (Tischlerkasse).

Frau Gubela gab bekannt, daß sich in Kürze eine öffentliche Volksversammlung mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der C. Bolle'schen Meierei (Klingel-Bolle) beschäftigen wird.

Schmidts forderte zum Schluß zur Unterstützung der streikenden Droschkenkutscher auf.

Die Zustände in der Orts-Krankenkasse für die Wäschefabrikation erörterte am 22. Januar eine öffentliche, gut besuchte Versammlung der Mitglieder dieser Kasse. E. Möhring referirte hierzu, indem er unter anderem bemerkte: Bei Philipsohn Löschziener wurde die Wahl von Delegirten in der Weise bewirkt, daß auf Anfrage des Chefs die Direktrice zwei Arbeiterinnen nannte, die sie für diese Funktion auserseheu hatte, und die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen fragte, ob sie nicht mit dieser Wahl einverstanden seien, worauf die Zustimmung erfolgte. Anträge um Unterstützung und Beschwerden gegen die Vereinsärzte sollen in bestimmten Fällen unterschlagen und nicht dem gesammten Vorstand, der aus 6 Arbeitern und 3 Unternehmern besteht, unterbreitet worden sein. In der Generalversammlung, in welcher Redner diese Beschwerden vorbringen wollte, waren Damen, z. B. eine Direktrice, anwesend, die garnicht Delegirte waren. Eine Feststellung der Legitimation der Anwesenden, wie er sie vorgenommen wissen wollte, lehnte der Vorsitzende ab. Dabei hatte die Kasse schon vor zwei Jahren ein Vermögen von 120 000 M. Redner rieth den Kassenmitgliedern schließlich, Beschwerden nicht mehr an den Vorstand, sondern sofort an die Verwaltungsbehörde zu richten. In der Diskussion wurden diese Mittheilungen nach verschiedenen Seiten noch ergänzt. Die drei Unternehmer-Mitglieder des Vorstandes und der Rendant Donath, welche brieflich zur Versammlung eingeladen waren, meldeten sich trotz der gegen sie vorgebrachten Angriffe nicht zum Worte. Der Referent bemerkte dann noch, daß der Vorstand der Ortskasse der Wäschebranche sich dem Boykott der Charitee noch nicht angeschlossen hat und schlug folgende Resolution vor: „Die Versammlung findet die Handlungsweise des Vorstandes sowie der angestellten Aerzte der Kasse den Mitgliedern gegenüber für verwerflich und skandalös und erklärt, daß der Vorstand des in ihm gesetzten Vertrauens nicht würdig ist." Die Versammlung nahm die Resolution einstimmig an.

In Schöneberg fand am 20. Januar eine gutbesuchte öffentliche Volksversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende, Genosse Hackelbusch, dem am Dienstag den 16. verstorbenen Genossen Freyer einen kurzen Nachruf. Genosse Freyer ist das Opfer seines Berufes geworden, er war Maurer, und stürzte vom Bau herab. Als treuer, tüchtiger Genosse kämpfte er schon unter dem Ausnahmegesetz mit und sein letzter Wunsch an die Genossen war, sie möchten in seinem Sinne weiterkämpfen. Ehre seinem Andenken! Genosse Freidank, Beisitzer des Schöneberger Gewerbegerichts, erstattete Bericht über die Thätigkeit desselben. Er erklärte, daß die meisten Klagefälle das Baugewerbe betrafen, zum weitaus größten Theil auch zu gunsten der Arbeiter entschieden wurden. Redner gab sodann bekannt, daß jetzt fünf Arbeiter-Beisitzer ausgeloost werden; Einer, der im Laufe des Jahres Arbeitgeber geworden, müsse ebenfalls austreten, so daß 6 Arbeiterbeisitzer zu wählen seien. Zu seinem nun folgenden Vortrage über die Gewerbegerichts-Wahl gab der Genosse Faber eingehende Erklärungen, wie sich die klagenden Genossen gegenüber den verschiedenen vorkommenden Fragen zu verhalten haben, hauptsächlich erklärte er die Anwendungen der §§ 123, 124 und 124 b, und gab auf an ihn gerichtete Fragen eingehenden Bescheid. Als Kandidaten zu Beisitzern des Gewerbegerichts wurden aufgestellt die Genossen Eichhorn, Sommer, Masow, Schubert, Weißgerber und Bäumler. Die Wahl der Beisitzer findet am 10. Februar (einem Sonnabend) im kleinen Saal des Lindenparks von 4—8 Uhr statt. Der Vorsitzende ermahnte die Genossen noch einmal daran, ihre Pflicht zu thun, auch die Wählerlisten einzusehen. Denen, welchen es an Zeit gebricht, solches selbst zu thun, stellen sich die Genossen Siegle, Radtke, Hoffmann, Hackelbusch und Freidank zur Verfügung. Genosse Hohlfeld beleuchtete die Vorgänge im Friedrichshain und den benachbarten Straßen, welche sich an die nicht stattgehabte Arbeitslosen-Versammlung anreihten, geißelte scharf das Verhalten des „Lokal-Anzeigers" dazu und gab seiner Meinung dahin Ausdruck, diejenigen nicht mehr als Genossen betrachten zu können, welche nach solchem Schlag in's Gesicht der Arbeiter dieses Schundblatt noch lesen. (Rufe: Sehr richtig!) Zum Schlusse stellte Genosse Gröpke richtig, daß die Arbeitslosen-Versammlung am Dienstag nicht auf Grund des § 55, wie irrthümlich der betreffende Bericht besagte, sondern auf Grund des § 5 Auflösung erfuhr. In Kürze wiederholte er die Ausführungen des Genossen Antrick, und sämmtliche Anwesenden verneinten einstimmig die Frage: ob die Ausführungen auch nur im entferntesten mit dem § 5, welchen er ebenfalls verlas, kollidiren. Redner forderte zur regen Theilnahme der am nächsten Dienstag stattfindenden Arbeitslosen-Versammlung auf und ermahnte alle, sich durch nichts provoziren zu lassen.

Oeffentliche Versammlung für Männer und Frauen heute, Mittwoch, den 24. Januar cr., Abends 8½ Uhr, bei Joel, Andreasstr. 21. Tagesordnung: Vortrag über: „Gesetzliche Gewissensfreiheit und thatsächliche Vergewaltigung". Referentin: Frl. Ida Altmann.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Mittwoch, den 24. Januar, Abends 8½ Uhr, Versammlung der Schleswig-Holsteiner mit Frauen im „Kommandanten-Garten", Kommandantenstr. 10—11. Abrechnung vom Sylvestervergnügen.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für die Kreise Wittenberg, Schweinitz, Torgau und Liebenwerda. Heute, Mittwoch, den 24. Januar, Abends pünktlich 8 Uhr, bei Lehmann, Neue Grünstr. 14, im Garten-Saal: General-Versammlung.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher (Filiale Norden). Versammlung heute, Mittwoch, den 24. Januar, Abends 10 Uhr, Brunnenstr. 34. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes. Vortrag über: „Das Trinkgeld-Unwesen". Diskussion. Aufnahme. Verschiedenes.

Dritter Wahlverein. Heute, Mittwoch, den 24. Jan., Abends 8½ Uhr, Versammlung im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Geschichte (mittl.). Ost-Schule, Markusstr. 21: Unterricht in Logik. Südost-Schule, Reichenbergerstraße 133: Unterricht in Rechnen und Deutsch (oberes). Bei allen Unterrichtsfächern können Schüler und Schülerinnen auch jetzt, im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. Johann Jacoby, bei Fritz Liebke, Schwedterstraße 23. — Gesundbrunnen, Abends 8½ Uhr, bei Haferland, Bellermannstr. 87. — Gleichheit, Abends 8½ Uhr bei Stramm, Ritterstraße 123. — Heine, Rixdorf Abends 8½ Uhr, Prinz-Handjerystr. 60, parterre. — Otto Reimer, bei A. Brosch, Wilhelmshavenerstr. 13. — Einigkeit, Abends 8½ Uhr bei Feige, Teltstraße 1.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 48, v. 2 Tr.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. **Mittwoch.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — Liedesfreiheit 1, Andreasstr. 26, bei Wilke. — Freya, (Gemischter Chor), Alte Schönhauserstraße 32—33, Bötzow's Brauerei. — Hilaritas, Hochstraße 32 a, bei Wilke. — Deutsche Eiche, Grüner Weg 29 bei Säger. — Echo 1 Pankow, Schulzestr. 27. — Steinmetzen, Flemmingstr. 8 bei Mann. — Lyra 1, Mariannen-Ufer 2 bei Wilke. — Hand in Hand 1, Reichenbergerstraße 16 bei Pohaide. — Schneeglöckchen 2, Potsdam, Brandenburger-Kommunikation 16, bei Glaser. — Unverdrossen, Abends 8½ Uhr, bei Sachs, Lindowerstr. 28. — Rütli, Friedenau im Kurhaus. — Vorwärts 5, Friedrichshagen, Rumbsheil, b. Lerche. — Lorbeerkranz, Lichtenbergerstr. 31 b. Heise. Südost 1, Köpenickerstr. 191, Restaurant Page. — Rothe Nelke, Schöneberg, Goltzstr. 43, bei Siegler. — Kupferschmiede, Weinstr. 11 bei Feind. — Concordia, Gitschinerstr. 65 bei Haase. — Deutscher Männersang, Belforterstr. 15, bei Schneider. — Freiheitsklänge, Alt-Jakobstr. 68. — Unverzagt 1 Manteuffelstraße bei Nowack. — Lorbeerkranz 2, Oranienstraße 190 bei Kutsch. — Liedeslust in Fürstenwalde bei Täschenberg, Junkerstraße 5. — Sängerchor der Maler, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Freiheits-Gruß, Schönhauser Allee 48, bei Busse. — Hoffnung 2, Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferstraße Rest. Concordia. — Sangesblüthen, Stralauerplatz 10/11 bei Poppe. — Moabit, Waldstr. 52 bei Gohr. — Liederlust, Köpenickerstr. 100 bei Gründer (fr. Mundt). — Gleichheit, Pappel-Allee 3—4 bei A. Reinhardt. — Lyra 3, Britz, Weiderstraße 15. — Freiheitsklänge 2 Oberkassel/Oderstraße 5. — Kaiser'scher Quartettverein, Krautstr. 6 bei Rudolf. — Arbeiter-Sängerverein von Britz in Britz, Bürgerstr. 4 bei Dorn. — Junge Eiche, Reinickendorf, Gesellschaftsstr. 11 bei Hartmann. — Georginia, Manteuffelstraße 45 bei Viewald. — Einig, Straußbergerstr. 3 bei Birl. — „Vorwärts" 7 Rummelsburg, Göthe- und Kaskstraße-Ecke bei Greiner. — Seeger'scher Männerchor, Frankfurterstraße 13 bei Kopsolatis. — Dämmerlicht, Doppel-Quartett, Landsberger Allee 152 bei Krause. — Süd-Ost 2, Falckensteinstr. 7 bei Teltteltwitz. — Felsenburg, Krautstraße 6 bei Rudolph. — Gemischter Chor Wedding, Müllerstraße 7 bei Reichert. — „Glühlicht" (gem. Chor), Perlebergerstr. 28, bei Hermerschmidt. — Steinnelke, Neue Hochstr. 48 bei Altmann.

Fund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. (Zuschriften sind zu richten an P. Henkel, Bergmannstraße 14, Hof 2 Tr.)
Mittwoch: Polack-Klub **Lustige Brüder**, Manteuffelstr. 46 bei Lierwald. — Geselliger Verein **Fridolin**, Brunnenstraße Nr. 35 bei Wolff. — Rauchklub **Eiserne Pfeife**, Triftstr. 1 bei Hoffmann — **Humoristischer Rauchklub**, Görlitzerstraße 42 bei Picht. — Geselliger Verein **Brüderlichkeit** Georgenkirchstraße 65 bei Müller. — Musikverein **Paukenschwengel** Annenstraße 16 bei Ehrenberg. — Verein **Rhetorik** Naunynstr. 86 bei Zubeil Abends 8½ Uhr. — Geselliger Verein **Hoffnung** Lebuserstraße Nr. 5 bei Nemitz (alle vierzehn Tage). — Theaterverein **Proletariat**, Naunynstr. 63 bei Köhn. — Vergnügungsverein **Amor II**, Prinzen-Allee 10 bei Bergemann. — Touristenklub **Freiheit und Wohlergehen**, Neuenburgerstr. 37 bei Regenberg. — Rauchklub **Rothe Fahne**, Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant Taubenhörse. — Skatklub **Kreuz-Solo** Krautstr. 48 bei Nattke. — Kegel-Klub **„Lustige 13"**, Abends 8 Uhr bei Sauermann, Adalbertstraße 8.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch. Gesangverein **Knospe**, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wahlstatt, Belle-Allianceстraße. — Musikverein **Vorwärts**, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Langestraße 108 bei Nedelin. — Männer-Gesangverein **Waldkapelle** 2, Abends 9 Uhr, Restaurant Kayser, Skalitzerstr. 22. — Musik-Dilettantenverein **Preciosa**, Abends 8½—11 Uhr Uebungsstunde in Geisler's Restaurant, Fenn- und Tegelerstraßen-Ecke. — Gesangverein **Apollo** (gem. Chor) Abends 9 Uhr im Restaurant Schulze, Beuthstraße.

Turnverein **Hoffnung**, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9. — Kraftturnverein **Jugendkraft**, jeden Mittwoch und Sonnabend 9—11 Uhr Abends bei Labe, Zeughofstr. 8. — Turnverein **Gesundbrunnen**. Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr Abends in der Turnhalle, Freienwalderstraße 39. — Kraftturnverein **Berolina**, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Faustmann, Reichenbergerstraße 73a. — Athletenverein **Atlas**, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Brunnenstraße 154, Lokal Konkordia. — Berliner Turngenossenschaft: Die 3. Männer-Abtheilung turnt jeden Mittwoch und Sonnabend Abend von von 8½—10½ Uhr in der Chorinerstr. 74. — Turnverein **„Fichte"** (Mitglied des deutschen Arbeiter-Turnerbundes). Die 1. Männer-Abtheilung turnt Mittwoch und Sonnabend von 8½—10½ Uhr Friedenstr. 27.

Theater- und Vergnügungs-Verein **Humanitas** Abends 9½ Uhr bei Reeck, Lothringerstr. 94. — Theaterverein **„Vulkania 2"**, Abends 9½ Uhr, bei Schulz, Veteranenstr. 18. — Bühnenverband **Othello**, Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstraße 101. — Theater- und Lesеklub **Morgenroth**, jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, im Restaurant Dietz, Lothringerstr. Nr. 67. Theaterverein **Xerxes** tagt jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, bei Güglaff, Großgörschenstraße 3. Gäste willkommen. — **Heimathlust**, Sitzung jeden Mittwoch, Abends 9 Uhr, bei H. Lange, Stromstr. 28.

Geselliger Vergnügungsverein **Regia**, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 21. — **Kreuzfidel**, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 149. — **Fidele Brüder**, bei H. Mrose, Lachmannstr. 5. — Touristenverein **„Frei Weg"**, Abend 9 Uhr bei Siedlukad, Manteuffelstraße 88. — Arbeiter-Zitherklub **„Freiheitsklänge"**, Abends von 8—11 Uhr, bei R. Sommerenke, Bahnstraße 23, am Bahnhof Großgörschenstraße. — Zitherklub **Alpenglöckchen-Edelweiß**. Uebungsabend Gipsstr. 11 bei Gollmann. Damen und Herren als Mitspieler willkommen. — Verein **Wohlgemuth** jeden Mittwoch 9½ Uhr Sitzung mit Damen bei Weigmann, Andreasstr. 32. — Arbeiter-Zitherverein **Einigkeit**, Abends 9 Uhr: Uebungsstunde bei Schmidt, Wrangelstr. 141.

Rauchklub **Roochloch**, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 33. — Rauchklub **Rothe Nelke**, bei Steuer, Weinstr. 22. — **Humoristischer Rauchklub**, Abends 9 Uhr, bei A. Niemann, Görlitzerstr. 42. — Rauchklub **Sanssouci**, Boeckhstraße 61. — Rauchklub **Ohne Zwang**, Abends 9 Uhr bei Späth, Weinstr. 28. — Rauchklub **Grüne Quaste**, Abends 9 Uhr, bei Schüler, Kleine Markusstr. 10. Rauchklub **Vulkan**, Abends 9 Uhr bei Nachfall, Waldemarstr. 18. — Rauchklub **Goldene Quaste**, Abends 9 Uhr bei Mus, Josephstraße 8. — Rauchklub **Schmokes Werke**, Köpenickerstraße 121a bei Schöbel. — **Humoristische Pfeifenbrüder**, Abends 9 Uhr, Klosterstraße 63, beim Genossen W. Salzwedel. — Rauchklub **Deutsche Eiche**, Abends 9 Uhr bei John, Waldemarstr. 62. — Rauchklub **Lustige Brüder** Abends 8½ Uhr Pücklerstr. 61 bei Faulhaber. — Rauchklub **Arcona** Abends von 9—11 Uhr bei Bernhard, Skalitzerstr. 41. — Rauch-Klub **Einfach**, Abends 9 Uhr, Manteuffelstr. Nr. 5 bei Vogt. — **Altdeutscher Rauchklub** bei Gäbecke, Münchebergerstr. 5. — Rauchklub **Granada**, Abends 9 Uhr, Forsterstr. 49 bei Tuguntke. — Rauchklub **Rothe Fahne**, Mittwoch Abends 9 Uhr, Oppelnerstr. 44, Restaurant zur Taubenbörse. — Rauchklub **Sumatra Süd-Ost**, Sitzung alle Mittwoch, Abends 8 Uhr bei Tilgner, Forsterstr. 22.

Skatklub **Treff**, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 30. — Skatklub **Kareau-As** bei Lange, Friedrichsberg, Wartenbergstraße 67.
Arbeiter-Zeichenverein **Einigkeit** Abends ½9 Uhr Uebungsstunde bei Schmidt, Wrangelstr. 141.

German American Club. 9 o'clock Restaurant Belvedere, An der Jannowitz-Brücke. — Ladies and Gentleman are invited.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting with Ladies every Wednesday at 9 o'clock at Neumann's Restaurant, Rosenthalerstr. 36. Guests are welcome.

Club Uncle Sam. 9 o'clock Jack's Restaurant, 15 Hoher Steinweg. English speaking guests are quite welcome.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Besprechung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie wahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Herr **Menzel**, der Wortführer des **Berliner Zwickervereins** „berichtigt", daß er nicht gesagt, Karl **Fleischer** habe mit den Fabrikaten „geschmuft", sondern nur von **Fleischer** gesprochen. — Natürlich, aber was und in welchem Sinne er von Fleischer gesprochen, darüber schweigt der „ehrenhafte" Herr **Menzel**, der leichter verleumden als beweisen kann. Die ganze Versammlung in **Magdeburg** wird es bezeugen, dafür den Kollegen Fleischer hingestellt, als habe dieser mit dem Fabrikant Simonsohn und Stern hinter dem Rücken der Zwicker verhandelt, denn man habe beobachtet, wie er (Fleischer) eines Abends in verdächtiger Weise das Haus des Fabrikanten verlassen habe. Auch ist es Thatsache, daß Menzel erklärte: Wenn es zu einem Kampfe komme zwischen Kapital und Arbeit, so könne man nicht erst fragen, ob Geld zum Streik vorhanden sei, nicht auf das Geld, sondern den Geist komme es an.

Zu dieser Aeußerung wurden ihm (Menzel) sogar einige recht treffende Bemerkungen entgegengerufen, die er aber im Strom der Rede wohl übersehen oder nicht begriffen hat.

Ebenso falsch ist seine Berichtigung der Messeraffäre. M. sprach zuerst von den gefährlichen Glatzen, dann den verstockten Breslauer und erst am Ende von den Mittenwalder Kollegen.

W. Bock.

Eingelaufene Druckschriften.

Ergötzliches und Nützliches von der Berliner Börse. Berlin SW., Verlag Hugo Steinitz. Preis 2 Mark.

Diät und Wegweiser für Herzkranke. Von Dr. A. Lange, Berlin. Verlag Hugo Steinitz. Preis 1 Mark.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 16. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Großfinanz und Preßgewerbe. — Das Sinken der Preise auf dem Weltmarkt. — Der Bericht der englischen Arbeitskommission über die Arbeiterfrage in Deutschland. Von Ed. Bernstein. — Die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung in der Schweiz. Von Otto Lang (Zürich). — Nochmals Knorr's Katechismus. — Literarische Rundschau. — Notizen: Die Bierproduktion im Brausteuergebiet. Die Unterwerfung der Natur durch den Menschen. Zur Geschichte der Körperstrafen in Rußland. — Feuilleton: Winter. Novellette von Karl Larsen. Einzig autorisirte Uebersetzung von Ernst Brausewetter.

Briefkasten der Redaktion.

Wulkan. Adresse von C. B. ist Berlin W., Großgörschenstraße 23.

Elze. Es wäre uns lieb, wenn Sie behufs näherer Information uns einmal besuchen.

Deredder. Ihre Berichtigung wollen Sie, bitte, im nächsten Versammlungsbericht einfügen. Die Sache ist doch wohl nicht so wichtig?

A. 100. 10 Monate.

Veränderung Nr. 100. Antrag an den Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg zu Potsdam.

H. H., Schwedterstraße. Ansprüche auf Unfall-Entschädigung haben Sie nur, wenn die Werkstatt mit Dampf oder anderer elementarer Kraft betrieben wird oder mindestens 10 Arbeiter beschäftigt.

F. K. Der Mann bis zum zurückgelegten 25., die Frau bis zum 24. Jahre.

N. S. 78. Unseres Wissens werden beim Telegraphenamt keine jugendlichen Arbeiter angestellt.

J. E. 14. Ohne Kenntniß der Statuten nicht zu beantworten.

F. E. Sch. Wenn Sie mit Einstimmung Ihres Mannes damals **für sich** die Sachen gekauft haben, so gehören sie Ihnen. Nur ist das oft schwer nachzuweisen.

März 133. Die Antwort ist erschienen und lautete: Wenn die Verurtheilung 1888 erfolgt und die Strafe 1889 zu Ende gegangen ist, sind die Gerichts- und Gefängnißkosten verjährt.

W. G. 30. Wenn schriftliche Kündigung im Kontrakt ausbedungen war, ist sie auch nöthig. — Verjährung in 4 Jahren vom 31. Dezember des Jahres ab, in dem die Miethe fällig wurde. — Vollstreckung auch außerhalb zulässig.

K., Durlach. Wenden Sie sich an die Buchhandlung des „Vorwärts".

A. G, 63. Wie Sie sich am besten für unsere Sache ausbilden können? Nachdem Sie seit zwei Wintern bereits an Ihrer Ausbildung gearbeitet haben, sollte Ihnen eine Antwort doch nicht schwer fallen. Lesen und lernen Sie weiter.

Dresdenerstr. 35. Sie sind **nicht** im Rechte.

M. M. Nr. 100. Ja.

M. 31. Es fragt sich aus welchem Grunde die Ungiltigkeit erklärt worden ist. Uebrigens wird es sich auch nach dem Inhalt der Police richten. Wenden Sie sich an einen Rechtsanwalt.

Hermann Bathke. Ja.

Paul Cremer. Der Hauswirth hat das Retentionsrecht an den Sachen des Miethers oder seiner Frau, nicht aber an den seiner Kinder. Wenn Sie aber der eigentliche Miether waren und Ihre Eltern nur für Sie unterschrieben haben, so haften Sie für die Miethe mit Ihren Möbeln.

E. G. 16. Nein.

B. W., Wiesack bei Gießen. Wenn den Meister eine Schuld trifft ja.

P. G. Erheben Sie Widerspruch. Die Forderung dürfte verjährt sein.

F. K. Sie müssen den Schuldner auf Zahlung der Schuld verklagen und dann die Sachen durch den Gerichtsvollzieher pfänden und versteigern lassen. Von selbst werden sie nicht Ihr Eigenthum.

M. H. 43. Ja.

Berlin N. Ja.

F. R. 131. Sie brauchen nicht zu zahlen.

G. 16. Nein. Im übrigen scheint uns, daß Sie Besseres zu thun hätten, als sich um die Kinder der Reichstags-Abgeordneten zu kümmern.

C. R. 1. Erkundigen Sie sich auf dem Polizeirevier, wo Sie so wie so die Erlaubniß einholen müssen. 2. Wann es Ihnen beliebt.

Nr. 1000, H. B., Reichenbergerstr. Wenn die Summe aller Miethen für die Zeit, auf die der Vertrag geschlossen ist, 150 M. oder mehr beträgt, ist er zu stempeln.

A. T. Der Standesbeamte ist formell im Recht, wenn er die Eintragung des Vornamens Lassalle in die Register verweigert. Im Uebrigen halten wir es für eine Geschmacklosigkeit, wenn ein Vater seiner sozialdemokratischen Gesinnung durch eine derartige Benamsung seines Kindes Ausdruck giebt.

P. Sch. Natürlich. Stadthagen hat sich von der Hamburger Gefängnißverwaltung einige Tage Urlaub ausgebeten, um an der Feier des nationalliberalen Vereins theilnehmen zu können. Sie Schlaumeier.

100. Steuererheber. Fragen Sie beim Magistrat an. Jedenfalls wird Kaution gefordert.

P. K., Breslauerstraße. 1. Lassen Sie sich auf Ihre Kosten durch einen andern Arzt untersuchen. 2. Wenn Sie einen Bescheid von der Unfallversicherung bekommen, wodurch Ihre Rente aufgehoben oder verkürzt wird, so müssen Sie innerhalb 4 Wochen an der im Bescheid angegebenen Stelle Berufung einlegen. Kommen Sie dann in die Sprechstunde. 3. Nein. 4. Nein. In Ihrer Lohnstreitigkeit können Sie **nicht** klagen.

Aus dem Tagebuch eines Unbedeutenden. Skizzen von Georg Steinhausen. Leipzig, Verlag von Ph. Reclam jun.

Archibald Malmaison. Roman von J. Hawthorne. Uebersetzt von Marischer Müller. Leipzig, Verlag von Ph. Reclam jun.

Buchhandlung des „Vorwärts"
Berlin SW., Beuthstr. 2.

Soeben ist erschienen:

Internationales aus dem „Volksstaat"
(1871—1875).

Von **Friedrich Engels.**

72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — Wiederverkäufer Rabatt.

Inhalt: Vorwort. — I. **Abermals Herr Vogt** (1871). — II. **Die Bakunisten an der Arbeit** (1873). — III. **Zwei Flüchtlingskundgebungen:** a) Eine polnische Proklamation (1874). b) Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge. — IV. **Soziales aus Russland** 1875. — Nachwort hierzu 1894.

Die Neuauflage der hier gesammelten, s. Z. im „Volksstaat" und zum Theil auch in Broschürenform erschienenen Abhandlungen ist gerade im gegenwärtigen Moment von besonderem Interesse. Namentlich trifft das zu auf „**Die Bakunisten an der Arbeit**" und das „**Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge**". In ersterem Aufsatze schildert Engels das schmähliche und die Interessen der Arbeiterklasse schädigende Treiben der **Anarchisten** und liefert in der Geschichte des 73er Aufstandes in Spanien den Nachweis, wie die auch heute von einer gewissen Seite immer wieder erhobene Forderung der **Enthaltung vom politischen Kampf in der Praxis stets darauf hinauslaufe, die Interessen der Bourgeoisie und der Reaktion zu fördern**, und wie die Deklamationen vom **allgemeinen Weltstreik** auch in jenem spanischen Aufstande an den politisch-ökonomischen Thatsachen scheitern mußten. Die **Kritik des Blanquistischen Flüchtlings-Programmes** von 1874 ist gerade jetzt um so interessanter, als die Gruppe der Blanquisten, die damals zum ersten Male sich zum jetzigen deutschen Kommunismus bekannte, daneben aber den Standpunkt der „revolutionären That" einnahm, heute unter Führung ihres bedeutendsten Kopfes Vaillant in die französische Deputirtenkammer eingetreten und mit den „Marxisten" in die gleiche Kampflinie eingeschwenkt ist.

Zahlreichen Bestellungen sieht entgegen

Buchhandlung des „Vorwärts".

Grosse Berliner Schneider-Akademie.
Berlin C., Rothes Schloß Nr. 1. 5768L*

Größte und **einzige** Fachschule, welche nach der **verbesserten und vervollkommneten Methode** des verstorbenen Herrn Direktors **Kuhn** unterrichtet. **Garantie** für gründlichste theoretische und besonders **praktische Ausbildung** in **Herren-, Damen-** und **Wäscheschneiderei. Unentgeltlicher Stellennachweis.** Prospekte gratis. **Empfehlenswerth:** Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesammten Damenschneiderei. Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer **1.** **Die Direktion.**

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. **500 Mark** zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das **größte Kinderwagen-Lager Berlins** habe. **F. Metzner.**

!! Arbeiter !!

Erhaltet Eure Kräfte, sie sind der einzige Reichthum, den Ihr besitzt. Trinket daher nur gute, der Gesundheit zuträgliche Branntweine. Der beste Magenbitter der Welt ist 5485Z*

„Old Jack"

!! Probiret und überzeugt Euch !!

Ueberall zu haben, wo Plakat vorhanden.
Engros ausschließlich allein bei der **French-Cognac-Brandy-Distillery Berlin N., Oranienburgerstr. 17.** Fernsprecher Amt III Nr. 34.

Echt Stonsdorfer

Likör à Ltr. 1,20, 5 Ltr. 5,50, 10 Ltr. 10, 50 Ltr. 47,50, 100 Ltr. 90 Mark.
Eugen Neumann & Co., Inh. **Conrad Neumann,**
6a, Belle-Alliance-Platz 6a. 610M
81, Neue Friedrichstraße 81. 8, Oranienstraße 8.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schutzmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg
5444L* **H. F. Dinslage,**
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Inventur-Ausverkauf.
Gardinen-Reste
zu 1—4 Fenstern passend, spottbilligst in der Fabrik **Grüner Weg 80,** prt. Eingang vom Flur. 5490Z*

Großer Ausverkauf
meines ganzen Winterlagers bis 20. Februar. Verkaufe jetzt hochelegante Jaquets 8—12 M., früher 20 M. Seidenplüsch-Jaquets, bisher 60, jetzt 30,—. Capes, herrliche Ausführung, jetzt 12,50. 200 hochelegante Straßen- und Abendräder, alle Farben, jetzt 10, 12, 16 M., Regenmäntel, Modelle fürs Frühjahr, 10—18 M.
Leipzigerstraße 91, 1 Treppe.

Detailverkauf sämmtl. Sorten
Roh-Tabak
Rud. Völcker & Sohn,
Köpnickerstr. 45. [1270b

Strohhutzwirn alle Stärken und Farben vorräthig. **Katsch & Richter,** Wallstr. 13

500 Gelegenheitskauf
moderne **Frauen- u. Mädchen-Regen- und Promenaden-Mäntel** à 5, 6, 7, 8, 9, 10 Mark. [59/30
Landsbergerstraße 48 I.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, **gute Qualität, tadelloser Brand,** in **billigster Preislage,** empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Dann's
Spezial-Trauer-Magazin
Reanderstraße 38
empfiehlt
sämmtliche Artikel zur Trauer.
Bitte genau auf Firma zu achten.

66. Resterhandlung. 66.
Billig **Reste** zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Herbst- und Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen.
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

37 Als anerkannt reelle und **37**
billigste **Einkaufs-Quelle** des **Süd-Ostens** für
Gold-, Silber-, Alfénidewaaren (Eig.-Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße 37

Maskengarderobe zu billigst. Preisen empfehle Freunden und Genossen.
5507Z* **F. Stenzel,**
Jetzt: **Dresdenerstr. 133.**

Altes Gold, Silber, Platina kauft und nimmt in Zahlung Goldwaarenfabrik **Königstr. 22,** Hof part. 1873b

Schmiedel's Festsäle,
Alte Jakobstrasse 32,
empfehle meine **hocheleganten Säle** zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten.
Wwe. E. Schmiedel.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW., Beuthstraße 2.